



**Parlamentarischer Untersuchungsausschuss II
gemäß Artikel 41 der Landesverfassung
Drucksache 14/9466 – Neudruck**

14. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

18. Dezember 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:25 Uhr bis 13:20 Uhr

14:15 Uhr bis 16:05 Uhr

16:30 Uhr bis 17:10 Uhr

17:20 Uhr bis 17:35 Uhr

17:50 Uhr bis 18:20 Uhr

Vorsitz: Thomas Kutschaty

Protokoll: Karin Wirsdörfer, Christoph Filla, Sonja Samulowitz, Birigt Raddatz,
Cornelia Patzschke, Wolfgang Wettengel, Simon Vlachopoulos, Ulrike
Schmick, Rainer Klemann, Stefan Ernst

Hinweis:

„Protokolle über öffentliche Sitzungen eines Untersuchungsausschusses dürfen bis zum Abschluss der Untersuchung nur mit Genehmigung des Ausschusses eingesehen werden. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird und eine Beeinträchtigung der Untersuchung, insbesondere der Belange der Wahrheitsfindung, nicht zu befürchten ist“ (§ 9 Abs. 4 Sätze 1 und 2 Archivordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen).

Die Weitergabe der Protokolle außerhalb des berechtigten Personenkreises sowie die Veröffentlichung sind bis zu diesem Zeitpunkt unzulässig.

¹ nichtöffentlicher Teil siehe nöAPr 14/219

Verhandlungspunkte:

2 Vernehmung des Zeugen Eckhard Lech

3

* * *

(Vorher hat ein nichtöffentlicher Sitzungsteil – siehe nöAPr 14/219 – stattgefunden.)

2 Vernehmung des Zeugen Eckhard Lech

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Schönen guten Tag. Nehmen Sie bitte Platz.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nunmehr mit dem öffentlichen Teil unserer heutigen Sitzung, und zwar mit der Vernehmung des Zeugen Eckhard Lech. Bevor wir mit der Vernehmung beginnen können, bin ich gehalten noch darauf aufmerksam zu machen, dass Bild- und Tonaufnahmen während unserer Sitzung nicht zulässig sind.

Gleichzeitig sollen keine Personen an der öffentlichen Beweisaufnahme teilnehmen, die gegebenenfalls noch als weitere Zeugen in Betracht kommen. Ich stelle aber fest, dass das hier nicht der Fall ist.

Herr Lech, ich darf Sie herzlich begrüßen in unserer heutigen Sitzung. Sie werden heute von Ihren Rechtsanwälten Herrn Dr. Hanno Marquardt und Herrn Jan Philipp Boost begleitet. Auch Sie heiße ich herzlich willkommen.

Ich bin gehalten, Sie vor Beginn Ihrer Aussage zu belehren:

Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen, Herr Lech. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, Sie dürfen aber auch nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wenn Sie vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich vorsätzlich falsch aussagen, kann dies mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 5 Jahren bestraft werden.

Ich mache Sie ferner darauf aufmerksam, dass Sie berechtigt sind, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung Sie sich selbst oder aber einen nahen Angehörigen der Gefahr der Strafverfolgung oder der Gefahr der Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit aussetzen würden.

Haben Sie dazu Fragen im Augenblick?

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich mache Sie auch darauf aufmerksam: Wenn Sie zwischendurch diesbezüglich Fragen haben, können Sie sich natürlich jederzeit mit Ihren Rechtsbeiständen beraten. Wenn Sie dazu eine Auszeit brauchen, werden wir Ihnen sicherlich auch dieses genehmigen.

Der Innenminister hat mir mit Schreiben vom 26. November 2009 eine Kopie der Aussagegenehmigung für Herrn Lech übermittelt. Die Aussagegenehmigung wurde den Obleuten und wissenschaftlichen Referenten per Mail zugeleitet. Ich gehe daher davon aus, dass ich auf eine Verlesung verzichten kann.

Ich möchte Sie, Herr Lech, jedoch darauf aufmerksam machen, dass Sie nicht verpflichtet sind, über Vorgänge zu berichten, die über die Ihnen erteilte Genehmigung zur Aussage hinausgehen. Falls Sie trotzdem zu anderen komplexen Aussagen machen wollen, so müssen Sie das auf Ihre eigene Verantwortung hin tun.

Möglicherweise haben Sie sich zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung noch einmal Akten angeschaut. Wenn das so sein sollte, versuchen Sie bitte, uns deutlich zu machen, was aus Ihrer Erinnerung stammt bzw. was aus dem Aktenstudium von Ihnen heute berichtet wird.

Wir beginnen zunächst mit Angaben zu Ihrer Person.

Ich darf Sie bitten, uns Ihren vollständigen Namen mitzuteilen, Herr Lech.

Zeuge Eckhard Lech: Mein Name ist Eckhard Lech.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie sind wie alt, Herr Lech?

Zeuge Eckhard Lech: 47 Jahre alt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Von Beruf?

Zeuge Eckhard Lech: Polizeibeamter.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Und Ihr Dienstort ist?

Zeuge Eckhard Lech: LKA Düsseldorf. Aber wir sitzen in Neuss.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut. – Gibt es Fragen zur Person? – Ich stelle fest: Das ist nicht der Fall. – Dann kommen wir zur Befragung zur Sache.

Herr Lech, wir haben uns das so vorgestellt, dass zunächst von mir einige einleitende Fragen gestellt werden und dass dann anschließend die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen an Sie weitere Fragen stellen werden.

Ich darf Sie, Herr Lech, zunächst einmal bitten, uns kurz Ihren beruflichen Werdegang darzustellen.

Zeuge Eckhard Lech: Ich bin 1978 bei der Polizei eingetreten. Nach meiner Ausbildung in Bochum war ich bis 1988 bei der Schutzpolizei in Essen. Ich habe dann meine Fortbildung zum gehobenen Dienst gemacht, Studium in Duisburg. Ich kam dann 1992 zum LKA. Ich war dann bis 1996 in der sogenannten Auswertung tätig beim LKA. Ich bin dann in die Abteilung I gekommen; das ist der Bereich bei uns, der sich vornehmlich um organisierte Kriminalität kümmert. Ich war da bis 2004 im Bereich der verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen tätig. Das ist ein Bereich der organisierten Kriminalität, wo man in verschiedene Deliktsbereiche hineinkommt. Ich bin

dann 2004 zur Gründung des Dezernats 15, Korruptions- und Umweltdelikte, als EK-Leiter umgesetzt worden. Ich bin seitdem in diesem Bereich tätig.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Lech, Sie sollen heute befragt werden zu dem Untersuchungsgegenstand unseres Ausschusses, wie er sich nach Ziffer III des Einsetzungsbeschlusses darstellt. Vielleicht können Sie uns zunächst einmal schildern, seit wann Sie an dem Ermittlungsverfahren gegen Herrn Dr. Friedrich beteiligt sind.

Zeuge Eckhard Lech: Ich bin seit Mitte Februar 2007 mit dem Verfahren befasst. Das hängt damit zusammen, dass von der Staatsanwaltschaft Wuppertal ein Übernahmeersuchen nach dem Polizeiorganisationsgesetz gestellt wurde. Dem wurde durch die Behördenleitung entsprochen. Dann wurde ich damit beauftragt, dazu als EK-Leiter die Ermittlungen zu führen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche Aufgaben hat ein EK-Leiter in solch einem Ermittlungsverfahren? Können Sie uns das mal schildern?

Zeuge Eckhard Lech: Zu Beginn war ich mehr oder weniger alleine. Zu Beginn war ich alleine. Dementsprechend habe ich alle Ermittlungen geführt. Sukzessive wurde die Kommission verstärkt. Dann ist man mit der Führung und Leitung dieses Verfahrens beauftragt, wobei mein eigener Ermittlungsanteil in der Kommission weiterhin sehr hoch war.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie ist die Kommission dann verstärkt worden? Wann kamen welche Personen dazu?

Zeuge Eckhard Lech: Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, habe ich – wie gesagt – alleine angefangen. Ich meine, im April kam ein Betriebswirt dazu, der mich zu 50 % unterstützt hat. Er hat also gleichermaßen noch in einem anderen Verfahren weitergearbeitet.

Dann war ich selber ab Sommer 2007 mit einem anderen Verfahren befasst, wo wir erst unterstützend tätig wurden und wo dann auch später – im September ungefähr – eine neue Kommission eingerichtet wurde, die ich zusätzlich geleitet habe. In diesem Zusammenhang wurde die neue Kommission mit zwei Kollegen geführt, plus einem Kollegen, der neben mir gleichermaßen zu 50 % in der Kommission und in der EK Stuhl gearbeitet hat. In der Stärke waren wir dann so bis Frühjahr 2008 – ich sage einmal März oder April –, wo wir dann zu den Einsatzmaßnahmen sukzessive weiter verstärkt wurden. Letztlich wurden wir aufgestockt auf circa zehn, elf, zwölf Kollegen. So ab Ende Mai, Anfang Juni war dann diese Stärke erreicht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Können Sie uns mal schildern, wie dieses Ermittlungsverfahren gelaufen ist? Was hat man alles in dem Ermittlungsverfahren gemacht?

Zeuge Eckhard Lech: Als ich den Auftrag bekommen hatte, das Verfahren zu übernehmen, habe ich die Akte von der Staatsanwaltschaft übernommen. Ich war damals bei der Staatsanwaltschaft, bei Herrn Meyer. Ich habe die Akte übernommen. Ich habe mir erst mal angesehen, was Gegenstand des Verfahrens war. Dann habe ich mir meine Gedanken dazu gemacht, was dahinterstecken könnte. Ich habe mich insofern auch anderer Informationsquellen bedient. Ich habe im Internet nachgesehen, was hinter der Person, die hier insbesondere im Fokus stand, stecken könnte.

Ich habe mich dann auch noch ans Umweltministerium gewandt, um zusätzlich Vorgänge zu bekommen, die aus meiner Sicht wichtig erschienen. Für mich war Kern der bis dahin geführten Ermittlungen ein Prüfbericht, der in den Akten war, aus dem sich erhebliche Vergabe- und haushaltsrechtliche Verstöße ergaben. Und zur Verifizierung dieser Verstöße wurden dann auch vom Umweltministerium weitere Unterlagen angefordert.

Dann sind wir mit der Frau Delpino in die Vernehmung eingestiegen. Wir haben sie dazu vernommen. Sie hat uns aus meiner Sicht als Insiderin, die in diesem Bereich seit 2004 intensiv tätig war, Angaben gemacht, die diesen ursprünglichen Verdacht weiter erhärteten.

Das ging alles in enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft wurde von mir regelmäßig darüber auf dem Laufenden gehalten, in Form von Telefongesprächen, in Form von Besprechungen, aber auch in Form von Mails, wo Ermittlungsergebnisse zugesandt wurden. Es erfolgte auch Aktenübergabe. Also, sukzessive wurden auch immer entsprechend die Akten übergeben.

Im August 2007 kam die Staatsanwaltschaft Wuppertal zu der Bewertung, dass aufgrund der bis dahin durchgeführten Ermittlungen eine entsprechende Verdachtslage wegen Verdachts der banden- und gewerbsmäßigen Betrugereien durch Herrn Dr. Friedrich und andere beteiligte Auftragnehmer bestand und dass die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, Haftbefehle und weitere Maßnahmen zu beantragen.

Aufgrund dessen habe ich dann angefangen, die bis dahin bestehende Verdachtslage in einem Vermerk zusammenzuschreiben. Diesen Vermerk habe ich dann auch regelmäßig rückgekoppelt mit der Staatsanwaltschaft Wuppertal, und zwar in der Form, dass ich ihnen sukzessive fortgeschrieben jeweils den Vermerk zukommen ließ.

Dann ist im Oktober der von mir geschriebene Vermerk aus Anlass einer Besprechung, die der sachbearbeitende Dezernent der Staatsanwaltschaft Wuppertal suchte, um die weitere Vorgehensweise abzustimmen, auch meinem Dezernatsleiter vorgelegt worden. Es war eine Besprechung im Oktober 2007 anvisiert. Das Gespräch fand dann zwischen meinem Dezernatsleiter, dem Herrn Meyer und mir statt. Zu dieser Besprechung hat mein Dezernent diesen Vermerk in der Form, wie er bis dahin fertig war, zu lesen bekommen. Er war ja bei Weitem noch nicht vollständig. Und auf

dieser Grundlage hatten wir uns an dem Tag besprochen. Wir haben danach noch weitere Ermittlungen durchgeführt, was dann letztlich im März zum damaligen Abschluss der Ermittlung mit der entsprechenden Anregung kam, Haftbefehl usw. zu beantragen.

Auf dieser Grundlage hat dann die Staatsanwaltschaft Wuppertal entsprechende Maßnahmen beim Amtsgericht beantragt. Den Anträgen wurde überwiegend stattgegeben, und aufgrund dieser Beschlusslage sind dann insbesondere die Maßnahmen am 29. Mai vollstreckt worden. Dem schlossen sich dann weitere Auswertungen, Vernehmungen usw. an. – So würde ich es jetzt mal grob umschreiben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich gehe noch einmal ganz auf den Anfang der Entwicklungen zurück. Ist Ihnen bekannt geworden, wie es überhaupt zu diesen Verdachtsmomenten gegen Herrn Dr. Friedrich gekommen ist?

Zeuge Eckhard Lech: Wir haben immer eine EK-Leiter-Runde, wo wir uns eigentlich grundsätzlich einmal in der Woche über verschiedene Themen unterhalten. In dem Zusammenhang wurde das am Rande thematisiert. Das habe ich am Rande auch mitbekommen. Also, ich habe mitbekommen, dass da ein Gespräch war, dass unser Abteilungsleiter eingebunden war, dass also unser Abteilungsleiter – meine ich – aufgrund von Berichterstattungen in den Medien – ob er die selber gelesen hat oder ihm das von unserem Sachgebiet Grundsatz zugetragen wurde, weiß ich nicht – initiativ wurde, um sich mit dem Umweltministerium entsprechend in Verbindung zu setzen, weil man eben aufgrund dieser Berichterstattungen davon ausging, dass da, wo aufgrund von vergaberechtlichen Verstößen die fristlose Kündigung ausgesprochen wurde, ein Korruptionshintergrund sein könnte. Dann gab es Besprechungen beim Umweltministerium. Dann wurden im Sachgebiet Grundsatz sozusagen Vorermittlungen weitergeführt, und das mündete irgendwann darin, dass die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wuppertal das Verfahren übernommen hat und uns um offizielle Übernahme der Ermittlungen ersucht hat.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Woher haben Sie diese Kenntnis, die Sie jetzt gerade geschildert haben? War das das Gespräch, das Sie bei der Leiter-Besprechung oder bei der Besprechung mitgemacht haben?

Zeuge Eckhard Lech: Dieses Gespräch haben wir einmal in der Woche. Da wurde dann natürlich immer am Rande darüber gesprochen. Und dass dieses Verfahren – ich sage mal – im Raum stand und dass das Verfahren dann – wenn überhaupt – von uns übernommen werden würde, wurde eigentlich immer irgendwo thematisiert. Ich war damals mit einem anderen Verfahren beschäftigt. Das neigte sich dem Ende zu, und dementsprechend wurde dann auch irgendwann einmal – ich weiß jetzt nicht wann; Ende 2006 schon oder Anfang 2007 – besprochen, wer das Verfahren übernehmen konnte. Da wurde dann auch gesagt, dass es auf mich hinauslaufen könnte. Aber die genauen Zusammenhänge, wie das jetzt da war, habe ich wirklich nur noch dunkel in Erinnerung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie von den Verdachtsmomenten schon vorher Kenntnis hatten, bevor Sie mit der Leitung der Kommission beauftragt waren?

Zeuge Eckhard Lech: Ich hatte von den Verdachtsmomenten vorher Kenntnis, wobei ich eigentlich nur Kenntnis hatte von gewissen Vorteilen, die an Herrn Dr. Friedrich gegeben wurden – darüber wurde in erster Linie gesprochen –, dass er halt einen Laptop bekommen hat, dass ihm ein Auto zur Verfügung gestellt wurde. Es wurde bei uns eigentlich so darüber gesprochen, als ob da ein Amtsträger wäre, der gewisse Vorteile bekommt. Gut. Aufgrund der Konstellation ... Das Verfahren ist von uns – in Anführungszeichen – initiiert worden. Wenn ein Übernahmemeasures kommt, dann müsste das auch von uns übernommen werden.

Die erheblichen vergaberechtlichen Verstöße hatte ich bis dahin so nicht zur Kenntnis genommen oder nicht so wahrgenommen. Ich weiß es nicht. Auf alle Fälle habe ich die eigentlich erst richtig bewusst wahrgenommen, als ich die Akte gelesen habe.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Aber das war – wenn ich es richtig verstanden habe – schon immer Gesprächsgegenstand in Einsatzleiterbesprechungen.

Zeuge Eckhard Lech: Kommissionsleiterbesprechungen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: – Kommissionsleiterbesprechungen.

Zeuge Eckhard Lech: Nicht immer. Wie gesagt, es wurde anlassbezogen thematisiert. Aber es war jetzt nicht ständiges Thema. Es wurde am Rande erwähnt wie auch andere Verfahren, die bei uns bearbeitet werden oder die durch den Grundsatz bearbeitet werden. Die werden anlassbezogen thematisiert. Es war aber kein Hauptthema.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ist es üblich, dass in diesen Kommissionsleiterbesprechungen Einzelfälle aus Kommissionen besprochen werden?

Zeuge Eckhard Lech: Ja. Gerade dem dient es, dass man sich austauscht, dass man gegenseitig auf den laufenden Stand gebracht wird und dass man – wie gesagt – auch neue Verfahren, die über den Grundsatz zu uns kommen, bespricht und dass man sich dann überlegt, wie man damit umgeht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie vor Februar 2007 schon selbst konkrete Maßnahmen in diesem Zusammenhang ergriffen?

Zeuge Eckhard Lech: Nein. Da bin ich mir aus der Erinnerung heraus ziemlich sicher. Das wurde – das weiß ich im Nachhinein aus der Akte – von zwei, drei Leuten im Grundsatz bearbeitet. Es wurde auch schon im Oktober – glaube ich – bei uns

abgeschlossen, und dann ruhte das auch. Dann gingen die Akten ihren Weg, und ich war bis dahin nicht damit befasst.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Als Sie – ab Februar 2007? – ...

Zeuge Eckhard Lech: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: ... damit intensiver befasst worden sind, was haben Sie dann gemacht? Wo haben Sie sich Informationen besorgt? Sie sagten vorhin, Sie haben sich andere Informationsquellen gesucht. Was haben Sie konkret unternommen?

Zeuge Eckhard Lech: Ich habe natürlich erst einmal die Akte in Ruhe durchgesehen. Ich war etwas überrascht über diesen Prüfbericht, der da drin war, weil der einmal vom Volumen her ... Es ging insgesamt um 95 Millionen € an Fördermitteln, die wohl im Raum standen. Ein Teil dieser Vergaben, die sich insbesondere auf das Referat IV-9 des Umweltministeriums bezogen, wo die Abwasserabgabe verwaltet wird, wurde da geprüft. Daraus ergaben sich aus meiner Sicht erhebliche vergaberechtliche und damit einhergehend haushaltsrechtliche Bedenken und Probleme. Damit habe ich mich in erster Linie beschäftigt, hatte dann natürlich auch einmal im Internet insbesondere zur Person des Herrn Dr. Friedrich recherchiert.

Dann hatte ich angefangen, Finanzermittlungen anzuschieben, in der Form, dass ich mit dem Staatsanwalt abgestimmt hatte, dass es Sinn machen würde ... Ich habe dann angeregt, bei den Banken Auskunftersuchen zu stellen zu Herrn Dr. Friedrich selber, zu Personen in seinem Umfeld und – in erster Linie als mögliche Geber – zu Herrn Dr. Pinnekamp und zu Herrn Dohmann, weil die RWTH Aachen nach dem Bericht im Vordergrund stand. Da ging ein großer Teil dieser Fördermittel hin. Dazu waren auch einige Auffälligkeiten dargestellt. Zu diesen beiden Personen habe ich die Verdachtslage oder den Sachverhalt, der sich zu der Zeit aus meiner Sicht ergab, dargestellt.

Ich habe dann bei der Staatsanwaltschaft Wuppertal angeregt, ein entsprechendes Auskunftersuchen bei den Banken zu stellen, sodass wir auch die Finanzermittlungen dazu durchgeführt haben.

Dann ging es dahin, dass wir – das war, meine ich, im März – einen Termin beim Umweltministerium verabredet hatten, wo der Kollege Richter damals noch mitgekommen ist, der bis dahin seitens des Grundsatz die Ermittlungen geführt hatte. Insbesondere auf Grundlage der Auswertungen dieses Prüfberichts habe ich darum gebeten, dass uns Vergabeakten übergeben wurden, und insgesamt Gespräche zu den Hintergründen geführt und so weiter. Ich habe das auch in einem entsprechenden Vermerk dargestellt. So ging es dann weiter.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wenn ich noch einmal zu dem Prüfbericht kommen darf: Von wem war der Prüfbericht?

Zeuge Eckhard Lech: Der Prüfbericht war nach meinem Wissen von zwei Juristen der Bezirksregierung Düsseldorf, die wohl – unter welchen Umständen, weiß ich nicht – vom Umweltministerium beauftragt wurden, die Vergaben der Abteilung IV von 2003 bis 2005 zu prüfen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie Anlass gesehen, noch einmal selbst die Sachen zu prüfen beziehungsweise prüfen zu lassen? Sie sagten eingangs, in so einer Kommission kam irgendwann auch ein Betriebswirt hinzu. Haben Sie das noch einmal von anderen Stellen überprüfen lassen?

Zeuge Eckhard Lech: Wir haben dann die Akten bekommen. Unser Betriebswirt hat sich Akten dazu angesehen, meine ich. Wir haben dann – ich meine im April – die erste Vernehmung von Frau Delpino durchgeführt. Die haben wir damals in erster Linie zu dem Laptop gemacht, den Herr Dr. Friedrich von der RWTH Aachen bekommen haben soll. Dieser Laptop stand im Zusammenhang mit einer Vergabe, diesem sogenannten Projekt KARO. Dann haben wir natürlich im Zusammenhang damit die Akte ausgewertet und haben dann in erster Linie anlassbezogen zu den dann verdächtigen Projekten die Akten mit ausgewertet.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Aber gab es denn, aus Ihrem Hause veranlasst, unabhängige – was heißt unabhängig? –, also zusätzliche Prüfungen, ob Vergabeverstöße tatsächlich vorgelegen haben?

Zeuge Eckhard Lech: Zusätzliche Prüfungen gab es zu der Zeit nicht. Wir hatten uns damals an den Landesrechnungshof gewandt. Wir hatten gehofft, dass uns der Landesrechnungshof unterstützen könnte. Es gab in den Akten eine Eingabe vom Landesrechnungshof zu einem speziellen Projekt, zu dem sogenannten Projekt MAPRO.

Das haben wir zum Anlass genommen, das beim Landesrechnungshof noch einmal zu hinterfragen, insbesondere mit dem Ziel, dass uns gegebenenfalls vom Landesrechnungshof jemand, der im Bereich des Umweltministeriums spezielle Fachkenntnisse hat, unterstützt. Aber das wurde dann vom Landesrechnungshof abgelehnt.

Ich hatte erst mit Frau Kampschulte gesprochen. Frau Kampschulte war diejenige, die wohl bis dahin mit dem Bereich Umweltministerium befasst war. Frau Kampschulte hatte mir damals schon in dem Gespräch gesagt, dass sie halt da ... Im Prinzip arbeitet der Landesrechnungshof wie eine Innenrevision. Die erstellen vorher einen Plan, wo wer geprüft wird. Von diesem Plan können die schwerlich abweichen. Da hätten sie auch keine Kapazitäten. An sich wäre für sie ihr Ziel schon erreicht, wenn die Polizei oder die Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufnimmt. Das war hier schon der Fall. Daher sah sie kaum Möglichkeiten, dass sie uns unterstützen könnten.

Dann hat sie das aber weitergegeben an den neu zuständigen – ich glaube, das sind Kammern – Kammervorsitzenden des Landesrechnungshofs, und mit dem habe ich

irgendwann einmal telefonisch gesprochen. Er hat mir dann auch gesagt, dass sie nicht mit prüfen können.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sahen Sie eine Veranlassung, wenn der Landesrechnungshof Ihnen mit Prüfungen nicht weiterhelfen konnte, andere Stellen um Prüfungen zu bitten?

Zeuge Eckhard Lech: Zu der Zeit sahen wir keine Veranlassung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Warum nicht?

Zeuge Eckhard Lech: Warum nicht, kann ich Ihnen jetzt so nicht sagen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich möchte Ihnen nicht zu nahe treten; ich hätte wahrscheinlich auch Schwierigkeiten, so einen Prüfbericht bei Vergabeverstößen richtig auszuwerten. Sahen Sie sich dazu in der Lage, das fachlich zu beurteilen? Das ist kein persönlicher Angriff. Waren Sie sachlich so fit, dass Sie einen Prüfbericht daraufhin auswerten können, ob Vergabeverstöße vorliegen? Ich stelle mir das sehr schwierig vor.

Zeuge Eckhard Lech: Der Prüfbericht war da relativ eindeutig. Den habe ich schon so verstanden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das Fazit oder den ganzen Bericht? Konnten Sie die Schlussfolgerungen nachvollziehen?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, es waren immer wieder Schlussfolgerungen. Es war, so gesehen, kein Fazit. Es sind insgesamt vergaberechtliche und haushaltsrechtliche Sachverhalte dargestellt worden, die offensichtlich nicht korrekt waren. Das, denke ich einmal, konnte ich schon einschätzen. Dazu war ich in der Lage.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie sprachen von einem Gespräch im März, das Sie mit Vertretern des Umweltministeriums geführt haben. Können Sie etwas Genaueres dazu sagen? Wer war daran beteiligt? Was war Gegenstand dieses Gesprächs?

Zeuge Eckhard Lech: Beteiligt waren: Von unserer Seite waren der Kollege Richter und ich dabei, und ich meine, vom Umweltministerium waren Herr Dr. Günther dabei, Frau Wender als Leiterin der Vergabestelle und Frau Meyer-Mönnich. Ich hatte dazu schon einige Sachen vorformuliert, die ich besprechen wollte. Ich meine, da ging es um Vergaben, die schon im Prüfbericht als auffällig dargestellt wurden. Es ging auch schon um Auftragnehmer, die als auffällig dargestellt wurden. Insbesondere dazu wollten wir weitere Unterlagen haben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ist das Gespräch auf Ihre Initiative hin zustande gekommen oder auf Initiative der Mitarbeiter des Umweltministeriums?

Zeuge Eckhard Lech: Auf meine Initiative – auf unsere Initiative, auf meine insbesondere.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welchen Erkenntnisgewinn hat das Gespräch für Sie gebracht?

Zeuge Eckhard Lech: In dem Gespräch wurden auch Sachen hinterfragt. Ich meine, es wurde auch noch einmal über das Verhältnis von Herrn Dr. Friedrich zu den – ich sage einmal – Professoren der RWTH Aachen, die hier betroffen waren, gesprochen. Das Verhältnis von Herrn Dr. Friedrich zu anderen Auftragnehmern wurde, meine ich, auch thematisiert: wie, in welcher Form er als Abteilungsleiter in Auftragvergaben eingebunden ist. Es wurden zum einen also allgemeine Sachen besprochen.

Es wurde konkret besprochen, was wir wollen, wann und wie wir das bekommen können. Dazu habe ich einen entsprechenden Vermerk geschrieben, den ich dann auch zur Akte genommen habe, der für uns natürlich auch einen gewissen Beweiswert hat. So gesehen habe ich schon Erkenntnisse aus dem Gespräch selber gewonnen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie sagten gerade, Sie hätten gesagt, „was Sie wollen“. Wie war die Reaktion der Ministeriumsmitarbeiter darauf?

Zeuge Eckhard Lech: Wenn ich mich richtig erinnere, hatte ich eher den Eindruck, dass die sich wunderten, dass sie von uns etwas hörten; denn ich glaube, der letzte Termin, wo die Kollegen vom Grundsatz mit denen gesprochen hatten, war schon im Oktober. So gesehen waren schon einige Monate ins Land gezogen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sagen Sie bitte die Jahreszahl dazu.

Zeuge Eckhard Lech: 2006. Soweit ich mich richtig erinnere – nach dem Aktenstudium –, müsste der Kollege Richter oder wer auch immer vom Grundsatz Anfang Oktober das letzte Mal beim Umweltministerium gewesen sein. Dann wurde die Akte zur Staatsanwaltschaft gegeben. Daher gehe ich davon aus, dass seitdem kein Kontakt mehr bestand.

Dann kamen wir im März, also einige Monate später, und ich hatte ein bisschen den Eindruck, dass für das Umweltministerium die Sache mit dem arbeitsgerichtlichen Verfahren eigentlich abgeschlossen war, auch vom Arbeitstechnischen her. Ich hatte den Eindruck, dass die, wenn sie uns unterstützen müssen, sich natürlich auch vom Arbeitsvolumen her darauf einstellen müssten. Das hatten die irgendwie schon abgehakt. Aber Sie haben uns gesagt, klar, wenn wir entsprechende Ersuchen haben, würden sie das bearbeiten, und das haben sie dann auch gemacht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was haben die dann noch konkret für Sie gemacht?

Zeuge Eckhard Lech: Konkret für uns gemacht: Wir haben in erster Linie Unterlagen angefordert, und die haben wir dann auch sukzessive bekommen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was waren das für Unterlagen? Was brauchten Sie noch?

Zeuge Eckhard Lech: Wir haben zu unterschiedlichen Vorgängen die Akten angefordert.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche Vorgänge?

Zeuge Eckhard Lech: Wie ich gerade schon sagte: Wo sich aus den Prüfberichten Auffälligkeiten ergaben, haben wir dazu Akten angefordert, und wir haben zu den ... Ich weiß jetzt nicht, wann, wie, was. Wir haben in der Folge immer wieder Akten, Vergabevorgänge angefordert. Was ich konkret an dem Tag angefordert habe, habe ich nicht mehr so in Erinnerung. Aber es ging im Prinzip in erster Linie um Sachen, die sich aus dem Prüfbericht ergaben, um Auftragnehmer, die sich aus dem Prüfbericht ergaben, dass wir dazu weitere Unterlagen bekommen.

Die Prüfer hatten zu jedem Vorgang, den sie geprüft hatten, nach einem gewissen Schema einen kurzen Prüfbericht geschrieben. Die hatten wir zum Beispiel angefordert. Wir haben bei den Daten der Festplatte – darüber hatten wir an dem Tag, meine ich, auch gesprochen – zwischen einem persönlichen Teil und einem dienstlichen Teil differenziert. Die Daten zum dienstlichen Teil haben wir damals schon bekommen. Die Daten zum persönlichen Teil haben wir erst später im Rahmen eines richterlichen Beschlusses erhalten. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ging es bei den ganzen Sachen nur um Vergabeverstöße, oder waren noch andere Komplexe das Thema?

Zeuge Eckhard Lech: In erster Linie ging es um Vergabeverstöße. Damit einher gehen auch immer mögliche haushaltsrechtliche Verstöße. Im Prüfbericht selber ... Aber später kam immer mehr eine zweckwidrige Verwendung der Abwasserabgabe in den Fokus.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Waren auch andere Sachverhalte oder Tatvorwürfe gegen Herrn Dr. Friedrich Gegenstand Ihrer Ermittlungen?

Zeuge Eckhard Lech: Es ergaben sich Hinweise auf Vorteilsannahmen verschiedenster Art. Wie gesagt, es ging um einen Laptop, den er von der RWTH Aachen bekommen hat. Es ging um ein Fahrzeug, das er bekommen – zumindest geliehen

bekommen – haben soll. Es ging um eine Wohnung, die er als Ferienwohnung zur Verfügung gestellt bekommen haben soll. Es ging um eine angestrebte Professur, und es ging um eine Herausgebereigenschaft. Herr Dr. Friedrich wurde bei zwei Büchern als Herausgeber mit aufgeführt, was wohl umstritten war. Es ging um die Ausarbeitung von Vorträgen. Zu den Sachen haben wir auch Ermittlungen durchgeführt.

<

Wie gesagt, das Laptop zum Beispiel ... Da haben wir dann Frau Delpino vernommen. Das wurde dann auch abgeglichen mit der entsprechenden Akte. Das war auch eine Akte, die wir dazu speziell angefordert haben.

Zu der Ferienwohnung wurden zum Beispiel dann, wenn ich mich erinnere, Konten ausgewertet, ob zu dem Zeitraum ... Das wurde ja verifiziert, auch mit den Urlaubsdaten des Herrn Dr. Friedrich. Da konnte man die Woche wohl, in der er Urlaub hatte, im September 2005, meine ich, eingrenzen. Das wurde dann auch im Rahmen der Finanzermittlungen abgeglichen, ob sich daraus entsprechende Transaktionen ergaben oder nicht. Es wurden die Daten der dienstlichen Festplatte, also die dienstlichen Daten, die wir bekommen hatten, dahin gehend ausgewertet, ob und in welcher Form er Vorträge von möglichen Auftragnehmern zur Verfügung gestellt hatte usw. Natürlich wurden da auch einige andere Ermittlungen geführt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Zu dem Fahrzeug: Was ist da ermittelt worden?

Zeuge Eckhard Lech: Da kann ich Ihnen jetzt ... Zu der Zeit? Kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, ob und wie wir da schon ... Wir hatten Ermittlungen angestellt, welches Fahrzeug von der Firma oder von der Person zugelassen wurde, ob es sich konkretisieren lässt, wann das zugelassen wurde usw., ob das von den Angaben her passt. Es wurde auch später, meine ich, eine Vernehmung gemacht. Die wurde aber erst viel später gemacht. Dazu kann ich Ihnen jetzt weiter nichts sagen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche Ergebnisse haben denn Ihre Ermittlungen zu den Themen Laptop, Fahrzeug, Ferienwohnung erbracht?

Zeuge Eckhard Lech: Zu dem Laptop wurde das Ergebnis erbracht, dass sich ... Einmal wurden uns noch einmal konkret die Umstände zu dem Laptop von Frau Delpino dargestellt. Anhand der Akte, der Projektakte, die wir zu diesem Projekt hatten, ließ sich feststellen, dass tatsächlich in dieser Akte, in diesem Vorhaben – ich glaube, im vierten Antrag, im letzten Antrag – zwei Laptops bestellt wurden, wo Frau Delpino dann sagte, das könnten, müssten die dann sein, wovon eins dann geliefert wurde. Im Zuge der weiteren Ermittlungen bestätigte sich, dass dieses Laptop von der RWTH Aachen in diesem Projekt angeschafft wurde. Es wurden also nicht zwei Laptops angeschafft, sondern es wurde ein Laptop angeschafft, aber wohl im Wert ungefähr von den beiden Laptops, wie es da kalkuliert wurde. Das wurde auch tatsächlich an Herrn Dr. Friedrich ausgeliefert. Das war dazu das Ergebnis.

Zu der Ferienwohnung konnten wir feststellen, dass in der Woche, in der er damals im Urlaub war, in der er wahrscheinlich wohl in Frankreich war, keine Zahlungen festgestellt wurden, weil er seinen Lebensunterhalt überwiegend über Kreditkarten oder über eine Kreditkarte abrechnete. Da war auffällig, dass in der Zeit, in der er im Urlaub war, keine Kreditkartenabrechnungen erfolgten. Letztlich haben die Ermittlungen auch bestätigt, dass da ein gemeinsamer Urlaub war. Aber dann wurde das wohl später beglichen, zumindest nach den Ermittlungen.

Zu den Vorträgen haben wir festgestellt, dass von verschiedenen Auftragnehmern Vorträge erstellt wurden. Für uns war es aber dann schwierig zu differenzieren: Stehen die Vorträge jetzt im Zusammenhang mit einer Beauftragung? Wird in diesem Auftrag der Vortrag seitens des Umweltministeriums durch Herrn Dr. Friedrich wie auch immer gehalten? Ist das dementsprechend angemessen, dass da ein Vortrag ausgearbeitet wurde oder nicht? Das ließ sich für uns in der Phase schwer differenzieren. Das hätte man im Prinzip wieder durch weitere Ermittlungen machen müssen, durch weitere Befragungen. Das war zu diesem Zeitpunkt nicht gewollt, auch seitens der Staatsanwaltschaft Wuppertal.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hätten Sie es denn gewollt?

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sahen Sie dazu keine weitere Veranlassung?

Zeuge Eckhard Lech: Wir unterscheiden bei uns verdeckte und offene Ermittlungen. Solange der, gegen den wir ermitteln, noch keine Kenntnis von dem Ermittlungsverfahren hat – zumindest wir davon ausgehen müssen, dass er bis dahin keine Erkenntnisse hat –, bewegen wir uns im verdeckten Ermittlungsbereich. Und wir waren noch im verdeckten Ermittlungsbereich. Da sah die Staatsanwaltschaft Wuppertal das so, dass man möglichst keine weiteren Personen einbindet, also davon in Kenntnis setzt. Diese Auffassung teilte ich, weil: Mit jedem, der darüber hinaus in Kenntnis gesetzt wurde, erhöht sich natürlich erheblich die Gefahr, dass die Information über unsere Ermittlungen auch an den Beschuldigten weitergetragen wird.

Letztlich war es dann ja auch so. Im Rahmen der Haftprüfung wurde von Herrn Rechtsanwalt Doelfs ausgeführt, dass eine Vernehmung, die noch im Grundsatz gemacht wurde im Sommer 06, wohl Herrn Dr. Friedrich unmittelbar bekannt wurde. Ich hatte mich wohl auch im Sommer einmal mit einer ehemaligen Sekretärin, meine ich, von Herrn Dr. Friedrich in Verbindung gesetzt, die schon pensioniert war. Warum, wieso, weshalb, weiß ich jetzt auch nicht mehr. Dazu hatte ich mich wohl – ja – breit-schlagen lassen. Ich habe mich dann mit ihr in Verbindung gesetzt. Sie hat sich unmittelbar danach mit Herrn Dr. Friedrich in Verbindung gesetzt, hat sich mit ihm ausgetauscht. Das zeigt für mich, dass man da auf alle Fälle mehr als vorsichtig sein muss und lieber weniger als mehr Personen einbinden sollte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Von wem haben Sie sich denn breitschlagen lassen?

Zeuge Eckhard Lech: Ich habe jetzt im Nachhinein noch einmal darüber nachgedacht. Das kann ich Ihnen so nicht mehr sagen. Im Rahmen des Aktenstudiums habe ich das jetzt auch noch einmal gesehen. Da habe ich gesehen, das war im Sommer 2007. Ich denke einmal, der Hintergrund war der, dass wir vielleicht dachten: Die ist jetzt schon in Rente, die hat seit ein, zwei Jahren nichts mehr damit zu tun. Dann ist das eine Person, die jetzt schon außen vor, außerhalb des Ministeriums ist. Da können wir es wagen. Aber wie und warum? Zu den Hintergründen kann ich jetzt so nicht mehr sagen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, jetzt sind Sie ja Kommissionsleiter gewesen, wenn ich das richtig verstanden habe.

Zeuge Eckhard Lech: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wenn Sie sagen, ich habe mich breitschlagen lassen, muss es ja Gespräche mit anderen gegeben haben, die gesagt haben: Mach das doch mal!

Zeuge Eckhard Lech: Es gab natürlich Gespräche mit meinem Dezernatsleiter. Mein Dezernatsleiter sah in erster Linie die im Raum stehenden Vorteile im Vordergrund der Ermittlungen.

Die Staatsanwaltschaften sahen eher die Aufhellungen der, sage ich einmal, auffällig geschilderten umfassenden Vergaben oder großvolumigen Vergaben im Vordergrund. Da gab es eigentlich schon Gespräche von Anfang an, in denen Herr Hermanns, mein damaliger Dezernatsleiter, immer eher darauf drängte, dass wir oder ich mich mit den Ermittlungen in erster Linie auf diese Vorteile konzentriere. Da sollten auch entsprechend schnell Durchsuchungsbeschlüsse beantragt werden, und die anderen Sachen sollten zurückgestellt werden. Aber die Staatsanwaltschaft Wuppertal sah die Aufhellungen der gesamten Vergabep Praxis im Vordergrund.

Da kann es sein, dass es in diesen Gesprächen besprochen wurde. Es kann aber auch sein, dass der Kollege Richter, mit dem ich auch immer wieder darüber gesprochen habe, weil er die Ermittlungen am Anfang geführt hatte und zusammengetragen hatte, mir auch sagte: Mensch, vernehmen wir mal die Frau Beek, die könnte etwas dazu sagen usw., sodass es darüber kam. Aber genau weiß ich es nicht mehr.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es weitere Anregungen von Vorgesetzten, etwas zu tun oder zu unterlassen?

Zeuge Eckhard Lech: Anregungen, etwas zu tun oder zu unterlassen? – Also, zu Beginn, als ich die Ermittlungen aufgenommen hatte, habe ich eine Ermittlungskon-

zeption geschrieben. Das ist bei uns üblich, dass zu Ermittlungsverfahren am Anfang eine Konzeption geschrieben wird. In dem Zusammenhang ... Sie wurde auch mehrfach geändert und abgeändert, und da ging es auch um Personal, um die Ressourcen. Da gab es, denke ich einmal, Änderungen, die vorgenommen wurden, bei denen ich davon ausgehe – wenn ich jetzt auch keine konkrete Erinnerung habe –, dass sie in erster Linie in Gesprächen mit meinem ehemaligen Dezernatsleiter geändert wurden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wo waren denn die Widersprüche in Ihren Vorstellungen bei der Bearbeitung des Falls?

Zeuge Eckhard Lech: Aus meiner Sicht hätten wir jetzt in erster Linie versuchen müssen aufzuklären, was hinter diesen auffälligen Vergaben stand. Das hätten wir in erster Linie aufklären müssen; das hätte aus meiner Sicht in erster Linie im Fokus der Ermittlungen stehen müssen. Da hätte man auch, um jetzt im Detail intensiver auswerten zu können, wie Sie gerade angesprochen haben: Um 277 Vergaben selbst prüfen zu können, hätte der Personalansatz gegebenenfalls von Anfang an anders sein müssen. Auf alle Fälle hätte aus meiner Sicht das Ziel sein müssen, dass man das dann, wenn man in die offene Phase geht, auch im Zusammenhang macht, also mit einer umfassenden Verdachtslage.

Mein Dezernatsleiter damals sah eher im Vordergrund, wie gesagt, die Vorteile, die bis dahin benannt bzw. beschrieben wurden, und dass man eben sagte: Gut, wir sollen auf dieser Basis Durchsuchungsbeschlüsse beantragen, und dann mit einem Einsatz, sodass man dann schaut, was daraus wird. Das sage ich jetzt einmal so. Das war eigentlich so ein bisschen der Unterschied in der Auffassung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie ist dieser Unterschied gelöst worden, dieser Konflikt?

Zeuge Eckhard Lech: Der Konflikt ... Ich weiß nicht, ob er gelöst wurde. Die erste Vernehmung von Frau Delpino war zielgerichtet zu dem Laptop, zur Verifizierung des Laptops. Im Rahmen dieser Vernehmung hat Frau Delpino mir Unterlagen übergeben, aus denen sich Verdachtsmomente in andere Richtungen ergaben. Die hatte ich mir natürlich dann durchgelesen. Darauf sind wir in der nächsten Vernehmung eingegangen. Frau Delpino hat uns dann Sachverhalte mitgeteilt, die im Prinzip eigentlich Erklärungsansätze dafür boten, was schon in diesem Prüfbericht dargestellt wurde, aber zu konkreten Fällen.

Das wurde dann entsprechend aufgenommen. Es wurden verschiedene Vernehmungen in Folge durchgeführt. Die Sachen wurden dann auch konkretisiert mit dem Abgleich, mit den Vergaben, mit den Vergabeakten, und dann entwickelte sich das Verfahren von alleine in diese Richtung. So würde ich jetzt einmal sagen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich möchte noch einmal nachfragen. Sie sagten, es gab unterschiedliche Auffassungen zwischen Ihnen und Ihrem Vorgesetzten be-

züglich der Planung. Welche weiteren Gespräche gab es denn möglicherweise noch mit weiteren, anderen Vorgesetzten in diesem Zusammenhang der Ermittlungen?

Zeuge Eckhard Lech: Es gab mit meinem damaligen Dezernatsleiter ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sagen Sie uns immer den Namen dazu? Das ist für uns dann leichter.

Zeuge Eckhard Lech: Ja, mit Herrn Hermanns. Herr Hermanns war ungefähr bis Ende Oktober, Anfang November 2007 mein Dezernatsleiter. Ich sage einmal: Es gab immer Gespräche. Es gab auch immer Gespräche im Rahmen dieser EK-Leiterrunde. Da habe ich natürlich immer davon berichtet, auch die Ergebnisse der Vernehmungen usw. Ich habe auch ihn laufend darüber informiert. Wie gesagt, dann gab es ein Gespräch im Oktober – ich habe auch nachgesehen: am 18. Oktober – mit Herrn Meyer, dem zuständigen Dezernenten der Staatsanwaltschaft Wuppertal, mit Herrn Hermanns und mir. Anfang November kam es zum Dezernatsleiterwechsel. Dann war Herr Opdensteinen Dezernatsleiter. Mit dem wurden dann auch fortwährend Gespräche geführt über den Stand der Ermittlungen, insbesondere natürlich auch über die Maßnahmen, die angedacht waren. Da gab es Gespräche mit ihm, mit dem Staatsanwalt zusammen. Das war eigentlich, sage ich einmal, kontinuierlich so. Und dann gab es natürlich auch Gespräche mit dem Abteilungsleiter.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wer ist Abteilungsleiter?

Zeuge Eckhard Lech: Herr Jungbluth.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Jungbluth. Gab es von Herrn Jungbluth Anregungen in diesem Verfahren, wie man vorgehen sollte?

Zeuge Eckhard Lech: Anregungen würde ich jetzt nicht sagen. Also, es gab ... Mit Herrn Jungbluth, meine ich, war es bis dahin das erste Gespräch. In Folge, dass ... Mein erster Vermerk, den ich geschrieben hatte, mein Vermerksentwurf, wurde ja von Herrn Hermanns mit, sage ich einmal, kritischen Anmerkungen versehen, und Herr Hermanns hatte dann wohl – so habe ich das zumindest verstanden – Herrn Jungbluth im Februar – Ende Februar, Anfang März – darauf aufmerksam gemacht, dass er dazu halt schon einmal Anmerkungen gemacht hat. Der Vermerk wurde dann Herrn Jungbluth vorgelegt, und in der Folge, kurz danach, nachdem er sich das wohl durchgelesen hatte, gab es ein Gespräch mit Herrn Jungbluth, Herrn Opdensteinen und mir. Da habe ich ihm dargelegt, wie die Verdachtslage jetzt aussieht, dass die und die Maßnahmen angedacht sind, angedacht waren, und da wurde halt darüber gesprochen. Aber ob jetzt da Anregungen kamen oder dies und jenes ...

Also, ihm wurde dargelegt, dass insbesondere die Verdachtslage, die wir im Oktober 2007 hatten, noch einmal erheblich verstärkt wurde durch weitere Vernehmungen ei-

ner weiteren Referatsleiterin, der Frau Dr. Frotscher-Hoof, die zum einen die bis dahin festgestellten Sachverhalte bestätigte und zum anderen als unmittelbare Zeugin teilweise auch noch detaillierter aussagen konnte und natürlich als unmittelbare Zeugin auch einen höheren Beweiswert hatte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es Kontakte zwischen Herrn Gatzke und Ihnen zu dem Vorgang?

Zeuge Eckhard Lech: Also, Kontakte gab es natürlich sehr viele, aber ich meine, nicht vor den Durchsuchungsmaßnahmen. Danach gab es im Zusammenhang mit der Berichterstattung in den Medien dann natürlich häufiger Kontakte, will ich jetzt einmal so sagen. Nicht unbedingt persönlich, es war mehr in der Form: Aufgrund von Medienberichterstattungen haben wir Berichtsentwürfe geschrieben für das Ministerium, und die wurden natürlich dann ... Nein, die wurden eigentlich von Herrn Jungbluth noch mit Herrn Gatzke abgestimmt, indem die das halt telefonisch abgestimmt haben, und da war ich dann natürlich dabei; da habe ich mitgehört. Aber persönliche Kontakte waren eher selten, weil wir auch in unterschiedlichen Räumlichkeiten sitzen. Wir sitzen in Neuss, Herr Gatzke sitzt in Düsseldorf. Also, in der Phase war es eigentlich in erster Linie telefonisch.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wenn Sie sagen, eher selten, in erster Linie telefonisch, dann heißt das ja: Irgendwo gab es doch dann noch Kontakte.

Zeuge Eckhard Lech: Ich muss jetzt immer versuchen zu unterscheiden, in welcher Phase. Ich würde sagen ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Für mich zählt, wenn jetzt frage, Mitte 2005 bis Mitte 2009. Das ist unser Untersuchungszeitraum.

(Zeuge Eckhard Lech: Ja, ja!)

Das ist vielleicht ein bisschen weit, aber die

(Zeuge Eckhard Lech: Nein, nein, ist schon klar!)

vier Jahre sind es für uns.

Zeuge Eckhard Lech: Also, nach meiner Erinnerung gab es bis zum Durchsuchungseinsatz, meine ich, keinen Kontakt mit Herrn Gatzke – also ich jetzt persönlich. Auch so ... Gut, es wurden da auch schon BE-Meldungen und Berichte geschrieben an Herrn Gatzke bzw. über Herrn Gatzke an das Ministerium.

Ich erinnere mich jetzt: Zum Beispiel wurde Herr Staatssekretär Dr. Schink im August 2007 bei uns zeugenschaftlich vernommen. Darüber wurde das Ministerium informiert. Das ging aber in der Form: Da habe ich eine Mail geschickt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Entschuldigung, darf ich einmal zwischenfragen? Wenn Sie jetzt Ministerium sagen, dann meinen Sie ...

Zeuge Eckhard Lech: IM. An das Innenministerium. Also, das wurde im Haus, sage ich einmal, schon als herausragende Sache angesehen, wenn ein Staatssekretär aus einem Ministerium vernommen wird bei uns. Dementsprechend habe ich meinen Vorgesetzten, Herrn Hermanns, informiert, der hat Herrn Jungbluth informiert, der Herrn Gatzke usw. Und so gab es in der Folge natürlich auch weitere Berichterstattungen. Aber da hatte ich keinen Kontakt mit Herrn Gatzke.

Also, ich würde sagen, bis zu den ersten Berichterstattungen in den Medien gab es überhaupt keinen Kontakt, und danach fand der Kontakt eher in der Form statt, wie ich sagte, dass wir bei uns in der Abteilung etwas geschrieben hatten. Das wurde dann natürlich hin- und hergemailt, auch zu Herrn Gatzke. Aber den Kontakt selber hatte dann in erster Linie Herr Jungbluth. Aber da habe ich dann mitgehört.

Dann im weiteren Verlauf, nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses: Wir hatten jetzt natürlich auch öfter miteinander gesprochen, aber aufgrund von Problemen, die sich daraus ergaben. Aber das war eigentlich jetzt ... Dass ich persönlich mit ihm gesprochen habe, war eigentlich jetzt erst in letzter Zeit, also fast schon außerhalb des Zeitraums, ab Juli.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche Probleme haben sich denn ergeben?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, zum Beispiel Probleme mit der Telefonüberwachung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was waren das für Probleme?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Herr Vorsitzender, den Zeitraum bitte ich doch zu beachten!)

In welchem Zeitraum waren denn diese Gespräche mit Herrn Gatzke?

Zeuge Eckhard Lech: Diese Gespräche waren jetzt ... Die intensivsten Gespräche mit Herrn Gatzke habe ich eigentlich jetzt ab Mitte Oktober geführt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welches Jahr?

Zeuge Eckhard Lech: Jetzt, dieses Jahres.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: 2009, okay. Haben Sie bis Juni 2009 Gespräche mit Herrn Gatzke geführt?

Zeuge Eckhard Lech: Aus meiner Erinnerung würde ich eher sagen, nein. Dass ich selber unmittelbar mit ihm gesprochen habe, also ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie Kontakte zu Mitarbeitern des Innenministeriums direkt gehabt?

Zeuge Eckhard Lech: Also, da muss ich jetzt auch nachdenken. – Es kann sein, dass ich auch mal telefonierte – da bin ich mir aber nicht sicher – im Zusammenhang mit Ausschusssitzungen, in denen dann der Fall thematisiert wurde. Aber ich glaube, eher nicht, und ansonsten waren die Kontakte auch eher dann im Zusammenhang mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses, also danach.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche weiteren Kontakte hatten Sie denn noch mit dem Umweltministerium außer dieser erwähnten Besprechung von März 2007?

Zeuge Eckhard Lech: Wir hatten in Folge sehr viele Kontakte mit dem Umweltministerium. Insbesondere hatte ich Kontakt mit Herrn Dr. Günther, an den ich mich in erster Linie wandte. Das war eigentlich in erster Linie mein Ansprechpartner beim Umweltministerium. Er sagte mir zwar, dass gleichermaßen Frau Wender und Frau Meyer-Mönnich für mich Ansprechpartner wären. Aber ich hatte mich eben halt in erster Linie an Herrn Dr. Günther gewandt. Nur, wenn er nicht erreichbar war und wenn es wichtig war, habe ich mich an Frau Wender oder Frau Meyer-Mönnich gewandt.

Dann gab es ... Also, da gab es mehrere persönliche Kontakte. Es gab auch ein Gespräch mit Herrn Meyer zusammen – ich meine – mit Herrn Dr. Günther und Frau Wender im November, wo Herr Meyer grob seine rechtliche Würdigung darstellte. Dann gab es ... Aber auch dann nach dem Einsatz gab es die Vernehmung mit Herrn Dr. Schink – klar, hatte ich schon gesagt – im August 2007. Dann gab es in 2008 nach dem Einsatz auch ein, zwei Gespräche mit Herrn Staatssekretär Dr. Schink im Umweltministerium. – So, das wäre so, grob gesagt ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was war Gegenstand dieser Besprechung mit Herrn Dr. Schink?

Zeuge Eckhard Lech: Mit Herrn Dr. Schink war in erster Linie Gegenstand, dass wir bei der Durchsicherung in dem Haus des Herrn Dr. Friedrich Unterlagen gefunden hatten, die sich auf den sogenannten PFT-Fall bezogen. Da waren Unterlagen, die als Dienstkopie der Bezirksregierung Arnsberg bezeichnet wurden, und da war eine Mail, die im Haus des Umweltministeriums weitergeleitet wurde, aus der sich Erkenntnisse ergaben aus dem Strafverfahren, das in Bielefeld zu PFT geführt wurde, und da sahen wir den Anfangsverdacht eines Geheimnisverrats.

Da haben wir zum einen mit dem Ministerium Kontakt aufgenommen, dass die das aus ihrer Sicht prüfen, weil nur die uns letztlich darstellen können, was Quelle sein kann für diese Unterlagen, ob die jetzt geheim sind oder nicht. Bei einem Geheimnisverrat muss ja sowieso eine Ermächtigung vom obersten Dienstherrn erfolgen, also vom Ministerium. Dazu wurde dann eben auch das Gespräch geführt; das stand da im Vordergrund bei diesem Gespräch. Da hatten wir, glaube ich, vorher schon Unter-

lagen an das Ministerium übergeben. Sie hatten sie geprüft, die hatten ein Ergebnis, und über dieses Ergebnis wurde gesprochen, und in diesem Zusammenhang hatte auch der Herr Dr. Schink dazu eine Strafanzeige erstattet und im Prinzip dazu auch die Ermächtigung ausgestellt oder mit geschrieben, dass dazu halt Ermittlungen geführt werden sollen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Jetzt muss ich doch noch einmal nachfragen. Sie sagten, Ihr Ansprechpartner im Umweltministerium war eigentlich Herr Dr. Günther. Wie kam es jetzt dazu, dass Sie dann auch mit Herrn Dr. Schink direkt Kontakt hatten? Das ist ja immerhin der Staatssekretär.

Zeuge Eckhard Lech: Ja, ja. Also, ich kann mich jetzt nicht mehr daran erinnern, von wem das ausging. Wie gesagt, letztlich musste der oberste Dienstherr sowieso darüber entscheiden, ob eine Ermächtigung ausgestellt wurde. Das hätte auch Herr Dr. Günther nicht gekonnt. Ob es der Minister hätte machen müssen oder sein Staatssekretär ... Letztlich hat es ja der Staatssekretär gemacht; da gehe ich davon aus, das war soweit in Ordnung. Aber ich denke, es war der Hintergrund, dass dazu noch einmal das Gespräch geführt werden sollte – an dem Gespräch nahmen ja von unserer Seite auch der Staatsanwalt und mein Dezernatsleiter teil – und, ja, dass da noch einmal die Hintergründe erörtert werden. Dann ging es noch darum, wie die rechtliche Auffassung vom Staatsanwalt war, usw. usf.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wann war das Gespräch?

Zeuge Eckhard Lech: Aus meiner Erinnerung muss das relativ zeitnah nach dem Einsatz gewesen sein. Ich sage einmal: innerhalb der zwei bis vier Wochen danach, geschätzt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sagen Sie uns Monat und Jahr?

Zeuge Eckhard Lech: Der Einsatz war am 29. Mai 2008. Dann, denke ich einmal, war das in den zwei bis vier Wochen danach, Juni 2008, geschätzt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Versuchen Sie sich doch einmal daran zu erinnern, auf wessen Veranlassung dieser Termin dann stattgefunden hat.

Zeuge Eckhard Lech: Die Veranlassung kam, denke ich, auf alle Fälle von uns, weil wir ... Relativ zeitnah nach dem Einsatz hatten wir Herrn Dr. Günther die Unterlagen gegeben, mit der Bitte um Feststellung, was eben Hintergrund zu diesen Dienstkopien zum einen und zu dieser Mail sein kann, um überhaupt erst einmal festzustellen: Ist es ein Geheimnis, oder ist es kein Geheimnis?

Wie das dann genau war, ob uns dann so ... Also, die hatten dann wohl die Prüfung, wie auch immer, abgeschlossen, und dann wurde dieser Termin vereinbart. Also, ich

gehe einmal davon aus, dass wir den Termin haben wollten, aber sicher bin ich mir jetzt nicht. Es kann sein, dass ich mit Herrn Dr. Günther gesprochen habe und dass er gesagt hat: Ja, gut, dann würde Herr Dr. Schink auch dabei sein wollen, oder so. Warum und wieso Herr Dr. Schink dabei war, auf wessen Initiative, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: War es Ihr Wunsch, dass Herr Dr. Schink kommt, ...

Zeuge Eckhard Lech: Ich denke eher ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: ... oder war das der Vorschlag von Herrn Günther?

Zeuge Eckhard Lech: Das kann ich Ihnen jetzt wirklich nicht sagen. Ob das von uns als erforderlich angesehen wurde, dass er dabei war, oder ob Herr Dr. Günther meinte, das wäre aus deren Sicht erforderlich, weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist ja schon etwas Besonderes. Ich sage mal: So einen Staatssekretär trifft man als LKA-Beamter ja nicht jeden Tag. Deswegen frage ich mal nach, wenn man so eine Begegnung hat mit einem Staatssekretär.

Zeuge Eckhard Lech: Gut, aber ich sage einmal, im Laufe der Ermittlungen war das für mich jetzt nichts so ... Es war vielleicht besonders, dass wir Herrn Staatssekretär jetzt getroffen hatten, aber diese Ermittlung selber war für mich, sage ich mal, nicht das Herausragende.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was hat denn der Herr Staatssekretär in dem Termin alles so gesagt?

(Stephan Gatter [SPD]: Bei Schink weiß man das nicht so genau!)

Zeuge Eckhard Lech: Ja – wir haben insbesondere diese Mail erörtert. Also, bei diesen Dienstkopien hatte sich relativ früh – ich weiß jetzt nicht, ob vor dem Termin oder danach – schon herausgestellt, dass die vermutlich nach diesem Informationsgesetz – so heißt das, meine ich – herausgegeben wurden. Herr Odenkirchen hatte dazu wohl eine Stellungnahme geschrieben. Ob und wann wir diese Stellungnahme bekommen hatten, ob vorher oder nachher, weiß ich jetzt nicht.

Aber letztlich war diese Mail, die ja an Herrn Düwel, meine ich, geschickt wurde, als Abteilungsleiter IV, schon ... Da wurden sich schon halt auch seitens des Ministeriums dazu Gedanken gemacht, wer darauf Zugriff haben könnte, wer da in Betracht käme. Darüber wurde natürlich schon gesprochen, dass der Kreis sehr klein war. Soweit ich das verstanden habe, hatte Herr Düwel natürlich Zugriff auf sein Postfach und dann noch, glaube ich, aus dem Geschäftszimmer eine Person oder zwei. Daher

war es natürlich schon sehr auffällig, dass diese Mail dann bei Herrn Dr. Friedrich ausgedruckt zu Hause war. Darüber wurde gesprochen, und ... Aber was jetzt wie der Staatssekretär konkret dazu sagte oder was die anderen dazu sagten, das kann ich Ihnen jetzt schwer auseinanderhalten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hat der Staatssekretär denn Fragen gestellt, beispielsweise zum Stand des Verfahrens?

Zeuge Eckhard Lech: Es wurde auch insgesamt über die Verdachtslage gesprochen, insbesondere über die rechtliche Auffassung der Staatsanwaltschaft Wuppertal, dass die Mittel hier bei diesen Vergaben zweckwidrig verwandt wurden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Und was haben die Beteiligten dazu gesagt?

Zeuge Eckhard Lech: Ich kann mich erinnern, meine ich, dass Frau Meyer-Mönnich sagte, ja, gut, dass sie einen anderen ... Ich glaube, sie hatte angedeutet, dass sie überlegen, dazu ein Rechtsgutachten beizuholen. Ich glaube, so etwas war da auch im Gespräch: ob jetzt das Umweltministerium der Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft Wuppertal folgte, eher nicht, eher weniger, und dass man sich überlegte, sich jedenfalls auch ein Rechtsgutachten beizuholen. Aber wie das jetzt genau war? Herr Meyer hat gesagt, ja, gut, da müsste man das halt letztlich in einem Strafprozess klären lassen; denn das Problem bei der Abwasserabgabe ist, dass es dazu kaum Kommentierungen und insbesondere keine Rechtsprechung gibt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Habe ich Sie richtig verstanden, dass das Umweltministerium, vertreten durch Herrn Dr. Schink, der Auffassung des Staatsanwalts nicht folgte, sondern ein eigenes Gutachten einholen wollte?

Zeuge Eckhard Lech: Ich weiß jetzt nicht, ob es nicht folgte oder ob sie zumindest sagten, dass sie sich gegebenenfalls auch noch weiter beraten lassen wollen. Das Umweltministerium stand ja insbesondere vor dem Problem – in diesem Zusammenhang wurde das auch erörtert –, dass weiterhin Mittel aus der Abwasserabgabe verwandt wurden. Da mussten sie sich überlegen, wie sie weiter damit umgehen, nachdem sie die Auffassung der Staatsanwaltschaft kannten. Zum anderen – ob dies jetzt da auch speziell thematisiert wurde, weiß ich nicht – bestand im Laufe des Verfahrens immer das Problem, dass Firmen oder Firmeninhaber, die bei uns Gegenstand der Ermittlungen waren, weiterhin Auftragnehmer für das Umweltministerium waren oder sich natürlich auch im Hinblick auf weitere Aufträge an Vergaben beteiligten, und wie damit auch in Bezug auf das Korruptionsregister umgegangen werden muss, ob man die jetzt von Vergaben ausschließen müsste usw. Das war ja auch immer ein rechtliches Problem insbesondere für Frau Wender, wie sie damit umgehen musste oder konnte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es über diesen Termin hinaus noch weitere direkte Kontakte zu Herrn Staatssekretär Schink?

Zeuge Eckhard Lech: Kann ich Ihnen jetzt so aus der Erinnerung ... Da fällt mir keiner ein. Wenn, müsste es ja in der Akte, meine ich, dokumentiert sein. Aber nach meiner Erinnerung wüsste ich es jetzt nicht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hatten Sie im Zusammenhang dieses Ermittlungsverfahrens direkt Kontakt zu Herrn Umweltminister Uhlenberg gehabt?

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nie aufgetaucht in diesem Zusammenhang?

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut, dann habe ich zunächst einmal keine weiteren Fragen. Es haben nun die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen Gelegenheit, an Sie Fragen zu stellen. – Ich bekomme den Hinweis, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, dass bei diesem Zeugen das Fragerecht zunächst bei SPD und Grünen liegen soll. Daher bitte ich jetzt um Wortmeldungen. – Herr Kollege Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich würde gerne am Anfang etwas Grundsätzlicheres ansprechen. Sie hatten eben geschildert, dass es Auffassungsunterschiede zwischen der Staatsanwaltschaft und Ihrem Dezernatsleiter hinsichtlich der Schwerpunkte der Ermittlungen gegeben hat. Ausgangspunkt waren ja Hinweise des Umweltministeriums, wenn ich das den Akten richtig entnommen habe,

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das ist schon wieder suggestiv! – Gegenruf von Stephan Gatter [SPD]: Was ist daran suggestiv?)

die mit den Mitarbeitern Ihres Hauses besprochen worden sind und von denen als Korruptionssachverhalte eingeordnet worden sind. Die haben Sie ja eben auch geschildert.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Immer die gleiche Masche!)

Darf ich meine Frage stellen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Rimmel darf jetzt ...

(Zuruf von der CDU)

– Ich habe noch keine Frage gehört. Herr Rimmel leitet jetzt zu einer Frage ein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Die Sachverhalte waren die Frankreichreise usw.; sie sind ja an Sie herangetragen worden.

Ist das irgendwann einmal Gegenstand von Überlegungen gewesen, wenn man das ins Verhältnis zu der gesamten Auftragsvergabe setzt, unabhängig von der Frage, ob es sich tatsächlich um Korruptionssachverhalte handelt oder nicht, dass dies eine vergleichsweise geringe Größenordnung ist und dass daraus die Frage entstehen muss, ob nicht weitere Finanzmittel beispielsweise geflossen sind? Ist das von Ihnen untersucht worden?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, wie ich gerade schon ausgeführt hatte: Diese Vorteile, die am Anfang Gegenstand der Akte waren, bezogen sich ... Ich hatte gerade schon gesagt, dass ein Schwerpunkt der Fördermittel an die RWTH ausgegeben wurden, insbesondere an das ISA. In diesem Zusammenhang wurden ein Laptop als möglicher Vorteil und, ich sage einmal, sogenannte immaterielle Vorteile in der Form geschildert, dass der Verdacht bestand, dass Herr Dr. Friedrich eine Professur anstrebte, dass er als Herausgeber unberechtigt mit genannt wurde. Das wären für uns immaterielle Vorteile. Im Gegenzug standen da die Auftragsvergaben an die RWTH, die sehr auffällig waren oder als auffällig vom Prüfbericht beschrieben wurden.

Daraus folgte – das kann man auch der Akte entnehmen; das waren die ersten Ermittlungsschritte, die wir gemacht haben –, dass wir zu Herrn Dr. Pinnekamp, zu Herrn Dohmann, zu Herrn Dr. Friedrich selber natürlich und zu seiner Lebensgefährtin oder seiner ehemaligen Lebensgefährtin sogenannte Finanzermittlungen auf den Weg gebracht haben. Das ist immer eine Sache, die sich hinzieht. Die Erkenntnisse dazu wurden zusammengetragen, dem Staatsanwalt wurde der Lebenssachverhalt mitgeteilt, und er stellte dann aufgrund dessen ein staatsanwaltschaftliches Auskunftersuchen an die jeweiligen Banken. Dann bekommen wir halt Wochen, Monate später – das hängt immer von den Banken ab – die Erkenntnisse, die dann natürlich auch entsprechend ausgewertet wurden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie sind die Finanzermittlungen ausgegangen?

Zeuge Eckhard Lech: Wir haben auf diesem Wege keine Vorteile festgestellt, die an Herrn Friedrich ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich meine, Korruption ist Korruption; das ist so, egal, ob klein oder groß. Aber es ist doch merkwürdig, dass es da offensichtlich ein Missverhältnis gibt. Ist das im Rahmen der Ermittlungen irgendwann einmal diskutiert worden?

Zeuge Eckhard Lech: Diskutiert worden, würde ich jetzt nicht sagen. – Ja, diskutiert worden in der Form eher: Der Fokus richtete sich im Laufe der weiteren Ermittlungen auf die Verdachtslage, dass hier hinter der Auskehrung von Fördermitteln aus der Abwasserabgabe, die zweckwidrig erfolgte, die vergaberechtswidrig erfolgte, Betrug und Untreue stünden. Das war eher im Fokus. Dann wurde im Zusammenhang damit

eher thematisiert, ob wir von den Kapazitäten her unsere Ermittlungen auch noch intensiv auf diese Vorteile ausweiten sollten. Das war schon ein Thema. Wie gerade angedeutet, hatte ich, sage ich einmal, bis zu den Durchsuchungsmaßnahmen überwiegend das Verfahren selber geführt. Ich wurde unterstützt von Herrn Wagner und nachher von Herrn Duve; aber letztlich habe ich die Ermittlungen überwiegend selber geführt. Also, ich hatte nicht die großen Personalressourcen, um da in großer Weite alles durchermitteln zu können. Da wurde dies eher in diesem Zusammenhang thematisiert. Ich habe, glaube ich, auch einmal als Aktenvermerk niedergelegt, dass die Ermittlungen erst einmal zurückgestellt werden sollten.

Ob das jetzt ins Verhältnis passt oder nicht, das sind, sage ich einmal, die Vorgänge, die uns mitgeteilt wurden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Lech, darf ich Sie einmal kurz unterbrechen? – Ziehen Sie einfach das Mikrofon, den ganzen Apparat etwas näher zu sich; dann versteht Sie auch unser Protokollführer ein bisschen besser. – Danke.

Zeuge Eckhard Lech: Ja, sorry. – Wenn man auf der einen Seite derart auffällige Vergabepraktiken und auf der anderen Seite Vorteile, in welcher Form auch immer, hat, sind das schon erhebliche Indikatoren, die den Anfangsverdacht eines korruptiven Systems oder einer korruptiven Struktur begründen.

Dass wir im Rahmen der Finanzermittlungen keine Vorteile gefunden haben, dazu sage ich Ihnen ganz ehrlich: Es ist auch relativ selten, dass wir auf dem mehr oder weniger geraden Wege Vorteile finden. Das gibt es noch, aber eher, denke ich einmal, bei den „Dummen“. Hier haben wir es nicht mit dummen Leuten zu tun, im Gegenteil. Die Vorteile werden in den unterschiedlichsten Formen gewährt. Der direkte Weg über Konten bildet eher die Ausnahme. Da gibt es zig andere Möglichkeiten, die aber erst im Rahmen von offenen Maßnahmen, Durchsuchungen und Ähnliches, wenn überhaupt, festgestellt werden können. Da gibt es stille Teilhaberschaften, wo man irgendwo mit Glück vielleicht einen Treuhandvertrag oder Ähnliches findet. Daher war das zwar ein Ermittlungsergebnis, aber ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben eben schon auf die Besprechung mit Ihrem Dezernatsleiter, mit Herrn Hermanns und mit Staatsanwalt Meyer – das war, glaube ich, im Oktober 2007 – hingewiesen. Dem voraus gingen eine Vorlage von Ihnen an Herrn Hermanns, die mit „Beantragung von Durchsuchungsbeschlüssen“ überschrieben ist, und ein relativ intensiver Kommentar von Herrn Hermanns. Ist Ihnen ein solcher Kommentar im Laufe Ihrer Dienstzeit schon einmal untergekommen?

Zeuge Eckhard Lech: Also von Herrn Hermanns, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das war häufiger so, dass Herr Hermanns solche drastischen Kommentare geschrieben hat?

Zeuge Eckhard Lech: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie sind Sie dann damit umgegangen? Ich will hier einfach einmal aus IM, Band 48, Blatt 246 zitieren.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Da müssen wir bitte einmal kurz verfahrensmäßig einhaken und sehen, wie dieses Dokument klassifiziert ist. Dazu gab es ja einige Ausführungen, und da müssten wir das einmal vorgelegt bekommen und sehen, welche Klassifizierung es hat. Es gehört ja zu Dokumenten, die vom LKA vorgelegt worden sind.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir holen die Unterlage hier heraus. Die Unterlage ist hier schon mehrfach erörtert worden. Sie ist nicht als vertraulich oder als Verschlussache eingestuft. Aber Sie können hier gerne in die Originalakte Einsicht nehmen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also es heißt unter Ziffer 3.) – ich bin nicht sicher, ob ich alles ordnungsgemäß zitiere, weil es handschriftlich ist –:

Wo sind die Ergebnisse der umfangreichen Finanzermittlungen, mit denen ich so nicht einverstanden war und gegen die ich rechtliche Bedenken vorgetragen hatte? Wenn diese – wie von Dir mdl. vorgetragen – sämtlich negativ verlaufen sind, wie kann es dann zu einer derart einseitigen und tendenziösen Berichterstattung kommen, die die Ergebnisse der Finanzermittlungen noch nicht einmal ansatzweise erwähnt? Da könnte – zumal bei der Verteidigung – der Eindruck der vorsätzlichen Unterschlagung aufkommen.

Das ist eine Kritik von Hermanns. Dann geht es weiter:

Ich finde einen Bericht vor, der nahezu ausschließlich oder überwiegend mit Zitaten der Zeugin Delpino gespickt ist. Hat Frau Delpino die Ermittlungen geführt? Ist sie die einzige Quelle der bisherigen Ermittlungsergebnisse? Oder ist diese Ausarbeitung lediglich als Anzeige ... zu verstehen?

Weiter heißt es:

Für einen Bericht finden sich in Deinen Ausführungen bemerkenswert wenige Berichtspassagen. Ich habe den Eindruck, dass es sich um eine wirre Aneinanderreihung von „Zitaten“ handelt, denen nahezu jeder „rote Faden“ fehlt.

Und weiter unten heißt es:

Mit Verlaub, ich habe den Eindruck, die Vielzahl der Zitate sollen die eklatanten Mängel an sorgfältiger kriminalistischer Beweisführung und Argumentation verdecken. Sorry, aber dieser Ermittlungsbericht ist einfach nur schlecht!

Unter 10.) heißt es dann bei dem dreiseitigen Vermerk:

Ich habe teilweise den Eindruck, bestimmte gewünschte Wahrnehmungen sollen durch tolldreiste Spekulationen erzwungen werden! Warum machen wir nicht einfach zügig unsere Hausaufgaben???

Und abschließendes Urteil: Diesen Bericht habe ich bis zur Seite 62 gelesen. Mehr wollte ich mir nicht antun. Meine Anmerkungen: siehe besonders Beiblatt. Bitte nach Überarbeitung erneut in meinen Ausführungen vorlegen.

Wie geht man mit so etwas um, wenn man so eine doch vernichtende Kritik der bisherigen Ermittlungsarbeit bekommt?

Zeuge Eckhard Lech: Wie ich jetzt damit umgehe? Wie meinen Sie das? Ich verstehe nicht ganz die Frage.

Johannes Remmel (GRÜNE): Fängt man dann neu an? Berücksichtigt man die Kritik? Wie ist die in diesem Fall berücksichtigt worden? Das ist ja im Prinzip „zurück auf Los!“, wenn ich das richtig interpretiere.

Zeuge Eckhard Lech: Ich würde da zwei Sachen unterscheiden. Wie ich gerade ausgeführt hatte, kam die Staatsanwaltschaft Wuppertal im August zu dem Ergebnis, dass die bis dahin zusammengetragenen Ermittlungsergebnisse ausreichen, um die entsprechenden Maßnahmen, sprich Haftbefehle, Durchsuchungsbeschlüsse usw., zu beantragen. Das ist das, was sich aus der Akte ergibt. Das hat der Staatsanwalt entsprechend bewertet in Kenntnis der laufenden Ermittlungen.

Dann ist dieser Sachverhalt – ich denke mal, da werden Sie mir auch zustimmen – sehr komplex, fachlich sehr schwierig, rechtlich sehr schwierig. Wir bewegen uns hier, sage ich mal, in einem Terrain, wo sich bis dahin noch keiner bewegt hat. Und entsprechend ist es natürlich auch schwierig, die Ermittlungsergebnisse, die man hat, einem Dritten in Form eines Berichtes deutlich zu machen. Das ist ja das, was unser Ziel ist. Letztlich muss er dann, insbesondere nachher das Gericht, verstehen, was wir gemacht haben. Ich habe dann diesen Bericht so geschrieben, ich habe ihn so, ich sage mal, nach meinem besten Wissen und Gewissen so geschrieben. Dieser Bericht wurde von dem Herr des Verfahrens, der die Akte kennt, in verschiedenen Stufen – ich meine, ich hatte mal nachgesehen ... Insgesamt habe ich den in vier Stufen also immer fortgeschrieben. Ich habe ihm den Bericht vorgelegt. Er hat ihn gegengelesen. Anmerkungen oder Ähnliches, die er da gehabt hat, habe ich dann natürlich auch berücksichtigt. Und dementsprechend ging ich davon aus, dass der Bericht auch verständlich ist und auch vorgelegt werden kann.

Im Vorfeld dieser Besprechung kam es halt, da wollte mein Dezernatsleiter, also Herr Hermanns – am 18. war, meine ich, die Besprechung –, etwas lesen, um eben diese mündlichen Berichterstattungen, die ich vorhin schon erwähnte, die also infolge immer erfolgten... Die reichten ihm nicht, er wollte etwas lesen. Dann hat er sich das durchgelesen. Und aus meiner Sicht in Unkenntnis auch der Akte, also des eigentlichen Ermittlungsergebnisses, hat er hier Bewertungen vorgenommen, die für mich nicht durchweg nachvollziehbar sind.

Für mich war danach klar, dass es nicht so verständlich geschrieben ist. Wenn also ein Dritter wie Herr Hermanns, der also nicht tief in den Ermittlungen ist, das nicht verstehen kann, den roten Faden nicht versteht usw., ist das für mich ein Signal – darum wird das bei uns gegengelesen –, dass ich das umstrukturieren muss, dass ich das klarer darstellen muss. Weil wenn ich den Bericht weitergeschrieben hätte – der war ja noch bei Weitem nicht fertig –, wäre der Bericht vermutlich 300, 400 Seiten lang geworden. Dann ist das natürlich klar, dass man da jedenfalls auch Probleme hat, den roten Faden zu finden. Entsprechend habe ich dann diese ganze Berichtsform anders aufgebaut. Ich habe also diesen Bericht in verschiedenen Teilen dargestellt. Zum einen habe ich – kann ich mich erinnern – erst mal die besondere Nähe zwischen Herrn Dr. Friedrich und dem Auftragnehmer in einem Bericht dargestellt. Dann habe ich diese Vorhaben, die da im Bericht hintereinander dargestellt worden werden, einzeln dargestellt, und dann noch einmal zusammenfassend das dargestellt, wo ich immer darauf Bezug genommen hatte. Das war dann wohl entsprechend klar zu verstehen, weil dem ist das Gericht ja dann auch gefolgt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Habe ich Sie richtig verstanden, dass der Staatsanwalt Sie verstanden hat, aber Ihr Dezernatsleiter hat Sie oder die Art und Weise der Ermittlungsführung eher nicht verstanden?

Zeuge Eckhard Lech: Mein Staatsanwalt hat auf alle Fälle verstanden, was ich geschrieben habe. Ich will das so formulieren: Die Bewertungen, die Herr Hermanns vorgenommen hat, sind mir teilweise nicht erklärlich.

Johannes Remmel (GRÜNE): Die sind Ihnen nicht erklärlich?

Zeuge Eckhard Lech: Genau.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich meine, die sind ja relativ eindeutig: „bestimmte tendenziöse Ermittlungen“, „die Ermittlung ist einfach nur schlecht“, „tolldreiste Spekulationen“. Wie geht man damit um?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Wir wollen doch nicht bewerten!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Remmel zitiert gerade aus dem Brief, glaube ich. Es waren Zitate vorgehalten worden von Herrn Kollegen Remmel. Und die Frage dazu?

Johannes Remmel (GRÜNE): Wenn man solche Dinge ins Stammbuch geschrieben bekommt, wie geht man dann damit um? Ändert man dann seine Ermittlungen?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das ist doch eine Wertung!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich habe gerade die Frage von Herrn Remmel gehört: Wie sind Sie damit umgegangen, nachdem Sie diese Bewertung gelesen haben?

(Dr. Robert Orth [FDP]: Er hat gefragt, wie geht man damit um! – Wolfgang Schmitz [CDU]: Nein, das ist ins Stammbuch geschrieben!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier gibt es einen ganz konkreten Vorgang. Es gibt auch eine ganz konkrete Arbeitsanweisung: Bitte nach Überarbeitung erneut mit meinen Anmerkungen vorlegen. – Ist das passiert? Haben Sie diesen Bericht entsprechend den Anweisungen Ihres Vorgesetzten überarbeitet?

Zeuge Eckhard Lech: Ja. Das habe ich Ihnen gerade erklärt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wo? Wann?

Zeuge Eckhard Lech: Infolge wurde das Ermittlungsergebnis in verschiedenen Vermerken dargestellt. Das ergibt sich aus der Akte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier steht: Bitte nach der Überarbeitung erneut mit meinen Anmerkungen vorlegen. – Ist der Bericht, Beantragung von Durchsuchungsbeschlüssen, so, wie Sie ihn geschrieben haben, mit über 60, 70 Seiten in überarbeiteter Form Ihrem Vorgesetzten vorgelegt worden?

Zeuge Eckhard Lech: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Zu welchem Zeitpunkt?

Zeuge Eckhard Lech: Anfang März 2008. Und Ende März 2008 ist der Vermerk überarbeitet zur Akte genommen worden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay, dann müssen wir das Aktenstudium machen. Ich kann den jedenfalls aus den Akten in dieser Form, überarbeitet, nicht wiederfinden. Aber wenn Sie das sagen, dann wird das ...

Zeuge Eckhard Lech: Sie müssen sich – das habe ich gerade dargestellt – verschiedene Vermerke ansehen. Ich habe da jetzt ... In dem Bericht ist das Projekt MAPRO beschrieben worden, danach ist das Projekt KARO usw. ... Die beiden sind in diesem einen Bericht dargestellt worden. Das wurde dann gesplittet. Da wurde im Prinzip... Weil das sehr umfassende, sehr komplexe Sachverhalte waren, wurden die Bereiche gesplittet. Die wurden dann in einzelnen Vermerken zur Akte gegeben. Die sind auch in der Hauptakte als entsprechende Darstellung der Verdachtslage erkennbar. Und dann wurde noch mal, darauf aufbauend, ein zusammenfassender Be-

richt geschrieben. Dann muss man sich diese Berichte alle durchlesen, die dann damit abgleichen, und dann ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist der Arbeitsauftrag, den Ihnen Herr Hermanns erteilt hat?

Zeuge Eckhard Lech: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Der, sagen Sie, ist dann im März von Ihnen abgearbeitet worden?

Zeuge Eckhard Lech: Ja. Und mein Dezernatsleiter, Herr Opdensteinen, hatte diesen Bericht – darüber haben wir auch schon gesprochen – Anfang März bekommen und mein Abteilungsleiter auch. Aufgrund dessen hatte ich dann mit meinem Abteilungsleiter, also mit Herrn Jungbluth und Herrn Opdensteinen, Gespräche geführt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich will noch einen Sachverhalt ansprechen, damit er nicht verlorengeht, der eben in der Befragung eine Rolle spielte: Sie hatten ausgeführt, dass Sie den Landesrechnungshof zu einem gewissen Zeitpunkt um Hilfestellung gebeten haben und dass das nicht erfolgreich war. Ich möchte zitieren aus IM 204, Blatt 27, Landesrechnungshof.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir suchen es eben heraus, damit jeder draufschauen kann.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich kann das auch so vorlesen. Ist das okay?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Besteht Einvernehmen darin, dass die von Herrn Remmel vorgelegte Kopie in Augenschein genommen werden kann und nicht die Originalakte geholt werden muss? – Das stelle ich fest.

Johannes Remmel (GRÜNE): In dem Vermerk wird von Ihnen ausgeführt, nach einem Telefonat mit Herrn Pfeifer: Herr Pfeifer teilte heute auf Nachfrage telefonisch mit, dass er keinen Bedarf für Prüfungen seitens des Landesrechnungshofs sieht. – „Keinen Bedarf“, was heißt das?

Zeuge Eckhard Lech: Also die Hintergründe waren die, die ich gerade schon erläutert hatte. Ich hatte mit Frau Kampschulte bei der Übergabe relativ lange darüber gesprochen, hatte ihr den Prüfbericht übergeben. Sie hatte mir eigentlich schon signalisiert, dass sie kaum Hoffnung hat, dass der Landesrechnungshof uns aus den Gründen, die ich gerade dargestellt hatte, unterstützen wird. Das hatte mir Herr Pfeifer ... Ich muss sagen, an dieses Gespräch kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern, das ich das Gespräch geführt hatte, dass ich das entsprechend niedergelegt hatte. Aber eine

konkrete Erinnerung habe ich daran nicht mehr. Das war, glaube ich, ein ganz kurzes Gespräch und das entsprach im Prinzip dem, was mir Frau Kampschulte auch gesagt hatte, dass die es halt nicht machen werden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie das denn irgendwann in den Ermittlungsakten oder in Ihren Akten noch einmal weiter gewürdigt...

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): ...dass der Landesrechnungshof keinen Bedarf gesehen hat zu prüfen? Es ging immerhin um die Vergabeverfahren, die auch Gegenstand Ihrer Ermittlungen waren.

Zeuge Eckhard Lech: Ja, wie gesagt: Aus den Gründen, die mir geschildert wurden, wollte der Landesrechnungshof nicht weitere Überprüfungen machen, weil die sahen die Staatsanwaltschaft letztlich am Zug, uns. Dementsprechend war das für mich abgehakt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich noch einmal Richtung Ermittlungskonzeption – IM 47 Blatt 01. Sie haben eben geschildert...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir holen das eben heraus. Herr Remmel, warten Sie bitte. – Herr Boost, wenn Sie möchten, können Sie es gerne hier einsehen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist eine Ermittlungskonzeption, die datiert ist vom 05.04., über mehrere Seiten. Die ist auch überarbeitet und kritisiert worden. Von wem?

Zeuge Eckhard Lech: Von Herrn Hermanns.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist diese Kritik entsprechend berücksichtigt und eingearbeitet worden?

Zeuge Eckhard Lech: Davon gehe ich aus, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist ungefähr ein halbes Jahr, bevor die Durchsuchungsbeschlüsse beantragt worden sind?

Zeuge Eckhard Lech: Das kann ich Ihnen jetzt im Konkreten nicht sagen. Ich gehe davon aus, dass das, in welcher Form auch immer, berücksichtigt wurde und dann in der letzten Ermittlungskonzeption entsprechend vorliegen müsste.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Der Vermerk ist von 07!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja. Diese handschriftliche Konzeption, Beantragung von Durchsuchungsbeschlüssen, die wir eben besprochen haben, ist vom Oktober.

(Zuruf von Wolfgang Schmitz [CDU])

Also ein halbes Jahr davor. Ich wollte nur darauf hinaus, dass es offensichtlich eine längere Auseinandersetzung über die Frage, wie die Ermittlungen zu führen sind, zwischen Ihnen und Ihrem Vorgesetzten gegeben hat. Seit wann gab es diese Auseinandersetzung?

Zeuge Eckhard Lech: Ich habe jetzt nicht einen konkreten Tag oder Ähnliches. Aber ich denke, mal mehr oder weniger von Anfang an.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum? Worauf bezogen sich die unterschiedlichen ...

Zeuge Eckhard Lech: Hatte ich gerade schon erläutert. Herr Hermanns sah primär die Ermittlungen im Vordergrund zu den Vorteilen, zu den insbesondere drei, vier beschriebenen Vorteilen – die Staatsanwaltschaften und auch Herr Meuter... Herr Meuter hat ja auch was dazu geschrieben. Herr Meuter war der Leiter von „Grundsatz“ und der stellvertretende Dezernatsleiter –, warum das Verfahren vom LKA überhaupt übernommen wird. Sah im Fokus die Aufhellungen der offensichtlichen großvolumigen und breit gefächerten Auftragsvergaben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sind diese Widersprüche irgendwann mal entschieden worden oder aufgelöst worden?

Zeuge Eckhard Lech: Ich ging davon aus, weil ich Herrn Hermanns im Laufe der weiteren Ermittlungen ja regelmäßig mündlich die Ermittlungsergebnisse vorgetragen habe. Ich habe ihm im September – das habe ich jetzt nicht aus der Erinnerung, sondern aus dem Aktenstudium –, ich meine Anfang September, diesen Vermerk mit entsprechender Darstellung, dass die Staatsanwaltschaft Wuppertal aufgrund der jetzigen Verdachtslage, aufgrund der jetzigen Ermittlungsergebnisse vorhat, Haftbefehle für fünf, sechs, sieben Leute zu beantragen, Durchsuchungsbeschluss usw., und daher ein Gespräch sucht, um eben die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Hatte ich ihm ja dann auch Anfang September schon zugeleitet. Dazu habe ich dann auch nichts gehört. Daher ging ich davon aus, das wäre jetzt auch soweit klar.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gab es denn von anderen Mitarbeitern, Vorgesetzten im Haus auch Kritik an den Ermittlungen?

Zeuge Eckhard Lech: An den Ermittlungen oder an dem Bericht?

Johannes Remmel (GRÜNE): An den Ermittlungen generell, an den kriminalistischen Führungen der Ermittlungen.

Zeuge Eckhard Lech: An den Ermittlungen würde ich jetzt nicht sagen. Herr Meuter hatte sich diesen Bericht auch durchgelesen. Da hatte ich den Eindruck, dass er auch Schwierigkeiten hatte, diesen komplexen Vorgang halt daraus klar zu verstehen. Wie gesagt, aufgrund dessen hatte ich mir auch Gedanken gemacht, das anders darzustellen.

Insgesamt hatten wir – die Befürchtungen hatte ich auch – die Befürchtungen, dass Frau Delpino ... Die hat für uns glaubwürdige und glaubhafte Aussagen gemacht, die ja auch durch Unterlagen belegt wurden, aber gleichwohl bestand natürlich die Gefahr – sie hat ja auch fachliche Einschätzungen abgegeben –, dass sie dann nachher innerhalb des Ministeriums alleine steht. Daher hatten wir schon Bedenken, dass man eben diese Verdachtslage nochmal weiter erhärten sollte. Deshalb hatten wir uns dann auch am 18.10. in diesem Gespräch dazu entschieden, noch eine weitere Person zu vernehmen und hatten uns dann für Frau Dr. Frotscher-Hoof entschieden. Die hat ja dann – wie gerade schon ausgeführt – das noch mal unmittelbar umfassend bestätigt und dementsprechend ...

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Meuter hat auch Kritik an den Ermittlungen geäußert.

Zeuge Eckhard Lech: Ja, nicht an den Ermittlungen, an dem Bericht, wie gesagt. Da hatte er halt auch ein bisschen Bauchschmerzen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Gab es denn von dieser Ermittlungskonzeption vom 5.4. aus Ihrer Erinnerung auch Vorläuferversionen?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, ich hatte jetzt selber noch mal geguckt. Ich hatte, glaube ich, sieben oder acht abgespeichert, unterschiedlich fortlaufend. Die müssten bei Ihnen dann auch entsprechend ausgedruckt vorliegen. Die letzte müsste die sein, die dann in die EK-Akte von „Grundsatz“, also von Herrn Meuter, zur Akte genommen wurde. Das müsste die dann letztlich abgestimmte gewesen sein, die da abgeheftet wurde.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich möchte hier zitieren IM, Band 113, Seite 30 ff. Blatt 31 ff., hier insbesondere Blatt 33 und Blatt 39. Dann möchte ich zitieren. Hier steht auf Blatt 33 Ermittlungskonzeption unter 2.4 – zum Zeitpunkt 5.3.2007 ist das, glaube ich, verfasst worden –:

Den PFT-Skandal nutzte Herr Dr. Friedrich, um darauf hinzuweisen, dass neben PFT hunderte anderer gefährlicher Verbindungen im Rohwasser enthalten sind und nicht durch herkömmliche Verfahren herausgefiltert werden. Durch die Membrantechnologie soll dies möglich sein. Herr Dr. Friedrich ist seit 1999 Mitglied im Kreisverband Hochsauerlandkreis. Da insbesondere dort PFT-Verunreinigungen festgestellt wurden, stellten sich Parteifreunde die Frage, warum Dr. Friedrich sie davon abbringen wollte, nach den Verursachern der PFT-Verunreinigung zu suchen und stattdessen

versuchte, die Membrantechnik durchzusetzen. Diese Fragen führten schließlich zum Auseinanderbrechen der grünen Kreistagsfraktion im Hochsauerlandkreis.

Wir kommen Sie zu diesen Erkenntnissen?

Zeuge Eckhard Lech: Aus dem Internet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum haben Sie danach gesucht?

Zeuge Eckhard Lech: Hatte ich Ihnen ja gerade gesagt, dass ich natürlich zu Beginn, als ich die Akte übernommen habe, auch im Internet recherchiert habe, um zu sehen, was mögliche Hintergründe sein können. Natürlich habe ich mit der Personalle Dr. Friedrich auch im Internet recherchiert.

Johannes Remmel (GRÜNE): In welchem Zusammenhang stehen diese Sachverhalte mit den Korruptionsermittlungen?

Zeuge Eckhard Lech: Ich muss mir ja Gedanken machen, was Hintergrund sein könnte. Im Internet habe ich diesen „Streit“ – sage ich jetzt mal – festgestellt. Das könnte natürlich auch eine Möglichkeit gewesen sein, aus der sich jedenfalls korruptive Handlungen erklären lassen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Welche Schlussfolgerungen haben Sie dann daraus gezogen? Oder könnte man darauf ...

Zeuge Eckhard Lech: Ich habe erst mal das hier als Auffälligkeit dargestellt. Das war ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Es handelt sich um eine Ermittlungskonzeption, und wenn Sie so was in der Ermittlungskonzeption aufnehmen, dann werden Sie sich ja Gedanken darüber gemacht haben.

Zeuge Eckhard Lech: Ich habe ... Also, einmal ... Ich weiß nicht, ob hier was dazu drinsteht. Wenn ich jetzt hier dazu nichts geschrieben habe, dann habe ich das erst mal so als auffälligen Fakt dargestellt in der Ermittlungskonzeption. Die Ermittlungskonzeption ist ja eine Sache, die für uns insbesondere intern zur Information dient, bis zum Abteilungsleiter, damit dargestellt wird, was haben wir als Hintergrund, was könnte dahinterstehen und so weiter und so fort. Und die habe ich jetzt hier dargestellt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gab es denn aus Ihrer Sicht irgendeinen Zusammenhang zwischen PFT und den Vorwürfen, warum Sie dann dazu kommen, dass eben eine solche Ermittlungskonzeption, zumindest ein Entwurf, aufzunehmen ist?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Nächster Absatz!)

Zeuge Eckhard Lech: PFT nicht, sondern es war hier auffällig – so wurde es im Internet dargestellt –, dass Herr Dr. Friedrich in seiner Zeit als Abteilungsleiter nicht den Verursacher suchte, sondern überwiegend versuchte, die Membrantechnologie an den Mann zu bringen. Und das könnte natürlich auffällig sein, denn darin könnte natürlich auch eine Motivlage stecken. Die Membrantechnologie wird ja wohl Geld kosten. Die wurde ja auch wohl von der RWTH Aachen erforscht.

Dazu hatte ich auch Fragen gestellt – ich erinnere mich – in unserem ersten Gespräch mit Herrn Dr. Günther im März, dass möglicherweise auch ein illegaler Technologietransfer Hintergrund sein könnte. Weil: Da war ja wohl ein Vorhaben auch zur Membrantechnologie, wo kein Ergebnis eingegangen war. Das war für mich eine Auffälligkeit, die ich hier gesehen habe, und der Sache bin ich halt nachgegangen oder habe mir nochmals Gedanken dazu gemacht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat das zu Ergebnissen geführt?

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann heißt es weiter auf Seite 39:

Bei Umfeldermittlungen wurden bereits als ehemalige und jetzige Lebensgefährtin des Herrn Dr. Friedrich Frauen ermittelt, die auf kommunaler Ebene in Fraktionen der Grünen vertreten sind. Es ist damit zu rechnen, dass darüber hinaus noch weitere Personen festgestellt werden, die für die Grünen politisch engagiert sind und gegebenenfalls in die hiesige Ermittlung mit einbezogen werden.

Wie kommen Sie zu diesen Erkenntnissen? Und welche Bedeutung hat das für die Ermittlungen?

Zeuge Eckhard Lech: Die Erkenntnisse und wie ich dazu komme, ergibt sich aus der Akte. Das habe ich entsprechend dargestellt in der Akte. Es sind mit die ersten Berichte, die ich geschrieben habe. Die müssten also auf Band 2 relativ weit vorne sein. Ich hatte ja gerade dargestellt – Ihnen hatte ich es auch noch mal dargestellt –, dass wir Finanzermittlungen gemacht haben zu Herrn Dr. Friedrich, aber auch zu seiner Lebensgefährtin und seiner ehemaligen Lebensgefährtin, weil eben Korruptionsszahlungen auch an Dritte gegeben werden aus der Erfahrung. Entsprechend wurden dann auch Finanzermittlungen eingeleitet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier geht es ja nicht um Finanzermittlungen. Hier steht: Werden Bezüge hergestellt zu den Grünen. Was haben die mit den Ermittlungen zu tun?

Zeuge Eckhard Lech: Dass die Grüne sind, das ist eine Feststellung.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich lese das noch mal vor:

Es ist damit zu rechnen, dass darüber hinaus noch weitere Personen festgestellt werden, die für die Grünen politisch engagiert sind und gegebenenfalls in die hiesige Ermittlung mit einbezogen werden.

Was hat das politische Engagement der Grünen damit zu tun?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Lesen Sie doch den nächsten Absatz!
Dann wird das deutlicher!)

– Ja, ja, aber ...

(Zuruf von Wolfgang Schmitz [CDU])

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Vorhalte macht Herr Remmel, und Herr Remmel stellt auch die Fragen im Augenblick.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Weil er nicht komplett vorliest!)

– Sie können ja gleich eine Frage stellen, Herr Schmitz. Sie können ja auch gleich einen Vorhalt machen.

Zeuge Eckhard Lech: Ich habe hier in der Ermittlungskonzeption ... Die Überschrift ist ja: Ermittlungskritische Risiken, Auswirkungen und Maßnahmen. Unter dieser Überschrift muss man das sehen. In diesem Zusammenhang habe ich das halt entsprechend dargestellt, damit meine Vorgesetzten den Umstand wissen, den ich hier dargestellt habe, und damit sie sich dazu ihre Gedanken machen können. Nicht mehr und nicht weniger.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie wollten Ihre Vorgesetzten auf irgendwas hinweisen?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, diese Ermittlungskonzeption wird ja insbesondere für die Vorgesetzten gemacht. Da bin ich verpflichtet, entsprechend Sachen mitzuteilen, aus denen sich mögliche Risiken usw. ergeben können. Dementsprechend ist das da mit aufgeführt worden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. Dann sagen Sie auf derselben Seite, wo es auch um entsprechende Risiken geht:

Seitens des MUNLV wurden für das arbeitsrechtliche Verfahren alle erdenklichen Verstöße des Herrn Dr. Friedrich aufgearbeitet. Diese wurden auch im Strafverfahren mitgeteilt. Damit wurde in der Ermittlungsakte dokumentiert, dass seitens des MUNLV alles zusammengesucht wurde, um Herrn Dr. Friedrich arbeits- und strafrechtlich zu belasten. Dies könnte im Verlauf des weiteren Verfahrens dazu führen, dass bei Aussagen, Bewertungen und Begutachtungen von Mitarbeitern des MUNLV die Objektivität angezweifelt wird. Da die arbeits- und strafrechtlichen Maßnahmen gegen Herrn Dr. Friedrich nach dem Regierungswechsel erfolgten, muss zumindest

bedacht werden, dass gegebenenfalls versucht wird, die Ermittlungen politisch zu instrumentalisieren.

(Zuruf von Wolfgang Schmitz [CDU])

Wie kommen Sie zu dieser möglichen Schlussfolgerung?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das Ergebnis haben wir doch!)

Zeuge Eckhard Lech: Da habe ich jetzt im Prinzip auch die Sachen aus der Akte entnommen unter dieser Überschrift, das als mögliches Risiko darzustellen, und habe dies dargestellt. Das ergibt sich aus meiner Sicht aus den Unterlagen. So gesehen, ist es ja auch so eingetreten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Was ist eingetreten?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, dass dieses Verfahren hier öffentlich und in der Politik erheblich thematisiert wurde. Deshalb ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Thematisiert oder instrumentalisiert?

Zeuge Eckhard Lech: Bitte?

Johannes Remmel (GRÜNE): Thematisiert oder ...

Zeuge Eckhard Lech: Thematisiert.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier schreiben Sie instrumentalisiert. Von wem, haben Sie gedacht, wird das Verfahren instrumentalisiert?

Zeuge Eckhard Lech: Ich habe das von keinem gedacht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, dann brauchen Sie es ja nicht reinzuschreiben.

Zeuge Eckhard Lech: Ja, dass das möglich ... Das ist eine Möglichkeit.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Jetzt ist aber gut!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier steht was drin, dass die Ermittlungen möglicherweise politisch instrumentalisiert werden. Dabei werden Sie sich doch etwas gedacht haben, von wem die denn politisch instrumentalisiert werden sollten.

Zeuge Eckhard Lech: Ja, ich habe es ja jetzt schon dargestellt. Aus der Akte ergibt sich das, was hier kurz dargestellt wurde, und dass man das als mögliches Risiko im Hinterkopf haben muss. So ist es gemeint.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. – Zwei Zeilen vorher führen Sie aus, dass bei den Aussagen, Bewertungen und Begutachtungen von Mitarbeitern des MUNLV die Objektivität angezweifelt wird.

Haben Sie die Objektivität der Mitarbeiter des MUNLV irgendwann mal angezweifelt?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Herr Remmel, so geht es doch wirklich nicht!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel, ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe keine Lust mehr, mir ständig von Ihnen vorhalten zu lassen, welche Fragen ich stellen darf oder nicht.

(Olaf Lehne [CDU]: Das ist doch kein Angeklagter!)

Ich frage hier. Dann fragen Sie doch gleich selber.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Nein! Sie machen hier aber falsche Vorhaltungen!)

Dann müssen Sie eine Sitzungsunterbrechung beantragen. Dann sind Sie dran.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, das brauchen wir nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier findet eine ständige Beeinflussung des Zeugen statt.

(Olaf Lehne [CDU]: Wir können das aber machen! Das ist kein Problem!)

– Dann macht das doch.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, wir unterbrechen jetzt nicht. Herr Remmel liest noch einmal den ganzen Satz vor.

Johannes Remmel (GRÜNE): Auf Seite 39 heißt es – ich habe das eben schon einmal vorgelesen –: Dies könnte im Verlauf des weiteren Verfahrens dazu führen, dass bei Aussagen, Bewertungen und Begutachtungen von Mitarbeitern des MUNLV die Objektivität angezweifelt wird.

Ich würde gerne wissen, ob Sie die Objektivität der Aussagen der Mitarbeiter des MUNLV in irgendeiner Weise hinterfragt haben.

Zeuge Eckhard Lech: Hinterfragen? Hinterfragt haben? Man bekommt Erkenntnisse, die man entsprechend würdigt. Ich hatte keine Veranlassung dazu, dass sich das so herausgestellt haben sollte; weil letztlich haben sich diese Sachen ja auch so als Lebenssachverhalte dargestellt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage mich einfach: Sie zeigen hier unter der Überschrift „Ermittlungskritische Risiken, ...

Zeuge Eckhard Lech: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... Auswirkungen und Maßnahmen“ auf, dass das Verfahren möglicherweise in der politischen Öffentlichkeit eine Rolle spielen könnte und dass die Aussagen des MUNLV kritisch hinterfragt werden. Deshalb ist doch umgekehrt die Frage gestattet, ob Sie auch untersucht haben, ob vielleicht das MUNLV instrumentalisiert hat die Ermittlungen.

Zeuge Eckhard Lech: Im weiteren Verlauf hat sich für mich kein Hinweis darauf ergeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben keinerlei Hinweis darauf, dass das MUNLV in irgendeiner Weise die Ermittlungen ...

Zeuge Eckhard Lech: Ich hatte den Eindruck nicht, nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. – Dann würde ich gerne auf die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und dem MUNLV kommen. Im November 2007 übergaben Sie an das MUNLV ...

(RA Jan Philipp Boost: Könnten Sie bitte das Dokument benennen, damit wir es dann auch sehen können?)

– JM, Band 4, Blatt ... Das kommt noch. Ich bin noch gar nicht so weit.

(RA Jan Philipp Boost: Vielleicht können Sie erst das Dokument nennen! Dann wissen wir auch, wie es klassifiziert ist!)

– Nein, ich stelle hier die Fragen, und dann können Sie vielleicht intervenieren.

(RA Jan Philipp Boost: Wir beachten aber die [akustisch unverständlich] Voraussetzungen!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Jetzt ist noch kein Vorhalt gemacht worden. Von Herrn Remmel war eine Frage angedacht. Diese Frage hören wir uns erst einmal an, und dann schauen wir, ob er dazu eine Akte zitieren möchte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Im November 2007 übergaben Sie an das MUNLV einen Fragenkatalog, bei dessen Beantwortung es zu Verzögerungen kam. Letztlich wurde die Stellungnahme aber erst im Juni 2008 von Herrn Dr. Günther an das LKA gefaxt. Vielleicht können Sie uns diesen Sachverhalt jenseits von konkreten Textstellen erläutern. Um was ging es dabei?

(RA Dr. Hanno Marquardt: Woraus haben Sie denn jetzt zitiert?)

– Ich habe nichts zitiert. Das sind meine eigenen Unterlagen und meine eigenen Vorbereitungen.

Zeuge Eckhard Lech: In der Besprechung am 18.10. mit Herrn Hermanns und Herrn Meyer wurde unter anderem auch vereinbart, dass wir zur weiteren Absicherung der Verdachtslage auch vom MUNLV zu diesen Vorgängen und zu dem Verdacht der zweckwidrigen Verwendung eine offizielle Stellungnahme einfordern. In dem Zusammenhang ist es zu sehen, dass wir diesen Fragekatalog gefertigt haben in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft und ihn dem MUNLV haben zukommen lassen und von ihm eine entsprechende Stellungnahme bekommen sollten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und es hat tatsächlich von November 2007 bis Juni 2008 gedauert, bis Sie diese Stellungnahme bekommen haben?

Zeuge Eckhard Lech: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat das zu entsprechenden Nachfragen Ihrerseits geführt oder Diskussionen innerhalb des LKA?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, das hat, glaube ich, zu mehreren Nachfragen geführt. Die müssten auch in der Akte dokumentiert sein. Es kann natürlich sein, dass darüber hinaus noch weitere Nachfragen telefonisch erfolgt sind. Das kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen.

Die Verdachtslage wurde aber insbesondere durch die Vernehmung von Frau Dr. Frotscher-Hoof erheblich verstärkt. Daher kam die Staatsanwaltschaft dann zu der Auffassung, unabhängig von dem Ergebnis die entsprechenden Maßnahmen zu beantragen und zu vollstrecken; denn längeres Zuwarten war halt nicht mehr gewollt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Interpretiere ich es richtig,

(Der Vorsitzende räuspert sich.)

dass Sie bis zu diesem Zeitpunkt im November 2007 unsicher waren: Reicht das aus, was wir da an Stellungnahmen vom MUNLV haben? Wäre das vielleicht sinnvoller, das zu untermauern durch eine offizielle Stellungnahme?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das ist doch wieder suggestiv!)

– Ich frage. Lassen Sie mich doch.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Der Vorsitzende hat schon gehustet!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel, das müssen Sie ein bisschen anders formulieren.

#Johannes Remmel (GRÜNE): Reichte es im November 2007 nicht aus, was Sie an Vorlagen/Einschätzungen des MUNLV zu der vergaberechtlichen Einschätzung hatten, und haben Sie deshalb entsprechende Fragen gestellt?

Zeuge Eckhard Lech: Ich hatte es gerade schon dargestellt, dass nach Auffassung der Staatsanwaltschaft Wuppertal die Verdachtslage im August 2007 schon ausreichte, dass wir aber ergänzend noch zum einen die Vernehmung von Frau Dr. Frotscher-Hoof insbesondere gemacht haben und ergänzend noch die Stellungnahme eingeholt haben. Das wurde halt noch ergänzend gemacht.

Johannes Remmel (GRÜNE): In IM, Band 226, Blatt 5292 und IM, Band 48, Blatt 51 bis 52 ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Womit wollen wir anfangen?

Johannes Remmel (GRÜNE): Wir können beide Stellen nehmen.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Welche zuerst, Herr Remmel?)

– IM, Band 226, Blatt 5292.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das muss ich jetzt einmal kurz prüfen. Damals ist das als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft worden. Ist die Aufhebung dieser Einstufung erfolgt? Das müssen wir eben prüfen.

(Ausschussreferentin Dr. Carola Graf: Ich schaue einmal nach!)

Johannes Remmel (GRÜNE): IM, Band 226, Blatt 5292.

(Ausschussreferentin Dr. Carola Graf: Der VS-Schutz ist aufgehoben!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das Innenministerium teilt mit, dass der VS-Schutz bezüglich dieses Schriftstückes – Band 226, Blatt 5292 bis 5293; E-Mail KHK Lech – aufgehoben worden ist.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich zitiere hier eine Mail von Ihnen an Herrn Opdensteinen, Herrn Meuter und Herrn Kischel: Herr Meyer stöberte am WE – ich vermute, das heißt Wochenende – auf der Seite des MUNLV – dann wird ein entspre-

chender Link aufgeführt – und fand eine Broschüre, die unser Minister mit dem in der Anlage beigefügten Vorwort einleitete. Schaut euch mal an, was er im dritten Absatz schreibt. Aus dem Inhaltsverzeichnis ergibt sich zum Beispiel eine Literaturlauswertung, die bestimmt kein Forschungsvorhaben war und eines unserer dringend tatverdächtigen Projekte. Die Broschüre selber wurde vom ISA erstellt und vermutlich auch von der Abwasserabgabe finanziert. Daher ist nachvollziehbar, dass die sich jetzt mit der Stellungnahme sehr schwer tun.

Ich frage einmal: Warum haben Sie das als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ klassifiziert – und den entsprechenden Hinweis auf die Broschüre auch?

Zeuge Eckhard Lech: Also ...

(Dr. Robert Orth [FDP]: Herr Vorsitzender, ist das eine zulässige Frage?)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage, warum dieses Dokument als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft wurde, würde ich erst einmal als zulässig erachten. Ich sehe da jetzt keinen Zweifel. Die Frage ist vielleicht eher: Wer hat das denn eingestuft? Waren Sie das oder andere? – Aber Herr Remmel ist mit Fragen dran.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich bleibe dabei. Warum ist das Dokument als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, gut; aber die Einstufung erfolgte auf alle Fälle nach Juni 2009.

Johannes Remmel (GRÜNE): Von Ihnen ist sie also nicht erfolgt?

Zeuge Eckhard Lech: Ich stelle mir jetzt die Frage, ob das noch im ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie im Untersuchungszeitraum Dokumente mit „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ gekennzeichnet?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, die nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dieses Dokument ist also von Ihnen nicht ...

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... als VS – Nur für den Dienstgebrauch gekennzeichnet worden?

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

(RA Dr. Hanno Marquardt: Bis Juni 2009!)

Ich sage: Diese Einstufung erfolgte nicht vor Juni 2009, sondern danach.

Johannes Remmel (GRÜNE): Die Einstufung verschiedener Akten als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ ist also nach dem Juni 2009 erfolgt?

Zeuge Eckhard Lech: Sowohl, als auch.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nun finden sich diese Seite und das Anschließende – ich sage einmal: diese Zweifel – nicht in den Ermittlungsakten wieder. Wie ist der Zweifel bei Ihnen aufgelöst worden?

Zeuge Eckhard Lech: Wie gesagt: Das ist ja ein Hinweis gewesen von Herrn Meyer selber.

Johannes Remmel (GRÜNE): Bitte?

Zeuge Eckhard Lech: Das ist ja ein Hinweis gewesen von Herrn Meyer selber. Herr Meyer hatte eigentlich die Absicht, alle Vorhaben zu prüfen, also alle 277, die im Prüfbericht erwähnt wurden, dahin gehend zu prüfen bzw. prüfen zu lassen. Im Laufe der weiteren Ermittlungen gab es ja auch unterschiedliche Auffassungen zwischen der Staatsanwaltschaft Wuppertal und der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf. Ich denke, in dem Zusammenhang wurde dann seitens Herrn Meyer erst mal das zurückgestellt. Aber da müssten Sie am besten auch Herrn Meyer zu fragen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja. Aber Sie machen ja auch eine Bewertung in diesem Schreiben.

Zeuge Eckhard Lech: Ja. Aber Herr des Verfahrens ist der Staatsanwalt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie ordnen Sie denn Ihre Bemerkung zu zu der laufenden Frage an das Umweltministerium zur Beantwortung des Fragenkatalogs? Das ist ja da ausgeführt.

Zeuge Eckhard Lech: So, wie es da steht. Ich hatte ja gerade schon angedeutet, dass wir bei der Besprechung bei Herrn Dr. Schink im Umweltministerium ..., dass das Umweltministerium da sich jetzt auch generell rechtlich schlaumachen wollte, wie die mit der Zweckbindung der Abwasserabgabe umgehen sollte oder will. In dem Zusammenhang habe ich es, denke ich, damals so gesehen, dass das so sein könnte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Von wem im Umweltministerium hatten Sie denn bisher schon eine Bewertung zur Einordnung der Vergaben eingefordert?

Zeuge Eckhard Lech: Wir hatten Frau Delpino und Frau Dr. Frotscher-Hoof umfassend dazu vernommen. Auf Grundlage dieser Vernehmungen kam die Staatsanwaltschaft Wuppertal zu der Bewertung, dass die Vorhaben zweckwidrig aus der Abwasserabgabe finanziert wurden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben also Frau Delpino zu der Frage der Einordnung der Vergaben vernommen bzw. weiter gefragt, ob darüber hinaus ...

Zeuge Eckhard Lech: Auch, ja, umfassend aus ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Zu welchen Ergebnissen ist Frau Delpino hinsichtlich der Einordnung der Vergaben gekommen?

Zeuge Eckhard Lech: Der Vergaben? Da spreche ich natürlich von konkreten Vergaben. Frau Delpino und Frau Dr. Frotscher-Hoof wurden ja zu konkreten Aufträgen vernommen und nicht allgemein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wenn ich mich erinnern kann, haben Sie sie auch befragt danach, ob die Vorhaben als Forschungs- und Entwicklungsvorhaben einzuordnen sind.

Zeuge Eckhard Lech: In dem Zusammenhang wurden die Fragen auch gestellt, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Von Ihnen an Frau Delpino beispielsweise?

Zeuge Eckhard Lech: In erster Linie von mir auch, und von Herrn Meyer auch, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben Frau Delpino zugebilligt, dass Frau Delpino diese Fragen beantworten kann aus ihrem Hintergrund?

Zeuge Eckhard Lech: Wir haben ihr zugebilligt, dass sie eine fachliche Einschätzung abgeben konnte. Frau Delpino war ab 2004 stellvertretende Abteilungsleiterin im Umweltministerium. Sie war ab da umfassend mit der Umsetzung der Wasser-Rahmenrichtlinie betraut. Das ist ja auch das, was im Schwerpunkt der Projekte steht, die wir untersucht haben. Vorher war sie jahrelang als Leiterin des Staatlichen Umweltamtes Köln auch mit Vorhaben aus der Abwasserabgabe beschäftigt. Dieser Bereich ist auch ein sehr spezieller Bereich, zu dem nur sehr wenige Leute etwas sagen können. Da haben wir natürlich auch fachliche Einschätzungen von Frau Delpino aufgenommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Welchem Bereich bzw. welchem Fachgebiet würden Sie diese Fragestellung zuordnen?

Zeuge Eckhard Lesch: Welchem Fachgebiet?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja.

Zeuge Eckhard Lesch: Wasserwirtschaft.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wasserwirtschaft.

Zeuge Eckhard Lesch: Würde ich jetzt mal sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Vergaberecht ist das vermutlich, oder? Eine vergaberechtliche Einschätzung?

(Zurufe von CDU, FDP und RA Dr. Hanno Marquardt)

– Okay. Das ist in Ordnung; ich habe es verstanden.

Haben Sie sich denn über den beruflichen Hintergrund von Frau Delpino informiert?

Zeuge Eckhard Lesch: Ja, er ergibt sich aus der Akte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und Ihnen ist nicht in irgendeiner Weise aufgefallen, dass eine Bauingenieurin juristische, vergaberechtliche Bewertungen macht und dass sie von der als Grundlage für weitere Ermittlungen ...

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das geht jetzt wirklich nicht! – Weitere Zurufe)

Zeuge Eckhard Lesch: Sie hat keine juristischen Wertungen vorgenommen. Die hat Herr Meyer vorgenommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Die juristischen Wertungen hat dann Herr Meyer vorgenommen?

Zeuge Eckhard Lesch: Ja, genau.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Delpino hat nur aus ihrer Bauingenieurssicht ...

Zeuge Eckhard Lesch: Fachlich – aus meiner Sicht die Darstellung vorgenommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay. – Ich möchte gern mit IM, Band 48, Blatt 51 bis 52 weitermachen.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Darin steht auf Seite 52 bezogen auf den Fragenkatalog: Zur weiteren (akustisch unverständlich) der bandenmäßigen Betrugsdelikte wurde am 21.11.2007 ein Fragenkatalog an das MUNLV übergeben. Eine Beantwortung der Fragen wurde bis Ostern avisiert, steht jedoch noch aus.

Das ist eine Vorbereitung für ein Vierteljahresgespräch mit dem Innenministerium. Das heißt, offensichtlich war Ihnen ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: So wollen wir die Frage nicht einleiten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es gab einen Vorgang, der eine Bedeutung für die Vorbereitung auf ein Vierteljahresgespräch mit dem Innenministerium hatte. Sie erwähnen hier, dass die Fragen noch nicht beantwortet worden sind. Haben Sie zu diesem Zeitpunkt weitere Initiativen ergriffen, um die Fragen beantwortet zu bekommen?

Zeuge Eckhard Lesch: Das kann ich im Detail nicht mehr sagen. Ich habe auch gerade schon gesagt, dass wir natürlich nachgefragt haben. Wir haben es, denke ich, in der Akte dokumentiert. Es kann aber, wie gesagt, auch sein, dass wir mal telefonisch nachgefragt haben. Dazu kann ich nichts weiter sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum informieren Sie denn das Innenministerium darüber, dass das MUNLV immer noch nicht auf den Fragenkatalog geantwortet hat?

Zeuge Eckhard Lesch: Erst einmal ging die Information an meinen Abteilungsleiter und an meinen Dezernatsleiter. Das gehörte aus meiner Sicht zum Sachverhalt. Ich habe kurz den Sachverhalt dargestellt. Das habe ich eben mit dazu aufgeführt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte zitieren aus Staatskanzlei, Band 6, Blatt 9 ff.

(RA Dr. Hanno Marquardt verlässt den Sitzungssaal.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Diese Akte war bislang mit „VS – nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Wir prüfen, ob die Aufhebung erfolgt ist.

(Die Prüfung wird durchgeführt.)

Ich darf in dem Zusammenhang aus dem Anschreiben des Innenministers vom 17. Dezember 2009 zitieren, das wir auf meine Nachfrage zur Einstufung hin erhielten – Seite 2 von 3, dritter Absatz –: Den Bericht des LKA habe ich zu Ihrer Information beigelegt. Diesem bitte ich zu entnehmen, für welche Schriftstücke die Einstu-

fung „VS – nur für den Dienstgebrauch“ aufgehoben werden konnte. Dazu gehören alle Berichte und WE-Meldungen des LKA an das Innenministerium. Diese sind ebenfalls Gegenstand der Ihnen aus meinem Haus übergebenen Aktenordner, so dass damit auch für sämtliche Dokumente in diesen Ordnern die Einstufung gleichfalls aufgehoben ist.

IM, Band 6, Seite 9 entnehmen wir, dass es sich bei diesem Schriftstück um einen Bericht des LKA an das Innenministerium handelt. Insoweit ist die Einstufung nicht mehr vorhanden. Sie können frei zitieren. Herr Boost, Sie können sich das anschauen.

(Der Zeuge und RA Jan Philipp Boost nehmen Einblick in die Unterlagen.)

Johannes Remmel (GRÜNE): Mir geht es nur darum, nachfragen zu dürfen – das geht aus diesem Vermerk hervor –, dass es Besprechungen im Innenministerium gegeben hat. Hier geht es um eine Besprechung mit dem Leitenden Kriminaldirektor Schürmann am 27.03., wo über die Ermittlungsmaßnahmen und bevorstehende Einholung von Haftbefehlen geredet wird.

Im Vorfeld der Verhaftung hat es auch noch einmal eine Berichterstattung der Ermittlungsgruppe bzw. des LKA an das Innenministerium gegeben. Ich frage Sie, ob die Frage der fehlenden Beantwortung des Fragenkatalogs MUNLV Gegenstand dieser Berichterstattung war.

Zeuge Eckhard Lesch: Das kann ich Ihnen jetzt so nicht sagen. Dazu müsste ich mir die Berichte durchlesen, die Sie meinen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte zitieren aus IM, Band 48, Blatt 87 ff.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Ich zitiere von Blatt 88: Trotz mehrfachen Ersuchens der Staatsanwaltschaft Wuppertal und wiederholter Nachfragen durch Mitarbeiter der EK Stuhl ist eine seit Januar 2008 angekündigte umfassende Stellungnahme des MUNLV zu den Vergabepraktiken bisher nicht eingegangen.

Haben Sie mehrfach beim MUNLV nachgefragt?

Zeuge Eckhard Lesch: Ja, das habe ich gerade schon angedeutet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum war Ihnen diese Stellungnahme so wichtig, wenn sie in dem Bericht an das Innenministerium und in dem Bericht auftaucht, der kurz vor der Verhaftung noch einmal an das Innenministerium ging? Warum war Ihnen diese Stellungnahme so wichtig?

Zeuge Eckhard Lesch: Wie ich auch schon ausführte, ist die offizielle Stellungnahme im November angefordert worden, damit wir seitens des Umweltministeriums, das wir auch als Geschädigten angesehen haben, eine klare Stellungnahme dazu haben. Deshalb war sie für das Verfahren wichtig.

Aber, wie ausgeführt, sind die Beschlüsse entsprechend vorher erlassen worden. Wir konnten nicht mehr weiter warten. Entsprechend wurden dann die Maßnahmen unabhängig davon durchgeführt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte einführen MUNLV, Band 6, Blatt 131: eine Mail von Herrn Günther an Frau Kox, die Vorzimmerdame bzw. Mitarbeiterin von Herrn Staatssekretär. Darin sagt Herr Dr. Günther: Hallo Ulrike, die Fachabteilung IV hat trotz mehrfacher Mahnung in der bekannten Sache nicht bis gestern Dienstschluss geliefert und sich nicht gerührt.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Ich bitte um entsprechende Information an Herrn Staatssekretär. Die zuständigen Behörden werden das Verhalten vom MUNLV nicht nachvollziehen können. Das kann auch große politische Probleme geben, wenn es um Verjährung etc. geht.

Sind die großen politischen Probleme zwischen Ihnen und Herrn Günther erörtert worden? Welche waren das?

Zeuge Eckhard Lesch: Darunter kann ich mir jetzt nichts vorstellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben mit Herrn Günther im Zusammenhang mit der Stellungnahme des MUNLV nicht über große politische Probleme gesprochen?

Zeuge Eckhard Lesch: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Eine letzte Frage habe ich zu diesem Komplex noch. Haben Sie, nachdem Sie Kenntnis von der Broschüre des Umweltministeriums erlangt haben, auch darüber nachgedacht, Ermittlungen beispielsweise auf andere Mitarbeiter oder den Umweltminister hinsichtlich der Vergaben auszudehnen? Denn Sie haben sie so eingeordnet, dass sie Gegenstand von Ermittlungsverfahren waren.

Zeuge Eckhard Lesch: Wie gesagt, das Prüfen weiterer Vorhaben war weiterhin im Fokus der Staatsanwaltschaft Wuppertal. Dass es dazu nicht gekommen ist, hängt, denke ich, insbesondere damit zusammen, dass zwischen der GStA und der StA Wuppertal unterschiedliche Auffassungen vertreten wurden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist denn mal erörtert worden, diese Ermittlungen auszudehnen und beispielsweise den Umweltminister oder den Staatssekretär dazu zu vernehmen? Denn Sie verweisen auf ein Vorwort, in dem insbesondere der Umweltminister auf die Vergaben und die Abwasserprojekte hinweist.

Zeuge Eckhard Lesch: Ich habe natürlich mit Herrn Meyer darüber gesprochen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?

Zeuge Eckhard Lesch: Inwiefern und in welcher Tiefe ich damals mit ihm darüber gesprochen habe, daran kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern.

Johannes Remmel (GRÜNE): Über die Frage, ob man die Ermittlungen ausdehnen sollte auf den ...

Zeuge Eckhard Lesch: Das kann ich Ihnen jetzt so nicht mehr sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... amtierenden Umweltminister. – Was können Sie ...

Zeuge Eckhard Lesch: Das kann ich jetzt so nicht mehr sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie können sich nicht mehr daran erinnern, ...

Zeuge Eckhard Lesch: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... ob Sie mit Herrn Meyer darüber ...

Zeuge Eckhard Lesch: Diese Broschüre bezog sich – so habe ich es geschrieben – ... Das Auffällige für uns war, dass in dieser Broschüre laufende Maßnahmen aus der Abwasserabgabe dargestellt wurden. Die sind teilweise schon erheblich vorher begonnen worden. Für uns war das Auffällige, dass in dieser Broschüre Vorhaben dargestellt wurden, die auch Gegenstand unserer Ermittlungen waren – in der Fortsetzung.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist Ihnen während der Ermittlung jemals der Gedanke gekommen, zu der Frage der Einordnung der Vergaben auch nach den möglichen politischen Vorgaben zu fragen?

Zeuge Eckhard Lesch: Das wurde von Herrn Meyer entsprechend rechtlich gewürdigt. Er kam zu der Auffassung, dass die Zweckbindung per Gesetz davorsteht und dementsprechend die politische Vorgabe nicht zur Wirkung haben kann, dass Mittel aus der Abwasserabgabe zweckwidrig verwandt werden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gibt es weitere Stellungnahmen zu der Einordnung der Vergaben aus dem Umweltministerium – vergaberechtliche Stellungnahmen jenseits von Frau Delpino und Frau Frotscher-Hoof?

Zeuge Eckhart Lech: In Folge sind ja auch umfassende Vernehmungen durchgeführt worden. In dem Zusammenhang kann man natürlich auch Vernehmungsergebnisse als Stellungnahmen bezeichnen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist Ihnen denn eine Einordnung von Frau Wender erinnerlich?

Zeuge Eckhart Lech: Zum Projekt MAPRO ist mir eine erinnerlich, eine vergaberechtliche Bewertung.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und zu welcher Einschätzung kommt Frau Wender?

Zeuge Eckhart Lech: Frau Wender kam zu der Einschätzung, dass das Projekt MAPRO vergaberechtswidrig vergeben wurde.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat es denn auch eine grundsätzliche Einschätzung von Frau Wender zur vergaberechtlichen Situation gegeben?

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Vielleicht können wir das Dokument vorlegen, auf das Sie da Bezug nehmen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich nehme noch auf kein Dokument ... Ich frage, ob Herrn Lech was erinnerlich ist.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Sie haben gerade eben auf ein Dokument Bezug genommen, was die Frau Wender, die mir jetzt namentlich nicht bekannt ist, hier ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe gefragt, ob Herrn Lech bekannt ist, dass Frau Wender eine allgemeine Einschätzung ..

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Können Sie das Dokument vorlegen?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe kein Dokument jetzt vorzulegen. Ich frage, ob Herrn Lech eine solche Einschätzung von Frau Wender erinnerlich ist.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Ohne dass das Dokument vorgelegt wird, auf das Sie Bezug nehmen ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege, sprechen Sie zu Verfahrensfragen bitte auch ins Mikrofon. – Ich habe aber bislang nur eine offene Frage von Herrn

Kollegen Rimmel ohne Vorhalt gesehen. Aber bitte, Sie können sich gerne zu Verfahrensfragen äußern.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Ich denke, es wäre sinnvoll, dass Sie, wenn hier auf Dokumente Bezug genommen wird, diese Dokumente vorher vorlegen. Wir haben eine Problematik hinsichtlich der NfD-Sache. Und wenn hier auf ein Dokument Bezug genommen wird, was hier eben offensichtlich war, dann sollten wir das hier auch vorlegen, damit wir das entsprechend herausuchen können.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich habe in der Frage bislang keine Bezugnahme auf ein konkretes Dokument feststellen können. Insofern kann ich Ihrem Einwand im Augenblick nicht folgen, sondern bitte Herrn Kollegen Rimmel, noch einmal seine Frage zu stellen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ob Ihnen eine grundsätzliche Einschätzung von Frau Wender zur vergaberechtlichen Situation Abwasser/Abgabe aus dem MUNLV bekannt ist.

Zeuge Eckhart Lech: Frau Wender hat zum Projekt MAPRO eine vergaberechtliche Bewertung abgegeben, unabhängig von der Zweckbindung.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Jenseits von MAPRO, eine allgemeine ...

Zeuge Eckhart Lech: In dem Zusammenhang hatten wir sie gebeten, auch andere Vorhaben vergaberechtlich zu bewerten. Dazu kam es aber nie.

Eine Einschätzung oder grundsätzlich: Ich habe in Erinnerung, dass die Vergabep Praxis zu den sogenannten Inhouse-Geschäften, dass da Regelungen getroffen werden sollten. Das war aber auch, glaube ich, ministeriumsübergreifend oder behördenübergreifend. Da gab es wohl – ich weiß nicht wann; 2007 – Besprechungen. Aber ob und wie in dem Zusammenhang eine grundsätzliche Auffassung von Frau Wender vertreten wurde, ist mir nicht erinnerlich.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Das ist auch nicht an sie herangetragen worden?

Zeuge Eckhart Lech: Gerade, was die Zweckbindung angeht? Frau Wender war die vergaberechtliche Seite. Sie ist ja Leiterin der Zentralen Vergabestelle. Zur Zweckbindung: Es ist mir nicht erinnerlich, dass sie dazu etwas konkret gesagt hat, grundsätzlich.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Gut. Dann würde ich Sie gerne zu diesem Komplex abschließend noch einmal fragen: Habe ich Sie eben richtig verstanden, dass bestimmte Dokumente zu den ...

(Unruhe)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage ist etwas unglücklich eingeleitet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Stimmt es, dass bestimmte Dokumente, die wir auch eben besprochen haben, erst nach dem Juni 2009 entsprechend als „VS – Vertraulich“ eingestuft worden sind?

Zeuge Eckhart Lech: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und waren zu diesem Zeitpunkt die entsprechenden Ermittlungen gegen Herrn Dr. Friedrich nicht bereits eingestellt?

Zeuge Eckhart Lech: Die sind bis heute nicht eingestellt.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: An der Stelle halten wir erst einmal ein. Erstens. Umfang der ganzen Sache geht bis Juno 2005.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Boost, Sie haben das Wort.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Der Umfang der Fragen, der möglich ist, geht bis 2005. Hinsichtlich der laufenden Ermittlungen wird mein Mandat keinerlei Aussagen machen. Das ist, wie Sie wissen, von der Aussagegenehmigung nicht gedeckt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe gar nicht nach laufenden Ermittlungen gefragt. Ich habe danach gefragt, warum VS-Dokumente, Dokumente als „VS-Vertraulich“ eingestuft worden sind, obwohl die Ermittlungen zu diesen Sachverhalten schon abgeschlossen sind.

(Rechtsanwalt Philipp Boost möchte antworten.)

Ich habe nicht Sie gefragt.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Ich bin aber derjenige, der hier zu den prozesualen Dingen Aussagen treffen kann. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Boost hat schon das Recht, wenn er meint, sein Mandant würde hier mit Verfahrensfragen überrumpelt oder so, sich dazu zu äußern. Aber ich habe den Einwand und wo bei der Frage das Problem liegt auch nicht richtig verstanden, Herr Kollege Boost.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Ich bin frühzeitig ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Außer, dass wir uns vielleicht darüber Gedanken machen müssen, ob der Untersuchungszeitraum noch stimmt. Ansonsten, bitte.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Ich hatte eben schon den Eindruck, als Herr Remmel gefragt hat, dass sich das deutlich auf laufende Ermittlungen bezog, die Frage mit dem NfD. Dementsprechend wolle ich frühzeitig dazwischen gehen.

Wenn das entsprechend klargestellt wird, und wir auch wissen, auf welchen Zeitraum sich seine Frage bezieht, wird mein Mandat im Rahmen der ihm auferlegten Zeugenverpflichtung Stellung nehmen. Aber so wie das eben war, habe ich das leider nicht verstanden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich will das noch einmal klarstellen. Ich habe eben nach einem Dokument gefragt, was als Mail mit einem Anhang versehen war, wo eine Broschüre des Umweltministeriums, die auch normal zugänglich im Internet einzusehen ist, als „VS – nur für den Dienstgebrauch“ gekennzeichnet worden ist. In der Befragung hat der Zeuge dargestellt, dass diese Kennzeichnung nicht durch ihn erfolgt ist, sondern zu einem späteren Zeitpunkt, im Juni 2009.

Zeuge Eckhart Lech: Das habe ich so nicht dargestellt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie denn dann?

Zeuge Eckhart Lech: Ich habe dargestellt, dass das nach Juni 2009 erfolgte und dass ich dementsprechend wohl nichts dazu sagen kann.

Johannes Remmel (GRÜNE): Die Einstufung erfolgte nach Juni 2009. Dazu können Sie nichts sagen.

Zeuge Eckhart Lech: Ja, das hatten Sie gerade so gefragt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann müssen wir das an einer anderen Stelle klären, wie wir das dann hinbekommen, dass Sie dazu etwas sagen können oder wer dazu was sagen kann, weil mir diese Sachverhalte nicht erklärlich sind, denn es handelt sich um öffentlich zugängliche Dokumente und ... – Vielleicht können Sie das trotzdem beantworten: Warum sind die ...

(Dr. Robert Orth [FDP]: Fragen Sie doch im nichtöffentlichen Teil!)

Nein. Das ist eine Frage, die von hohem öffentlichen Interesse ist, warum im Nachgang Dokumente zu „VS- nur für den Dienstgebrauch“ ...

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Ja, das geht doch jetzt wirklich nicht!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, Herr Remmel, das interessiert mich auch sehr, aber ich muss natürlich gucken, wie wir das formal hinbekommen. Da sehe ich im Augenblick Schwierigkeiten, diesen Zeugen nach einem Sachverhalt zu befragen, der außerhalb des Untersuchungszeitraums liegt.

Ich stelle natürlich jedem anheim, dass wir uns darüber unterhalten können, wie man einen solchen Sachverhalt anderweitig klären kann. Der Zeuge ist an der Stelle jetzt nicht verpflichtet, dazu Aussagen zu machen. – Gut.

Herr Lech, wenn Sie zwischendurch mal eine Pause brauchen – Sie sind jetzt ja schon zweieinhalb Stunden an der Reihe –, dann lassen Sie es uns wissen. Ich würde den Kollegen gleich sowieso eine kleine Mittagspause vorschlagen. Sie können aber auch sagen, Sie wollen lieber jetzt eine Pause. Wir haben aber auch noch die Wortmeldung von Herrn Kollegen Kress. Oder wollen Sie erst noch die Fragen von Herrn Kress beantworten? Oder möchten Sie jetzt eine Pause machen? Wir richten uns da nach Ihnen.

Zeuge Eckhart Lech: Ich brauche keine Pause.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann ist Herr Kress an der Reihe.

Karl Kress (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank, dass wir jetzt nach drei Stunden noch Fragen stellen können, und vielen Dank, dass Sie soweit konzentriert geantwortet haben. Ich hoffe, dass wir das jetzt mit den laufenden Fragen auch noch fortsetzen können.

Ich nehme Bezug auf JM 22, Seite 356 ff. Das war der Rahmenvertrag zur Erstellung von Computerleistungen, Ihre Aktennotiz vom 18.05.09.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir suchen sie eben heraus, Herr Kollege Kress. – Sagen Sie noch einmal die Seitenzahl, Herr Kress?

Karl Kress (CDU): JM 22, 356 ff.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kress, wir finden Seite 356 nicht. Das sind alles vier- oder fünfstellige ...

Karl Kress (CDU): Justizministerium, Seite 363. Ich habe die Seite.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben wir hier, aber nicht die Seitenzahl.

Karl Kress (CDU): Dann darf ich fragen, nachdem ich bei Herrn Remmel eben gelernt habe, dass man auch aufgrund eigener Recherchen Fragen stellen kann. Erinnern Sie sich an Ihre Aktennotiz vom 18.05.09? Das ist dieser Rahmenvertrag zur Erstellung von Computerleistungen, die Vergabe an die Firma KIT, obwohl das An-

gebot der Firma Lent Systems wesentlich günstiger war. Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Zeuge Eckhart Lech: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Kress, ich muss einschreiten. Dieser Vorgang ist nach meinem Kenntnisstand im Juni 2003 gewesen.

Karl Kress (CDU): Sie haben eben Fragen außerhalb des Untersuchungszeitraums zugelassen, und zwar ganz gewaltig.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Habe ich nicht zugelassen. Und diese Frage liegt deutlich außerhalb des Untersuchungszeitraums, nämlich 2003.

Karl Kress (CDU): Ich sage, den Vorgang als solchen finden Sie bei den Akten, sogar bei den Akten, die Sie uns heute noch überreicht haben. Ich zitiere auch gerne aus den Akten. Da schreibt der Geschäftsführer der Firma KIT – das haben wir heute von Ihnen bekommen – ...

(Zuruf von der SPD: An welcher Stelle steht das?)

– Das ist das Paket, das wir heute bekommen haben. Das ist die Seite 11175, im hinteren Teil. Die sind ja unterschiedlich durchnummeriert.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welches Paket haben Sie heute bekommen? Sie haben heute von mir eine Stellungnahme eines Rechtsanwalts im Rahmen eines Teilverfahrens dieses Verfahrens bekommen.

Karl Kress (CDU): Exakt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Da wollen Sie doch jetzt nicht die Sachen zitieren?

Karl Kress (CDU): In dieser Stellungnahme ist ein Bericht des Landeskriminalamts enthalten, ein sehr umfangreicher Bericht. Und Sie sagen jetzt zu mir, ich kann aus diesem Bericht nicht zitieren. – Ich nehme das gern zur Kenntnis.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Entschuldigung, ich habe jetzt Schwierigkeiten. Sie können aus unseren normalen Unterlagen und Akten zitieren, aber bitte nicht aus Schriftverkehr, den uns ein Anwalt in dem Verfahren eingereicht hat.

Karl Kress (CDU): Früher gab es ja offensichtlich, gerade was diese Firma angeht – wir werden das das nächste Mal diskutieren, gerne auch in einem nichtöffentlichen Teil –, die Firma KIT ... Jetzt zitiere ich. Herr Vorsitzender, Sie haben ja eben auch

Fragen zugelassen, Zitate zugelassen, sind hinterher erst zu der Bewertung gekommen und haben nicht schon im Vorfeld abgewürgt. Da wird wortwörtlich zitiert ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kress, ...

(Thomas Stotko [SPD]: Ich sage es ganz deutlich: Jetzt haben wir lange genug Zeit gehabt, die Fundstelle zu finden! Entweder sagen Sie uns, wo es steht, oder Sie können es nicht zitieren!)

Karl Kress (CDU): Ich zeige es Ihnen hier aus dem Paket. Okay?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, Herr Kress.

(Thomas Stotko [SPD]: Was uns ein Anwalt geschickt hat, interessiert uns doch gar nicht! Wir haben hier Tausende von Ordnern stehen! Wir wollen wissen, in welchem Ordner das ist! Ich glaube Ihnen ja, dass das da steht, aber allein für das Protokoll – nehmen Sie es mir nicht übel – wüsste ich gerne, wo es steht!)

Karl Kress (CDU): Okay. Dann nehme ich: IM 20, S. 9620. Das bezieht sich ebenfalls auf die Firma KIT

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir suchen das mal eben heraus, Herr Kress, Augenblick bitte. – Herr Kress, das ist ein Schreiben des Geologischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen vom 18. Juli 2000.

Karl Kress (CDU): Richtig. In dem Zusammenhang ist das schon wichtig.

(Thomas Stotko [SPD]: 18. Juli 2000, dass ist vor dem Untersuchungszeitraum!)

Ich denke, dass der Vorsitzende immer sehr großzügig mit den Fragen von Herrn Remmel umgegangen ist, die sich auf den Vor-Prüfungszeitraum erstrecken, wie eben auch auf den Nach-Prüfungszeitraum.

Hier steht wortwörtlich: Anbei ein Protokoll des Geologischen Landesamtes, das ist vertraulich und eigentlich nur verwaltungsintern.

(Thomas Stotko [SPD]: Herr Vorsitzender, Herr Kress zitiert aus einem Dokument ...)

Bitte schauen Sie hinein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Entschuldigung. Ich muss einmal ...

Karl Kress (CDU): Ich darf doch mal fragen, wie das in die Bewertung des Landeskriminalamtes eingegangen ist.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, Herr Kress. Im Augenblick müssen Sie nicht fragen. Ich muss erst einmal eine Überprüfung vornehmen, ob ich diese Frage als zulässig erachte oder nicht. So, das kläre ich jetzt einmal.

Herr Kress, Sie könnten uns die Arbeit etwas erleichtern, wenn Sie uns andeuten können, in welche Richtung Ihre Frage geht.

Karl Kress (CDU): Die Firma KIT kommt hier im gesamten Verfahren sehr oft vor, und Sie haben dazu auch vonseiten des Landeskriminalamtes eine Bewertung, eine Stellungnahme abgegeben. Wir haben das letzte Mal hier aus der Diskussion mitnehmen können, dass diese Stellungnahmen durchaus unterschiedlich bewertet worden sind, und ich würde gerne auf die Bewertung kommen, die Sie als Leiter der EK Stuhl getroffen haben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut. Wenn es um Bewertungen geht, die der Zeuge im Untersuchungszeitraum vorgenommen hat, dann halte ich es für zulässig, nach Bewertungen zu fragen.

Karl Kress (CDU): Dann darf ich noch mal zitieren:

Anbei ein Protokoll des Geologischen Landesamtes. Dieses ist vertraulich und eigentlich nur verwaltungsintern. Bitte schauen Sie hinein, aber bitte haben Sie dies niemals in Besprechungen dabei. Mit freundlichen Grüßen gez. Dr. Friedrich.

Meine Frage ist: Wie bewerten Sie eine solche Aussage im Rahmen des vorliegenden und geltenden Korruptionsbekämpfungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich glaube, das ist unzulässig. Die Frage muss ich als unzulässig zurückweisen, Herr Kollege Kress.

Karl Kress (CDU): Wenn Sie gestatten, komme ich zur nächsten Frage. Herr Remmel ist heute darauf eingegangen und hat Sie zu möglichen Beziehungen, die Sie dargestellt haben, zwischen einer politischen Partei und Auftragsvergaben gefragt. Ich zitiere aus IM 18, Seite 8751.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Einen Moment. Wir suchen es eben heraus.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Karl Kress (CDU): Seite 8751:

Punkt 04: Rechnung des HF an die Grünen Ortsverband Dinslaken vom 16.10.2007. Der Auftrag: Bewertung von Deponieunterlagen, Erarbeitung von Thesenpapier. Wahrgenommen in Dinslaken.

Unter IM 2, Seite 12 – in Klammern „490“; es ist unterschiedlich durchnummeriert – haben Sie eine Verbindung hergestellt zu der Lebenspartnerin. Ich nenne den Namen jetzt nicht, weil ich nicht weiß, ob ich es rechtlich darf, aber er steht in den Unterlagen so drin.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ist das jetzt eine neue Fundstelle?

Karl Kress (CDU): Das ist die Fundstelle IM 2, Seite 12.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die suchen wir auch noch heraus, Herr Kress. Augenblick, bitte.

Herr Kress, in Band 2 finden wir keine Seite 12. Das geht schon los mit ...

Karl Kress (CDU): 490.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ach so, 490.

Karl Kress (CDU): Das ist intern Seite 12.

(Zuruf: „Intern“?)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Okay. Das haben wir jetzt.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Karl Kress (CDU): Wenn so eine Verbindung hergestellt wird ... Ich bin kein Jurist. Darum darf ich auch so fragen, und deswegen werde ich hin und wieder zur Ordnung gerufen.

Nach § 18 unseres Korruptionsbekämpfungsgesetzes darf man ja, wenn man als Beamter in den Ruhestand geht, drei Jahre bzw. sogar fünf Jahre die einzelnen Vorgänge, die man von Amts wegen bearbeitet hat, nicht weiter bearbeiten. Da gibt es den Geheimnisverrat. Meine Frage ist: Sie sind im Dezernat 15, EK Stuhl, zu der Einschätzung gekommen, dass diese Unterlagen nicht relevant für das Ermittlungsverfahren sind und wieder ausgehändigt werden können. Wie begründen Sie das?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche Unterlagen? Das kann ich nicht ganz nachvollziehen.

Karl Kress (CDU): Die Zusammenfassung ist wieder in IM 18, 8751. Die Querverbindung wird aus den beiden Unterlagen, aus denen ich zitiert habe, hergestellt. Gleichzeitig kommt aber die Kommission zu der Einschätzung, dass es für das Ermittlungsverfahren nicht relevant ist.

Zeuge Eckhard Lech: Das kann ich Ihnen jetzt so im Detail nicht sagen. Aus der Erinnerung heraus ist dieser Vorgang bei der Durchsuchung schon festgestellt worden. Ich meine, es ging darum, dass Herr Dr. Friedrich für eine Erarbeitung oder Ähnliches von der Stadt Dinslaken oder von einer Dinslaken-eigenen Gesellschaft Geld bekommen hat. Der Sache sind wir dann nicht mehr weiter nachgegangen.

Aber jetzt konkret: Warum? – Ich denke, das lag daran, dass hier die Weiterermittlungen, deren Schwerpunkt die Gegenstände des Haftbefehls waren, mit den Ermittlungen dazu mehr als ausreichend ausgeschöpft waren.

Karl Kress (CDU): Recht schönen Dank. – Dann würde ich gerne noch einmal auf JM 72, Seite 60 – das ist die Zwischentätigkeit von Herrn Dr. Friedrich in der Privatwirtschaft – zu sprechen kommen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir schauen uns das einmal an, wobei ich schon jetzt anmerken darf: Die Zwischentätigkeit von Herrn Dr. Friedrich in der Privatwirtschaft liegt außerhalb des Untersuchungszeitraums. Aber ich gucke mir an, woraus Sie zitieren wollen.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Sie wollen zitieren aus einem Schreiben der Anwaltskanzlei Hölters & Elsing?

Karl Kress (CDU): Jawohl.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann machen Sie mal.

Karl Kress (CDU): Unter Punkt 2 wird in diesem Schreiben auf die Tätigkeit von Herrn Dr. Friedrich bei einem Umweltunternehmen, bei einem Abfallunternehmen, eingegangen. Wir haben über einen Hinweis den Hinweis bekommen, dass auch aus diesem Abfallunternehmen, als er dann ausgeschieden ist ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Zitieren Sie den Satz doch mal genau, bitte. An welcher Stelle finden wir das?

Karl Kress (CDU): Zu dem globalen Hinweis, dass er in diesem Abfallunternehmen war, haben Sie gesagt, dass die Frage zulässig ist und dass ich darauf Bezug nehmen kann.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein. Von Zulässigkeit habe ich noch gar nichts gesagt. Ich habe gesagt: Die Frage der Beschäftigung von Herrn Dr. Friedrich bei einem privaten Abfallunternehmen liegt nach meinem Aktenkenntnisstand außerhalb des Untersuchungszeitraums.

Zutreffend ist, dass das Schriftstück, aus dem Sie zitieren wollen, innerhalb des Untersuchungszeitraums gefertigt worden ist. Wenn Sie aus diesem Schriftstück etwas

zitieren wollen, dann können Sie es machen. Aber dann sagen Sie uns die Seitenzahl noch mal genau und auch den Satz, damit wir hier nachvollziehen können, ob Sie auch richtig zitieren.

Karl Kress (CDU): Die Seitenzahl habe ich eben gesagt. Das ist JM 72, Blatt 60:

Der Kläger bewarb sich sodann am 6. Dezember 2002 nach dieser kurzen, nicht über sechs Monate hinausgehenden Zwischentätigkeit in der Privatwirtschaft wieder auf die von ihm zuletzt ausgeübte Position als Abteilungsleiter, die am 2. Dezember 2002 ausgeschrieben worden war. Im Januar 2003 unterzeichneten die Parteien einen neuen Arbeitsvertrag mit Wirkung ab dem 17. Januar 2003.

Das war sein Wiedereinstieg.

Jetzt habe ich in den Unterlagen gefunden, dass die EK Stuhl im Bereich der Abfallwirtschaft ermittelt hat. Meine Frage ist: Sie nennen hier ... Das möchte ich auch zitieren: IM 2, Seite 124. Ich bin mir nicht sicher, ob ich im öffentlichen Teil das, was hier aufgeführt worden ist, zitieren darf. Hier geht es auch um beträchtliche Summen, die angemerkt werden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann müssen wir das eben überprüfen. Warten Sie kurz, Herr Kress.

Karl Kress (CDU): Das ist Seite 602, von Herrn Lech unterzeichnet.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Jetzt möchten Sie zitieren aus Band IM 2, Seite 602. Das ist ein – jetzt muss ich den Zusammenhang herstellen – Aktenvermerk des LKA NRW, Dezernat 15, vom 15.03.2007. Richtig?

Karl Kress (CDU): Das ist richtig. Und zwar geht es um die Beziehung von Herrn Friedrich zu Herrn Prof. Dohmann. Die Polizei Köln hat Herrn Lech wohl auf Anfrage geantwortet, und auf diese Aktennotiz nehme ich jetzt Bezug. Was hat Sie dazu gebracht, in diese Richtung zu ermitteln?

(Thomas Stotko [SPD]: Norden, Süden, Westen, Osten!)

Zeuge Eckhard Lech: Wie schon ausgeführt, war ja die RWTH insbesondere ... Die meisten Fördermittel aus der Abwasserabgabe sind nach dem Prüfbericht an die RWTH Aachen gegangen, und davon wiederum ein großer Teil an das sogenannte ISA.

Prof. Dr. Dohmann war bis Februar oder April 2004 Leiter des ISA und wurde davon von Prof. Dr. Pinnekamp abgelöst. Gleichermaßen blieb Herr Prof. Dr. Dohmann noch Geschäftsführer, Vorsitzender der beiden sogenannten Aninstitute FiW und PIA. Die drei Institute waren gleichermaßen bei uns auch mit Unterauftragnehmer. ISA war Auftragnehmer, und FiW und PIA waren jeweils Unterauftragnehmer. Also bestand da ja weiterhin eine Beziehung.

Dass Herr Prof. Dr. Dohmann in verschiedenen Verfahren, die sich um die Entstehung der Müllverbrennungsanlagen drehten, eine Rolle spielte – das waren ein Verfahren, das bei uns geführt wurde, und ein Verfahren, das in Köln geführt wurde –, war mir aufgrund von Gesprächen mit Kollegen usw. bekannt. Dementsprechend war das eine Auffälligkeit, die aus meiner Sicht hier auch in die Ermittlungsakte gehörte.

Karl Kress (CDU): Ich bin gerade darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich das komplette Zitat hier vortragen soll. Da ich selbst unsicher bin, weil es sehr weit gehend ist, würde ich Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir in einem nichtöffentlichen Teil dann noch mal darüber reden.

Meine zweite Frage betrifft die Abfallwirtschaft, weil Sie diese Querverbindung hergestellt haben. Es war auch Anlass, Herr Vorsitzender, noch einmal zurückzublicken. Wir haben den Auflösungsvertrag zwischen Herrn Friedrich und der Abfallwirtschaft zugestellt bekommen. Der ist nicht in den Unterlagen enthalten. Meine Frage ist: Gibt es Unterlagen des Landeskriminalamtes, die wohl im Rahmen der Ermittlungen gefertigt worden sind, dann aber aus den Akten entfernt worden sind?

Zeuge Eckhard Lech: Aus Ermittlungsakten oder insgesamt aus Akten, die dem PUA übergeben wurden? – Also, bei uns aus der Akte wurden ...

Karl Kress (CDU): Sie haben eben gesagt, es gibt noch ein laufendes Verfahren. Es kann ja sein ...

Zeuge Eckhard Lech: Nein, es waren Verfahren. – Ach so, hier das meinen Sie jetzt, von Prof. Dr. Dohmann.

Karl Kress (CDU): Ich habe hier ein Schreiben an Herrn Kowarsch vom Landeskriminalamt. Dieses Schreiben finde ich aber nicht in den Akten, auch den Vorgang nicht.

Zeuge Eckhard Lech: Das sagt mir jetzt nichts.

RA Jan Philipp Boost: Das können wir gerade nicht zuordnen, und damit besteht natürlich die Gefahr, dass das ein laufendes Ermittlungsverfahren betrifft oder außerhalb des Zeitraumes liegt. Insoweit sehe ich meinen Mandanten daran gehindert, dazu irgendeine Aussage zu machen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Zeigen Sie uns doch einfach das Schreiben, Herr Kress, welches Sie meinen.

(Referent Klaus Schäfer [SPD-Fraktion]: Schönmackers! – Stephan Gatter [SPD]: Das ist das anonyme Schreiben!)

Ich habe es gerade nicht hier. Ich wusste ja nicht, dass Sie damit kommen.

Ich muss einmal nachfragen, Herr Kress. Möchten Sie jetzt eine Verfahrensfrage dahin gehend klären, warum das nicht bei den Akten ist, oder möchten Sie auf den Inhalt dieses Schreibens eingehen?

Karl Kress (CDU): Nein. Wir haben das letzte Mal hier darüber debattiert, dass offensichtlich Leerseiten gefertigt worden sind, und zusätzlich gefragt. Ich habe eine ganze Reihe von Dingen von der Polizei Köln usw. gefunden, die ich nicht mehr ansprechen will. Aber mir geht es grundsätzlich um die Frage an das Landeskriminalamt, ob es beispielsweise zu diesem Vorgang, der möglicherweise ja noch Gegenstand eines laufenden Verfahrens ist – der ist ja von 2008 –, noch Aktenstücke gibt, die wir nicht in unseren Akten finden können.

Zeuge Eckhard Lech: Also, wir haben alle Sachen an den Untersuchungsausschuss gegeben. Die einzigen Blätter, die aus der Akte entnommen wurden, waren die Blätter mit den Kurzprotokollen zu den Telefongesprächen. Aber ansonsten müsste alles bei Ihnen sein.

Karl Kress (CDU): Ich nehme das so zur Kenntnis.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut. Das waren Ihre Fragen, Herr Kress? – Danke. – Dann habe ich als Nächsten Herrn Gatter.

Stephan Gatter (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich möchte jetzt eine Frage an den Zeugen stellen. Ehe sich jetzt wieder jemand aufregt: Das betrifft das Verhalten von Zeugen in Bezug auf Aussagen, die sie im Untersuchungszeitraum getroffen haben.

Aber das, was ich jetzt frage, ist ... Ich frage es einfach einmal: Ist es richtig, dass Mitarbeiter des MUNLV, die als Zeugen des Untersuchungsausschusses geladen worden sind, mit Ihnen Kontakt aufgenommen haben, um Ihre Aussagen zu bekommen, die Sie damals beim LKA gemacht haben?

Zeuge Eckhard Lech: Das ist offensichtlich eine Frage, die außerhalb des Zeitraums liegt.

Stephan Gatter (SPD): Nein, das ist keine Frage, die außerhalb des ... Nein, ich beziehe mich darauf, dass Zeugen dieses Ausschusses, die hier geladen worden sind, einen anderen Zeugen fragen, ob sie die Aussagen, die sie im Untersuchungszeitraum über den Untersuchungsgegenstand gemacht haben, jetzt haben können.

RA Jan Philipp Boost: Ja, das ist die Frage der Fragen. Es geht um die Anfrage nach den Unterlagen.

Stephan Gatter (SPD): Ich habe Sie nicht verstanden.

RA Jan Philipp Boost: Der Zeitpunkt, auf den Sie sich beziehen, ist der Zeitpunkt der Anfrage dieser Zeugen.

Stephan Gatter (SPD): Entschuldigen Sie bitte mal, wenn ich das, was Sie hier sagen, ernst nehmen würde – entschuldigen Sie, dass ich das jetzt hier bewerte –, dürfte ich hier gar keine Fragen mehr stellen, schon gar nicht mehr an Zeugen. Es geht um die Glaubwürdigkeit von Zeugen, und es geht um die Glaubwürdigkeit von Zeugenaussagen. Dazu möchte ich ganz gern wissen, ob es richtig ist, dass Mitarbeiter des MUNLV zum LKA Kontakt aufgenommen haben – konkret zu Herrn Lech – und seine Aussagen haben wollten.

Die zweite Frage kann ich Ihnen direkt stellen, damit Sie sie auch ablehnen können: ob die Weitergabe dieser Zeugenaussagen mit der Staatsanwaltschaft abgestimmt und genehmigt worden ist.

RA Jan Philipp Boost: Darf ich einen ganz kurzen Augenblick um Unterbrechung bitten?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja bitte, Herr Boost.

RA Jan Philipp Boost: Im Hinblick auf den Zeitraum, auf den sich der Untersuchungsauftrag bezieht, kann mein Mandant dazu keine Aussage machen.

Stephan Gatter (SPD): Dann möchte ich gern Herrn Hegemann zitieren: Jemand, der keine Aussage macht, hat etwas zu verschweigen.

RA Jan Philipp Boost: Also, jetzt reicht es aber wirklich. Das Schweigen einer Person kann weder vor Gericht noch vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gegen jemanden verwendet werden. Wenn Sie das so sehen, dann sehen Sie es bitte so. Das können wir auch zu Protokoll nehmen.

(Stephan Gatter [SPD]: Die Aussage steht im Protokoll!)

– Ja. Vielen Dank.

(Stephan Gatter [SPD]: Ich habe nur den Kollegen Hegemann zitiert!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es wird alles protokolliert, was hier gesagt wird. Deswegen soll jeder vorsichtig sein und darüber nachdenken, was er hier sagt.

(Stephan Gatter [SPD]: Ich habe noch mehr Fragen!)

– Wir sind gerade bei der Befragung. – Ist das jetzt zu Geschäfts- oder Verfahrensfragen?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich meine, es muss jetzt geklärt werden, ob das zulässig ist oder nicht. Der Vorsitzende hat eben die Befragung mit der Frage eingelei-

tet, wie der Zeuge sich auf die Sitzung vorbereitet hat. Das fällt auch nicht in den Untersuchungszeitraum. Für uns ist es wesentlich, zu erfahren, ob der Zeuge oder andere Zeugen sich durch den Austausch von Dokumenten auf die Sitzung vorbereitet haben. Das gehört meines Erachtens selbstverständlich mit zum Untersuchungsausschuss und insbesondere zu dem Verfahren hier. Deshalb muss diese Frage hier beantwortet werden. Ansonsten müssten wir uns darüber beraten, wie wir zu einer Beantwortung dieser Fragen kommen – gegebenenfalls auch mit den üblichen Mitteln, die hier diskutiert worden sind.

RA Jan Philipp Boost: Darf ich dazu kurz noch etwas sagen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich nehme Ihre Einschätzungen gerne in meine Überlegungen mit auf.

RA Jan Philipp Boost: Wenn Fragen bestehen hinsichtlich der Frage, ob sich Zeugen irgendwie untereinander abgesprochen haben, werden Sie diese Zeugen selbst dazu befragen können. Das ist sicherlich davon gedeckt. Sie werden aber meinen Mandanten nicht befragen können zu Vorgängen, die nach dem Juni 2009 liegen. Das ist von dem Untersuchungsauftrag nicht gedeckt, und dementsprechend ist eine solche Frage an meinen Mandanten, der das nicht beurteilen kann, nicht umfasst.

(Stephan Gatter [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Jetzt sind wir in einem Verfahrensstadium, in dem ich sagen könnte, wir müssten über die Verfahrensfragen nichtöffentlich diskutieren. Ich darf die Sitzung für einige Minuten unterbrechen und Sie bitten, draußen zu warten.

(Es schließt sich ein nichtöffentlicher Sitzungsteil – siehe nöAPr 14/219 an.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Damen und Herren, wir setzen unsere öffentliche Beweisaufnahme fort. Wir waren stehengeblieben bei der Befragung durch Herrn Kollegen Gatter.

Ich mache Sie, Herr Lech, noch einmal auf Ihre Rechte und Pflichten als Zeugen aufmerksam. Die eingangs gemachten Belehrungen gelten nach der Unterbrechung weiterhin für Sie. Herr Gatter hat das Wort.

Stephan Gatter (SPD): Ich bin ein Mensch, der auch mal „Entschuldigung“ sagen kann. Ich habe einen Fehler gemacht, den ich jetzt wieder gutmachen werde. Ich werde Ihnen jetzt das geben, worauf sich meine Fragen beziehen. Es ist nämlich ein Artikel in der Öffentlichkeit gewesen, der genau das zum Inhalt hat, was ich Sie fragte. Mein Ziel war eigentlich mehr, zu klären, dass es ein völlig normales Verfahren ist. Vielleicht lesen Sie es erst einmal durch, und dann stelle ich noch einmal die Fragen.

(Robert Schäfer [SPD] übergibt dem Zeugen ein Dokument.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Für die Öffentlichkeit: Dem Zeugen wird ein Ausdruck eines Internet-Eintrages der Internetseite www.ruhrbarone.de vom 18. Dezember 2009 vorgelegt.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Wir haben das Schriftstück zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut. Dann, Herr Gatter, bitte.

Stephan Gatter (SPD): Dann würde ich meine Frage noch einmal wiederholen: Ist das so gewesen?

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Dazu darf ich wegen der prozessualen Hintergründe ein Wort sagen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bitte sehr.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Auch ich mache das jetzt in der geordneten und ruhigen Form, die vielleicht eben auch richtiger gewesen wäre.

Wir haben eine Aussagegenehmigung für unseren Mandanten. Diese Aussagegenehmigung bezieht sich auf den Inhalt des Untersuchungsauftrages. Der ist zeitlich genau dargestellt. Wenn man jetzt das Dokument, das Sie eben vorgelegt haben, zur Kenntnis nimmt, so handelt es sich um Vorgänge, die am 20. und 23.10.2009 datieren. Das bedeutet, dass das als Vorgang danach liegt.

Mein Mandant würde gerne etwas dazu sagen. Er sieht sich aufgrund seiner Aussagegenehmigung daran gehindert. Ich weise auch darauf hin, dass nach meiner Auffassung die entsprechenden Zeugen, die gegebenenfalls so etwas erhalten haben können – das weiß ich nicht –, dazu direkt befragt werden können. Das mag hier vom Untersuchungsauftrag gedeckt sein, weil das die Validität der Aussage darstellen kann. Mein Mandant kann dazu nichts sagen. Das ist meine Rechtsauffassung. Herr Vorsitzender, bitte korrigieren Sie mich, wenn Sie das anders sehen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir haben vorhin, darüber diskutiert, auch in nichtöffentlicher Sitzung. Dieses Thema ist von großem Interesse für den Ausschuss. Der Ausschuss hat in der Beratung vorhin das Interesse geäußert, diese Fragen zu klären, weil das aus Sicht des Ausschusses entscheidend ist für die Beurteilung der Glaubwürdigkeit oder Glaubhaftigkeit von Zeugen und Zeugenaussagen, das genauer zu überprüfen. Insofern müssten wir jetzt gleich gegebenenfalls noch einmal beraten, wie es weitergehen würde, wenn Sie bei dieser Auffassung bleiben sollten. Ich persönlich würde diese Fragen für zulässig erachten.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Okay, dann wird mein Mandant ...

Zeuge Eckhard Lech: Ich will dazu antworten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bitte.

Zeuge Eckhard Lech: Die Frage bitte noch einmal; denn ich habe sie in dem Hin und Her nicht mehr ganz präsent.

Stephan Gatter (SPD): Nein, es geht mir einfach darum, ob das Realität ist, dass Sie von Mitarbeitern des MUNLV gebeten worden sind, Ihre Aussagen innerhalb dieses Verfahrens zu dem damaligen Zeitpunkt noch einmal zur Kenntnis geben, im Grunde genommen in schriftlicher Form die Protokolle der Aussagen.

Zeuge Eckhard Lech: Ja. Das ist so.

Stephan Gatter (SPD): Hat es weiteren Kontakt oder Fragen dazu gegeben oder haben Sie nur der Bitte entsprochen?

Zeuge Eckhard Lech: Der Bitte wurde entsprochen.

Stephan Gatter (SPD): Das habe ich Sie nicht gefragt. Sondern ...

Zeuge Eckhard Lech: Der Bitte wurde entsprochen.

Stephan Gatter (SPD): Nur der Bitte? Sie hatten nicht noch weiter Kontakt mit ...

Zeuge Eckhard Lech: Nein. Die Bitten sind schriftlich eingereicht worden. Das wurde von Herrn Meyer ...

Stephan Gatter (SPD): Es ist also richtig, dass das mit Zustimmung des Staatsanwalts passiert ist?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, genau.

Stephan Gatter (SPD): Okay. – Aber das waren keine laufenden Verfahren mehr in dem Moment?

Zeuge Eckhard Lech: Das bezog sich nach unserer Einschätzung nicht mehr auf laufende Verfahren, würde ich jetzt sagen. Das ist auch Einschätzung der Staatsan-

waltschaft. Ich möchte Sie bitten, Herrn Meyer zu seiner rechtlichen Auffassung dazu zu fragen.

Stephan Gatter (SPD): Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Darf ich vielleicht ergänzend kurz nachfragen: Welche Zeugen haben sich an Sie gewandt?

Zeuge Eckhard Lech: Aus dem Gedächtnis: Frau Dr. Frotscher-Hoof, Herr Spillecke, Herr Odenkirchen ... Ich meine, diese drei/vier.

(Zuruf von der CDU)

– Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie danach dann erst einmal Rücksprache mit dem Staatsanwalt dazu genommen?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, als die ersten Anfragen eingegangen sind – die kamen mehr oder weniger zeitgleich an –, habe ich mit Herrn Meyer darüber gesprochen. Der hatte keine rechtlichen Bedenken dagegen. Dann habe ich entsprechend die Protokolle zu den Zeugenaussagen zur Verfügung gestellt und Herr Meyer hat das in der Akte kenntlich gemacht, genauso wie ich auch. Die Sachen sind auch Gegenstand der Ermittlungsakte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Okay. Herr Gatter, Sie waren mit Ihren Fragen soweit fertig? – Dann ist, wenn seitens der CDU und der FDP im Augenblick keine Fragen sind, Herr Rimmel dran.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich würde gerne noch einmal nachfragen: Können Sie sich daran erinnern, wann das ungefähr war, wann die von Ihnen genannten/erinnerten Personen sich an Sie gewandt haben? Können Sie das zeitlich eingrenzen?

Zeuge Eckhard Lech: Es war vor einigen Wochen. Wenn hier „Oktober“ steht ... Mitte/Ende Oktober kann es durchaus gewesen sein zu der Zeit.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Telefonisch oder schriftlich?

Zeuge Eckhard Lech: Schriftlich.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Und Sie haben wie geantwortet?

Zeuge Eckhard Lech: Per Mail.

Herr Kolf war noch dabei, fällt mir ein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gab es mündlichen Austausch mit den Zeugen?

Zeuge Eckhard Lech: Nein. Ich hatte mal ... Einen hatte ich nicht erreicht. Mir ging es um die Bestätigung des Eingangs der Mail. Ich weiß aber nicht, ob ich mit Herrn Odenkirchen damals darüber gesprochen hatte oder ... Mit ihm hatte ich, glaube ich, mal ganz kurz gesprochen. Aber da ging es im Prinzip nur darum, dass ich mir sicher sein konnte, dass die Mail entsprechend angekommen ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sind weitere Zeugenaussagen, Zeugen in der Vergangenheit zur Verfügung gestellt worden?

Zeuge Eckhard Lech: Herr Kohl. – Ich muss nachdenken. – Ich meine, Herr Kohl – ich bin mir beim Namen nicht sicher – hatte gebeten, dass die Aussage ihm zur Verfügung gestellt wird. Herr Meyer hat entsprechend entschieden, dass sie ihm gegeben werden kann. Dem wurde im Anschluss an die Vernehmung immer eine Kopie gegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sind die Zeugen denn darauf hingewiesen worden, dass sie zumindest Ihre Zeugenaussage nicht an andere weitergeben dürfen?

Zeuge Eckhard Lech: Das wurde, meine ich, so gemacht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Von Ihnen?

Zeuge Eckhard Lech: Von mir oder von Herrn Meyer, je nachdem. Herr Meyer war auch mal bei einer Vernehmung dabei.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein, ich meine die Zeugenaussagen, die Sie auf Nachfrage an die potenziellen Zeugen im Untersuchungsausschuss ...

Zeuge Eckhard Lech: Nein. Die habe ich denen entsprechend zugemailt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ohne Hinweis, dass sie die nicht weiterverwenden dürfen?

Zeuge Eckhard Lech: Ohne weiteren Hinweis.

Johannes Remmel (GRÜNE): Noch einmal die Frage: Erinnern Sie sich denn an weitere Zeugen, die um ihre Zeugenaussage gebeten haben und denen Sie die dann haben zukommen lassen?

Zeuge Eckhard Lech: Aus der Erinnerung fällt mir keiner ein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte JM, Band 9, Blatt 4316 aufrufen.

Zeuge Eckhard Lech: Außer im Rahmen der Akteneinsicht ... Frau Delpino hat bis zu einem gewissen Punkt Akteneinsicht bekommen. Sie hat im Rahmen ihrer Akteneinsicht natürlich auch die Vernehmungen bekommen, die bis dahin ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist ja auch gerichtlich behandelt und entsprechend kritisiert worden.

JM, Band 9, Blatt 4316.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist ein Vermerk des Zeugen Lech vom 09.06.2008. – Den können Sie sich gerne einmal anschauen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Darf ich zitieren. Das ist ein Vermerk vom 9.6.2008: Heute Morgen rief Herr Dr. Günther an und bat für Herrn Staatssekretär Schink in Vorbereitung auf die Fachausschusssitzung um Übersendung seiner Zeugenvernehmung am 22.08.2007. Nach Rücksprache mit Herrn Oberstaatsanwalt Meyer wurde die Zeugenvernehmung per Fax übersandt. Auf Nachfrage sagte Herr Dr. Günther zu, dass er noch heute eine Aussagegenehmigung für ...

Trifft das zu?

Zeuge Eckhard Lech: Das wird dann so zutreffen. Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Eckhard Lech: Wenn ich jetzt den Vermerk lese, kann ich mich auch daran erinnern, aber an Details drumherum eher nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das heißt, dass auch der Staatssekretär Dr. Schink zur Vorbereitung auf die Ausschusssitzung oder parlamentarische Beratung um die Übersendung seiner Zeugenaussage gebeten hat?

Zeuge Eckhard Lech: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Insofern gibt es da eine Kette sozusagen, eine Praxis der Übermittlung von Zeugenaussagen?

Zeuge Eckhard Lech: Den Hintergrund dessen, warum er die letztlich bekommen hat: Gut, dazu habe ich ja etwas geschrieben. „Als Kette“ sind jetzt Ihre Worte. Es ist da so gemacht worden und ist in Folge noch mal so gemacht worden. Das war alles in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft. Die entscheidet über Akteneinsicht und ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist es auch in anderen Verfahren üblich, dass Zeugenaussagen an Zeugen ausgehändigt werden, wenn sie die anderweitig benutzen?

Zeuge Eckhard Lech: Das wird unterschiedlich gehandhabt, aber es kommt vor, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. – Dann würde ich gerne noch mal auf den Sachverhalt kommen, den ich eben angesprochen hatte. Noch einmal zwei Nachfragen an der Stelle quasi der politischen Legitimation.

Sie haben gesagt, Sie haben zum Ermittlungsschwerpunkt die entsprechenden Vergaben im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe gemacht. Dazu hat es dann auch Durchsuchungen gegeben. Ich zitiere hier aus einem Durchsuchungsbericht, Bericht zur Auswertung der Asservate. IM 206, Blatt 23 – ist das, glaube ich.

(Der Ordner wird gesucht.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir haben es im Original leider gerade nicht greifbar.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es ist dann mein Versehen. Wir haben nicht alles ... Ich habe mich teilweise selbst ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Kein Problem. Wir können aber gerade in der digitalen Form feststellen, dass keine Einstufung vorliegt. Vielleicht können wir ja damit anfangen, dass Sie den Vorhalt machen. Notfalls müssten wir sie holen, wenn Sie sie tatsächlich sehen wollen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es ist ein mehrseitiger Vermerk über – ich glaube – 15, 16 Seiten, gefertigt von Kriminalhauptkommissar Merx: Bericht zur Auswertung der Asservate 050101 usw., Sicherstellung schriftlicher Unterlagen beim Institut für Siedlungswasserwirtschaft und Abfall der RWTH Aachen am 29. Mai 2008. Er wertet die dortigen Asservate – ich glaube, dieses ISA – aus und kommt dann zum Vorschlag für weiterführende Maßnahmen.

Dann wird hier aufgeführt: Vernehmung zum damaligen Zeitpunkt – das ist der 9. Juli 2008.

Vernehmung des Staatssekretärs Herrn Dr. Schink hinsichtlich seines Kenntnisstands und seiner aktiven Beteiligung zum Projekt MAPRO; zweitens, Vernehmung der damaligen Umweltministerin Bärbel Höhn hinsichtlich ihres Kenntnisstands zum Projekt MAPRO; Vernehmung des seit 2005 amtierenden Umweltministers, Herrn Eckhard Uhlenberg, hinsichtlich seines Kenntnisstands zum Projekt MAPRO.

Das sind Vorschläge des Kriminalhauptkommissars Merx zum weiteren Umgang mit den dort gefundenen Asservaten bzw. Sachverhalten.

Ist im Zusammenhang der Ermittlungen darüber diskutiert worden, diese Vernehmungen dann tatsächlich auch durchzuführen?

Zeuge Eckhard Lech: Soweit ich mich erinnere, ist thematisiert worden, ob Herr Dr. Schink dazu noch mal befragt wird. Da hatte, meine ich, Herr Meyer die Auffassung, dass, wenn ja, das noch mal im Rahmen einer Stellungnahme erfolgen sollte. Aber warum, wieso, weshalb das dann nicht weitergemacht wurde, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Was ist denn aus Ihrer Kenntnis die Begründung für die weitere oder nochmalige Vernahme von Herrn Schink und die erstmalige Befragung von Frau Höhn und Herrn Uhlenberg?

Zeuge Eckhard Lech: Kann ich Ihnen jetzt so nicht sagen aus der Erinnerung.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist denn jemals in der Ermittlungsgruppe diskutiert worden, dass insbesondere die Frage der Vergabe der Abwassermittel sozusagen an politischen Leitlinien orientiert sein könnte?

Zeuge Eckhard Lech: Das ist ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist, glaube ich, die Empfehlung, die hier Kriminalhauptkommissar Merx gibt.

Zeuge Eckhard Lech: Kann ich das mal sehen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Besteht Einverständnis, dass die von Herrn Remmel vorgelegten Kopien eingesehen werden?

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

– Gut. Danke.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Zeuge Eckhard Lech: Das ist natürlich jetzt sehr umfassend. Da kann ich mich natürlich jetzt schwer reinarbeiten. Aber wie schon gerade ausgeführt: Herr Meyer ver-

trat die Auffassung, dass hier die Zweckbindung per Gesetz geregelt ist und das Gesetz hier Vorrang hat und dementsprechend eine politische Entscheidung, welcher Richtung auch immer, hier nicht über dem Gesetz stehen kann und dementsprechend hier keine Anwendung findet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es sind ja auch eine Reihe von Rechtsgutachten zu der Frage eingeholt worden, und immer wieder steht die Frage im Mittelpunkt: Ist die Vergabe von Mitteln der Abwasserabgabe sozusagen politisch abgeleitet und legitimiert? Interessanterweise kommt an dieser Stelle der Kriminalhauptkommissar Merx zu einer ähnlichen Einschätzung

(Zurufe von Dr. Robert Orth [FDP] und Wolfgang Schmitz [CDU])

und schlägt eben vor, die politische Abklärung durch die Befragung von Herrn Uhlenberg, die Befragung von Frau Höhn und die nochmalige Befragung von Herrn Schink vorzunehmen. Insofern ist es für den Ausschuss schon interessant, inwieweit diese Frage in der Ermittlungsgruppe, nicht mit dem Staatsanwalt – Sie waren zu dem Zeitpunkt, glaube ich, 12 Personen –, diskutiert worden ist.

Die Frage lautet: Ist diskutiert worden über die Frage der politischen Legitimation der Vergabe der Abwasserabgabemittel? Und: Hat sich diese politische Legitimation mit dem Regierungswechsel geändert, sind also die politischen Vorgaben, die Mittel der Abwasserabgabe nach 2005 anders zu vergeben als davor, diskutiert worden? Ist diskutiert worden, dieser Frage nachzugehen?

Zeuge Eckhard Lech: Es kann sein, dass darüber mal gesprochen wurde. Ich weiß es nicht. Es ist auf alle Fälle nicht intensiv thematisiert worden. Sonst könnte ich Ihnen, denke ich, auch eher was dazu sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist denn darüber diskutiert worden, ob sich, wenn sich der Abteilungsleiter bei der Vergabe der Mittel strafbar gemacht hat, dann sozusagen der Staatssekretär und der Minister, wenn das sozusagen politisch abgeleitet war, eigentlich auch strafbar gemacht haben?

Zeuge Eckhard Lech: Aus meiner Sicht sind das rechtliche Würdigungen, die Herr Meyer hier intensiv vorgenommen hat. Er hätte dann zu dem Schluss kommen können und ist wohl nicht zu dem Schluss gekommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das hat also keine größere Rolle in der Ermittlungsgruppe gespielt?

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dieser Vermerk von Herrn Merx, ist der noch mal irgendwie gewürdigt worden?

Zeuge Eckhard Lech: Wie gesagt, dazu kann ich jetzt so ... Dann müsste ich mir den in Ruhe durchlesen, ihn noch abgleichen im Zusammenhang mit anderen Sachen, worauf er sich da bezogen hat.

Ihm ging es – das meine ich jetzt aus der Erinnerung heraus – ... Aus der Asservatenauswertung ergab sich ja, dass bei den Anfängen des Projekts MAPRO Herr Dr. Schink auch eingebunden war, Ende November 2005/Anfang 2006. Darum ging es ihm. Aus der Erinnerung meine ich insbesondere, dass man dazu noch mal Herrn Dr. Schink gegebenenfalls hätte fragen müssen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut.

Zeuge Eckhard Lech: Das war so. Aber in der Tiefe, warum Frau Höhn noch usw., warum er das so gesehen hat, dazu kann ich so nichts sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Höhn und Herrn Uhlenberg?

Zeuge Eckhard Lech: Und Herrn Uhlenberg.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne nach IM 226 fragen wollen.

(Der Zeuge gibt Johannes Remmel die ausgeliehenen Unterlagen zurück.)

– Das ist nett.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Seite?

Johannes Remmel (GRÜNE): 5647.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Diese Seite ist im Augenblick in der vorliegenden Fassung noch mit „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Wir schauen gerade mal, ob sie freigegeben ist. – Wir stellen gerade fest, dass das Dokument jetzt freigegeben ist. Bitte sehr.

(Rechtsanwalt Jan Philipp Boost holt die Unterlagen.)

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier handelt es sich um eine Mail, die sich auf eine weitere Mail vom 8. Oktober 2007 von Frau Delpino an Herrn Lech bezieht.

Frau Delpino gibt hier weiter:

Sehr geehrter Herr Lech! Wie heute vereinbart, sende ich Ihnen den Vermerk zur Forschungsdefinition zu. Mit freundlichen Grüßen.

Es handelt sich um einen Vermerk von Ministerialrätin Wender vom 9. Januar 2007. Hier geht es um eine Beschreibung einer Sitzung zum öffentlichen Auftragswesen, die im MUNLV bzw. mit dem Wirtschaftsministerium stattgefunden hat.

Wie würden Sie den Vermerk von Frau Wender im Zusammenhang mit Ihren Ermittlungen einordnen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Boost.

RA Jan Philipp Boost: Verzeihung; eine ganz kurze Frage: Ist der Vermerk auch freigegeben?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja.

RA Jan Philipp Boost: Okay; alles klar.

Zeuge Eckhard Lech: Das ist der Vorgang, den ich vorhin schon einmal angesprochen habe. Sie hatten mich ja schon gefragt, inwieweit Frau Wender zur Zweckbindung grundsätzlich Stellung bezogen hat. Wie ich vorhin sagte, gab es innerhalb des Umweltministeriums wohl Bestrebungen – da gibt es wohl auch eine neue rechtliche Regelung –, in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien, hier wohl dem MWME, Regelungen zu finden, wie diese sogenannten Inhouse-Geschäfte vergaberechtlich zu handhaben sind.

In diesem Zusammenhang wurde auch eine Definition für den Begriff Forschung aufgeführt. Dafür war dieser Vermerk für uns auch von Bedeutung. Auch wenn er erst nach den eigentlichen untersuchten Vorhaben aufgenommen wurde, war er für uns natürlich von Interesse.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich darf zitieren. Im ersten Absatz dieses Vermerks steht: Mit Inkrafttreten des Hochschulfreiheitsgesetzes zum 01.01.2007 kommt eine vergaberechtsfreie Beauftragung an Universitäten als Inhouse-Geschäft nicht mehr in Betracht.

Kann ich das so interpretieren, dass vor dem 01.01.2007 eine solche vergaberechtsfreie Beauftragung ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel, mit Fragen nach Interpretationen habe ich Schwierigkeiten. Formulieren Sie es einmal anders.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie haben Sie in Ihren Ermittlungen den Umstand berücksichtigt, dass Frau Wender nach Beratung in einer Arbeitsgruppe hier feststellt, dass nach dem 01.01.2007 eine vergaberechtsfreie Beauftragung an Universitäten nicht mehr in Betracht kommt, gleichwohl aber davor offensichtlich Praxis war?

Zeuge Eckhard Lech: Frau Wender hat im Sommer 2006 eine umfassende vergaberechtliche Wertung zum Projekt MAPRO vorgenommen. Darauf haben Sie mich vorhin auch schon angesprochen, glaube ich. Aus dieser Wertung ergibt sich, dass das Projekt MAPRO nicht als Inhouse-Geschäft zu bewerten war – aufgrund der erheblichen Fördermittel, die in seinem Rahmen an private Unterauftragnehmer ausgekehrt wurden. Analog sahen wir die anderen Vorhaben auch. Dementsprechend ist diese Wertung aus meiner Sicht nicht relevant gewesen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aus Ihrer Sicht ist das für das Ermittlungsverfahren nicht relevant?

(Dr. Robert Orth [FDP] meldet sich zu Wort.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Orth, Sie rügen Verfahrensfragen.

Dr. Robert Orth (FDP): Wir können das gerne vor allen besprechen, oder wir müssen noch einmal unterbrechen. Mit diesem Fragestil kann ich mich in keiner Weise weiter einverstanden erklären.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut. Grundsatzdiskussion zu Fragen brauchen wir jetzt sicherlich nicht zu führen. Herr Remmel hat seine Frage ja umformuliert.

Dr. Robert Orth (FDP): Er hat aber am Ende eine Bewertung gebracht. Er bringt in jeder Frage eine Wertung – zum Beispiel hat er am Ende wieder gesagt: wo es ja offensichtlich so und so gelaufen ist –; immer, quasi in jeder Frage. Bei fast jeder Frage könnte ich hier reingrätschen. Ich lasse es häufig laufen. Irgendwann ist aber auch ein Punkt überschritten. Herr Remmel, ich bitte Sie wirklich: Fragen Sie nach Tatsachen. Bringen Sie in Ihren Fragen nicht immer Wertungen. Das ist unzulässig.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich verstehe die Nervosität nicht.

Dr. Robert Orth (FDP): Das hat nichts mit Nervosität zu tun.

Johannes Remmel (GRÜNE): Offensichtlich doch.

Dr. Robert Orth (FDP): Das hat einfach etwas mit normalem Verhalten zu tun.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Okay.

RA Jan Philipp Boost: Darf ich ganz kurz noch etwas dazwischenfügen? – Unabhängig von den Wertungen, die hier durchaus mit enthalten sind, fällt mir an dieser Stelle auf, dass meinem Mandanten hier ein Vermerk der Ministerialrätin Wender vorgelegt wird, wobei sich Fragen im ersten Teil der Vernehmung offensichtlich auch

schon auf diesen Vermerk bezogen haben. Zu diesem Zeitpunkt hatten Sie gesagt, dass Sie kein Dokument haben, auf das sich das bezieht. Ich möchte einfach einmal zu Protokoll geben, dass das meinem Mandanten hier nicht vorgelegt worden ist.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ein Mitglied des Ausschusses kann natürlich auch Fragen stellen, ohne Vermerke vorzulegen. Man sollte sogar in der Regel erst einmal so fragen und erst dann, wenn sich Widersprüche auftun, Vermerke vorlegen und einen Vorhalt machen. So ist eigentlich das normale Vorgehen bei Zeugenbefragungen. – Nichtsdestotrotz hat Herr Remmel weiter das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich Sie gerne abschließend dazu fragen: Ist der Vermerk von Frau Wender vom 09.01.2007, in dem sie vergaberechtliche Klarstellungen vornimmt, in den Ermittlungen berücksichtigt worden? Hat dieser Vermerk für die Ermittlungen eine Rolle gespielt?

Zeuge Eckhard Lech: Ich gehe davon aus, dass dieser Vermerk so zur Akte genommen wurde. Dementsprechend fließt er natürlich mit in die rechtliche Bewertung der Staatsanwaltschaft Wuppertal ein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum ist dieser Vermerk als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ gekennzeichnet worden?

Zeuge Eckhard Lech: Dazu kann ich jetzt – wie gerade – nichts sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie ihn als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ gekennzeichnet?

Zeuge Eckhard Lech: Gleichermaßen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Bitte?

Zeuge Eckhard Lech: Gleichermaßen kann ich aufgrund der Begründung, die wir in der Diskussion vorhin schon hatten, dazu nichts sagen. Das ist ja danach erfolgt. Auf alle Fälle ist das nach dem Termin erfolgt. Dementsprechend kann ich jetzt schlecht etwas dazu sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich hatte Sie ja gefragt, ob Sie den Vermerk zu dem damaligen Zeitpunkt entsprechend eingestuft haben.

Zeuge Eckhard Lech: Aber ich habe ...

RA Jan Philipp Boost: Noch einmal: Der Untersuchungsauftrag endet im Juni 2009. Die Frage, die Sie stellen, bezieht sich auf einen Zeitpunkt danach. Deswegen ist eine Antwort darauf in keiner Weise möglich.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dieses Dokument ist ausweislich der Daten auf der Mail vom Dienstag, dem 29. Januar 2008. Dann wird auf eine Mail Bezug genommen, die vom 8. Oktober 2007 datiert ist. War das zum damaligen Zeitpunkt ein Dokument, das „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ war? Haben Sie das so eingestuft?

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie das während des Untersuchungszeitraums bis zum 30.06.2009 als entsprechendes Dokument „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft?

Zeuge Eckhard Lech: Nein. Ich bin sicher, dass es auch Gegenstand der Hauptakte ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Genau. Ich wollte Sie jetzt nämlich danach fragen, warum das dann in der Hauptakte – JM, Band 4, Blatt 1524 – als Dokument eingeführt ist und eben nicht als VS-NfD gekennzeichnet ist, aber die entsprechende Mail dazu fehlt. Meine Frage lautet also: Wie ist das in die Hauptakte gekommen?

Zeuge Eckhard Lech: Wie das jetzt in die Hauptakte gekommen ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Wichtig ist aber, dass es so in die Hauptakte gekommen ist und dass es eben nicht damals schon VS-NfD war.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. – Dann würde ich Sie gerne befragen zu der Zusammenarbeit mit dem ...

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Einen Moment, Herr Vorsitzender!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Schmitz.

Wolfgang Schmitz (CDU): Ich möchte das nur klarstellen. Herr Kollege Remmel sagte gerade, die Mail fehle. Sie befindet sich auf Seite 1523. – Nur zur Klarstellung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Okay. Danke.

Johannes Remmel (GRÜNE): Trotzdem bleibt für mich die Frage, warum zum Ersten „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ und zum Zweiten nicht. – Ich würde gerne den Komplex der Zusammenarbeit mit dem MUNLV ansprechen. Am 08.03. gab es

eine Besprechung im MUNLV, an der Sie auch teilgenommen haben. Können Sie sich an die Gesprächsinhalte erinnern? – 2007; sorry. 08.03.2007.

Zeuge Eckhard Lech: Grob. Darüber hatten wir gerade schon gesprochen. Da habe ich sie auch schon grob so weit dargelegt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Worum ging es in der Besprechung? Vielleicht können Sie das noch einmal darstellen.

Zeuge Eckhard Lech: Aufgrund der Auswertungen, insbesondere des Prüfberichtes, hatte ich gebeten, gewisse Projektakten dazu zur Verfügung zu stellen. Das wurde halt mitgeteilt. Dann wurde über die Zusammenarbeit des Herrn Dr. Friedrich mit insbesondere Herrn Prof. Dr. Dohmann und Herrn Prof. Dr. Pinnekamp gesprochen und darüber, wie sich die Zusammenarbeit auch mit anderen Auftragnehmern darstellte, inwieweit und wie Herr Dr. Friedrich in die Auftragsvergaben mit eingebunden war usw. Dort wurde also allgemein darüber gesprochen. Das habe ich auch entsprechend in der Akte dargelegt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie würden Sie die Rolle der Teilnehmer des MUNLV in diesem Gespräch beschreiben? War das eine aktive Rolle?

Zeuge Eckhard Lech: Wie gerade auch schon gesagt, würde ich sagen, dass wir aufs Umweltministerium zugegangen sind. Ich hatte auch schon geschrieben, dass ich eher den Eindruck hatte, dass die nicht mehr mit uns gerechnet haben. Und die haben sich genau so an einem Gespräch beteiligt, wie man sich an einem Gespräch beteiligt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben über das Gespräch ein Protokoll gefertigt – ...

Zeuge Eckhard Lech: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... Datum: 09.03.2007. Ich darf aus dem Protokoll zitieren, nachdem ich die Fundstelle genannt habe: IM, Band 229, Blatt 6584 ff.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: 6584 gibt es bei uns nicht. Wir haben 6583 und als Nächstes 6585.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe hier 6584.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bei uns beginnt das auf Blatt 6585: Protokoll der Dienstbesprechung beim MUNLV am 09.03.2007.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist die E-Mail davor.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hier gibt es keine E-Mail davor.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich kann das gerne zeigen. Das ist auch mit 6584 gestempelt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: IM 229?

Johannes Remmel (GRÜNE): IM 229, Blatt 6584.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut; dann ist hier wohl versehentlich eine Seite der elektronischen Fassung nicht mit ausgedruckt worden. Im Notebook haben wir dieses Blatt auch.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Geht es Ihnen jetzt um die Mail oder um den ... – Ach, Entschuldigung; die ist falsch abgeheftet. Da haben wir sie doch. Alles findet sich wieder. Es handelt sich um eine Mail von Herrn Lech an Herrn Günther.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte einige Passagen zitieren. Dort heißt es: Zu Beginn der Besprechung wurde von Herrn Dr. Günther der Abschlussbericht des Prüfteams Vergabeverfahren übergeben.

Etwas weiter unten heißt es: Herr Dr. Günther fiel auf, dass seit der Entlassung des Herrn Dr. Friedrich kaum noch Anträge für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben gestellt wurden. Dazu wurde Herr Dr. Günther heute gebeten, von möglichst weit zurückliegend bis heute Listen zu den F+E-Anträgen zu übersenden. Herr Dr. Günther sagte weiter zu, dass er eine Durchschrift der Akte zum arbeitsrechtlichen Verfahren und eine Kopie der betroffenen arbeitsrechtlichen Vergleichsregelung nachreichen wird.

Weiter heißt es: Herr Dr. Günther wird die erwünschten Unterlagen/Dateien zusammenstellen. Einhellig waren die Vertreter des MUNLV der Meinung, dass man an den Vergaben der Abteilung IV riechen könne, dass da was faul sei. Erst durch die jetzt durchgeführten Prüfungen fiel auf, dass jeder Sachbearbeiter bis zu jeder Summe Forschungsaufträge bewilligen durfte.

Weiter heißt es: Zu den Verantwortlichkeiten und zur Beteiligung des Herrn Dr. Friedrich sagte Frau Meyer-Mönnich, dass eher die nicht von Herr Dr. Friedrich mitgezeichneten Forschungsaufträge interessant sind. Herr Dr. Friedrich lenkte die auffälligen Forschungsaufträge subtil, indem er sie mit später nicht mehr nachvollziehbaren selbstklebenden Haftnotizzetteln über Mitarbeiter bearbeiten ließ.

Weiter heißt es: Herr Dr. Günther ergänzte dazu, dass er insbesondere vom Referatsleiter des besonders auffälligen Referats IV-9, Herrn Mertsch, erwartet hätte, dass er aufgrund seiner Sach- und Fachkompetenz remonstriert. Schließlich haben ja auch andere Referatsleiter wie Herr Spillecke oder Herr Odenkirchen beim MAPRO-Projekt die Mitzeichnung mit entsprechender schriftlicher Stellungnahme verweigert.

Weiter heißt es zum Schluss: Seitens der Vertreter des MUNLV wurde die Befürchtung geteilt, dass es zum illegalen Technologietransfer gekommen sein könnte.

Weiter heißt es: Herr Dr. Günther wird die Firmen feststellen, die Membrantechnologie anbieten. Einen Abgleich der im Rahmen von Forschungsaufträgen des MUNLV erzielten Forschungsergebnisse zur Membrantechnologie mit Patenten von Privatfirmen hält Herr Dr. Günther für fachlich möglich und sachgerecht.

Wie würden Sie die Rolle von Herrn Dr. Günther in diesem Zusammenhang beschreiben – aktiv oder passiv?

Zeuge Eckhard Lech: Nicht anders, als ich es bis jetzt schon ausgeführt habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum mussten dann diese oder einige dieser Passagen, wo Herr Dr. Günther erwähnt wird und wo Meinungen des MUNLV zitiert werden, bei der endgültigen Protokollerstellung gestrichen werden?

Zeuge Eckhard Lech: Aus meiner Sicht habe ich hier etwas zusammengefasst. Es war ein Gespräch mit mindestens vier, wenn nicht sogar fünf Personen, wenn ich mich richtig erinnere. Aus meiner Sicht habe ich das so dargelegt, wie ich es in Erinnerung hatte. Weil das natürlich auch viele Inhalte zum Thema hatte, hatte ich das Herrn Dr. Günther zur Kenntnis gegeben, um aus seiner Sicht die Möglichkeit zu haben, wenn ich etwas falsch dargestellt haben sollte, das zu ändern. Dementsprechend wurden Abänderungen vorgenommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber wie bewerten Sie denn den Sachverhalt, dass mindestens sieben bis acht Passagen, in denen die aktive Rolle des MUNLV und von Herrn Dr. Günther beschrieben werden, im endgültigen Protokoll nicht auftauchen?

(Dr. Robert Orth [FDP]: Wieder eine Bewertung! – Wolfgang Schmitz [CDU]: Wieder die Frage nach einer Bewertung!)

Zeuge Eckhard Lech: Dazu kann ich Ihnen jetzt nichts sagen. Darüber habe ich mir bisher noch nie Gedanken gemacht. Ich weiß auch nicht, wie ich das jetzt bewerten soll.

Johannes Remmel (GRÜNE): Auf Blatt 6588 ist im ursprünglichen Protokollentwurf enthalten:

Für Herrn Dr. Günther ist nicht nachvollziehbar, dass zum Projekt IV 9027101 zur Membrantechnologie bisher keine Ergebnisse des FiW eingingen. Für ihn ist der Sachverhalt auch strafrechtlich relevant.

Diese Bemerkung taucht im endgültigen Protokoll auch nicht mehr auf. Warum ist sie gestrichen worden?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, wie gesagt, es kann sein, dass Dr. Günther der Auffassung war, dass er die Bemerkung nicht so gemacht hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Dr. Günther war der Auffassung, dass er diese nicht so gemacht hat. – Hat er sie denn gemacht?

Zeuge Eckhard Lech: Ich habe das aus meiner Erinnerung so aufgeschrieben. Es kann sein, dass ich ihn gegebenenfalls da missverstanden habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie sie missverstanden oder nicht?

Zeuge Eckhard Lech: Dazu kann ich Ihnen jetzt nichts mehr sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat es denn über das Protokoll eine Diskussion mit Herrn Dr. Günther gegeben?

Zeuge Eckhard Lech: Nein, daran kann ich mich auch nicht mehr erinnern. Das wüsste ich jetzt nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte zitieren aus IM 229, Blatt 6516.

(RA Jan Philipp Boost: Ich reiche einmal die Akte zurück, die wir hier haben!)

Hier schreibt Herr Dr. Günther an Sie – das ist der letzte Satz in dieser Mail –: In dem Termin sollten/könnten wir auch über den Entwurf des Protokolls über die Besprechung ...

RA Jan Philipp Boost: Können wir das zurückstellen, bis wir das Blatt gesehen haben?

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Bitte?)

– Können wir das zurückstellen, bis wir das Blatt gesehen haben?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Blatt 6516: eine E-Mail von Herrn Dr. Günther an Herrn Lech.

(Zustimmung von Johannes Remmel [GRÜNE] – Der Zeuge und RA Jan Philipp Boost nehmen Einblick in die Unterlagen.)

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier steht – ich zitiere –: In dem Termin sollten/könnten wir auch über den Entwurf des Protokolls über die Besprechung mit Ihnen sprechen.

Deshalb frage ich noch einmal: Hat es ein Gespräch mit Herrn Dr. Günther über das Protokoll gegeben?

Zeuge Eckhard Lech: Das kann sein. Daran kann ich mich jetzt aber nicht mehr erinnern.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist es denn ein übliches Verfahren, dass Protokolle von Ermittlungsbeamten abgestimmt werden?

Zeuge Eckhard Lech: Wenn ich zu jemandem gehe und ein Gesprächsprotokoll über das mache, was wir gesagt haben, muss ich die Angaben, die gemacht werden, im Prinzip wie eine Zeugenaussage werten, worüber ich eine Niederschrift anfertige.

Wenn Angaben zur Sache gemacht werden, habe ich das in diesem Fall so mit dem Ministerium abgestimmt, dass sie das, was ich niederschreibe, gegenlesen, damit wir sicher sein können, dass das, so wie sie es sagen und meinen, zur Akte genommen wird – und nicht in irgendeiner anderen Form.

Das entspricht dem normalen Prozedere einer Zeugenvernehmung. Wenn ich eine Zeugenvernehmung mache, dann kann der Zeuge jederzeit sagen: Das habe ich so nicht gesagt; das möchte ich geändert haben oder anders ausgedrückt haben, usw. usf.

Johannes Remmel (GRÜNE): War das Gespräch am 8.03. denn eine Zeugenvernehmung?

Zeuge Eckhard Lech: Letztlich muss man ja oder kann man natürlich alles, was ich als Polizeibeamter aufnehme und was ich dann aktenkundig mache, als mittelbare Zeugenvernehmung werten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn über den Umstand, dass das Protokoll von Herrn Dr. Günther an den entsprechenden Stellen abgeändert worden ist – nicht nur an einer Stelle, sondern an sieben oder acht Stellen –, den Staatsanwalt Meyer informiert?

Zeuge Eckhard Lech: Davon gehe ich jetzt aus. Ich weiß es nicht konkret, aber davon gehe ich aus, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie hat der Staatsanwalt Meyer darauf reagiert?

Zeuge Eckhard Lech: Ich habe keine Erinnerungen mehr daran.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte einen weiteren Sachverhalt einführen. Frau Frotscher-Hoof übermittelte dem LKA am 7. Februar 2007 eine Stellungnahme zu zwei Projekten, hier: JM Band 5, Blatt 2004.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist eine E-Mail von Frau Frotscher-Hoof an Herrn Lech mit einer Anlage „Niederschlagswassereinleitungen in NRW“.

(Der Zeuge und RA Jan Philipp Boost nehmen Einblick in die Unterlagen.)

Zeuge Eckhard Lech: Die Mail habe ich gelesen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Unter dem Datum 4. März 2008 schreiben Sie zurück.

Zeuge Eckhard Lech: Das habe ich jetzt nicht vorliegen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das zeige ich Ihnen auch: JM Band 5, Blatt 2138.

(RA Jan Philipp Boost: 2138?)

– JM Band 5, Blatt 2138. Da schreiben Sie zurück an Frau Delpino und an Frau Frotscher-Hoof.

(Der Zeuge und RA Jan Philipp Boost nehmen Einblick in die Unterlagen.)

Noch einmal: Sie bekommen eine Stellungnahme von Frau Frotscher-Hoof vom 7. Februar 2007. Am 4. März 2008 schreiben Sie mit Bezug auf diese Stellungnahme zurück. Anlagen: Stellungnahme Frotscher-Hoof, Niederschlagswassereinleitung.pdf, Forschungsdefinition.doc.

Sehr geehrte Frau Delpino, sehr geehrte Frau Dr. Frotscher-Hoof, folgende Formulierungen in Ihren Stellungnahmen zu den Projekten Niederschlagswassereinleitung können im Gesamtkontext widersprüchlich erscheinen.

Sie zitieren dann die widersprüchlichen Passagen, und Sie schließen diese Mail folgendermaßen:

Ich möchte Sie daher auf Grundlage der von Frau Wender im Schreiben vom 9.01.2007 dargelegten Forschungsdefinition um eine (gegebenenfalls gemeinsame) Stellungnahme bitten, ob es sich bei dem Projekt Niederschlagswassereinleitung um ein F+E-Vorhaben handelt oder nicht. Mit freundlichen Grüßen Eckhard Lech.

Können Sie sich an diese Mail erinnern?

Zeuge Eckhard Lech: Daran kann ich mich erinnern, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum haben Sie die geschrieben?

Zeuge Eckhard Lech: Das ergibt sich aus meiner Sicht aus dem Text.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben zwei unterschiedliche Stellungnahmen und bitten dann darum, dass das vereinheitlicht wird. Ist das üblich, Zeugen zu bitten ...

(Dr. Robert Orth [FDP]: Also! – Wolfgang Schmitz [CDU]: Herr Vorsitzender, bitte! Wir stehen immer als Buhmann bei diesen Fragen da!)

RA Jan Philipp Boost: Entschuldigung, das ist nicht das, was darin steht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Bitte?

RA Jan Philipp Boost: Das ist nicht das, was darin steht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich lese das noch einmal vor:

Ich möchte Sie daher auf Grundlage der von Frau Wender im Schreiben vom 9.01.2007 dargelegten Forschungsdefinition um eine (gegebenenfalls gemeinsame) Stellungnahme bitten, ob es sich bei dem Projekt Niederschlagswassereinleitung um ein F+E-Vorhaben handelt oder nicht.

RA Jan Philipp Boost: Das ist doch eindeutig keine Bitte darum, dass das gleichgeschaltet wird, sondern es ist eindeutig eine Frage, die hier formuliert ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wo ist die Frage bitte?

Zeuge Eckhard Lech: Ob es sich bei dem Projekt Niederschlagswassereinleitung um ein F+E-Vorhaben handelt oder nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte Sie daher auf Grundlage – Sie geben auch noch die entsprechende Grundlage vor, auf der das bewertet werden soll – um eine (gegebenenfalls gemeinsame) Stellungnahme bitten.

Sie bitte um eine – gegebenenfalls gemeinsame – Stellungnahme. Warum nehmen Sie denn aus Ermittlungsgründen keine eigene Wertung vor und geben zwei Zeugen dann die Gelegenheit, zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu kommen?

Zeuge Eckhard Lech: Dieser Mail gingen offensichtlich zwei fachliche Wertungen von Frau Dr. Frotscher-Hoof und von Frau Delpino voraus. Da wird mir aufgefallen

sein, dass es da offensichtlich einen Widerspruch gibt. Den habe ich entsprechend in der Akte dokumentiert mit der Bitte, dazu neu Stellung zu beziehen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist das üblich?

(Dr. Robert Orth [FDP]: Jetzt, also!)

Zeuge Eckhard Lech: Das ganze Verfahren zur Abwasserabgabe ist, glaube ich, unüblich. Aber wenn Kollegen den Bedarf sehen, so etwas zu machen, werden sie es, denke ich, genauso machen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber wie haben Sie denn intern die Frage diskutiert, dass es sich hier um zwei Zeugen handelt, die Hauptbelastungszeugen im Verfahren sind? Und Sie bitten hier die beiden Zeugen, ihre Stellungnahmen abzugleichen.

RA Jan Philipp Boost: Das ist eine Unterstellung.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist das im Rahmen der Ermittlungskommission oder mit Ihren Vorgesetzten diskutiert worden?

RA Jan Philipp Boost: Ich muss relativ energisch dazwischengehen. Was Sie hier machen, ist eine Unterstellung. Das findet keinen Niederschlag in dem Text. Indem Sie es wiederholen, wird es nicht richtiger.

Mein Mandant hat ausweislich des Textes niemanden dazu aufgefordert oder angestiftet, sich in irgendeiner Weise abzustimmen oder abzusprechen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie soll ich denn sonst das „gegebenenfalls gemeinsam“ interpretieren?

(Dr. Robert Orth [FDP]: Das ist Ihre Wertung! – Wolfgang Schmitz [CDU]: Das ist Ihr Problem! Das ist nicht das Problem des Zeugen!)

RA Jan Philipp Boost: Wie Sie das interpretieren, ist Ihre Sache. Sie können das werten, wie Sie wollen. Sie können aber nicht meinem Mandanten eine solche Frage stellen, die suggestiv ist und die ihm unterstellt, er hätte etwas gemacht, was sich daraus nicht ergibt. Wenn Sie das so verstehen wollen, ist das Ihre Sache.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich Ihren Mandanten, warum denn eine gemeinsame Stellungnahme erforderlich war.

Zeuge Eckhard Lech: Aus den Gründen, die ich gerade schon gesagt habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Welche?

(Dr. Robert Orth [FDP]: Er muss nicht wiederholen!)

Zeuge Eckhard Lech: Ich wiederhole mich gerne. Offensichtlich sind zwei fachliche Stellungnahmen von Frau Delpino und von Frau Dr. Frotscher-Hoof zu einem Vorgang eingegangen, wo ich Widersprüche erkannt habe. Da habe ich um Klärung gebeten. Das wurde entsprechend klar in der Akte dokumentiert. Das lag auch so klar dem Gericht vor. Wenn das Gericht Ihre Bedenken teilen würde, hätten sie das entsprechend, denke ich, berücksichtigt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. – Dann würde ich Sie gerne fragen nach JM Band 3, Blatt 1284 ff.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dabei handelt es sich um eine E-Mail von Herrn Lech an Herrn Dr. Günther.

(Der Zeuge und RA Jan Philipp Boost nehmen Einblick in die Unterlagen.)

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist eine Mail vom 16. August 2007, die Sie, Herr Lech, an Herrn Dr. Günther geschrieben haben.

Betreff ist: Vernehmung von Herrn Staatssekretär Dr. Schink. Anlagenvermerke: Odenkirchen/Spillecke. – Hallo, Herr Dr. Günther, gemäß Absprache übersende ich Ihnen die Fragen, die im Wesentlichen Gegenstand der Zeugenvernehmung des Herrn Staatssekretär Dr. Schink sein werden.

Dann kommt eine Reihe von Fragen, die ich jetzt nicht einzeln zitieren möchte. Deshalb will ich Sie fragen: Ist es üblich, dass Zeugenbefragungen vorher mit anderen Mitarbeitern des Ministeriums oder wem auch immer abgestimmt werden?

Zeuge Eckhard Lech: Das war damals eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft Wuppertal. Sie war der Auffassung, dass sie die Fragen im Rahmen einer Stellungnahme klären könnte. Dann wären die Fragen wie hier formuliert an Herrn Dr. Schink gesandt worden. Dann wäre das im Rahmen einer schriftlichen Stellungnahme zurückgekommen.

Hier ist es aber zu einer Zeugenvernehmung gekommen. Und dementsprechend hatte er auch keine Bedenken, diese Fragen im Vorfeld mitzuteilen, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben das bei der Staatsanwaltschaft erfragt,

(Zeuge Eckhard Lech: Ja!)

ob dem Zeugen oder einem Mitarbeiter des Zeugen ...

(Dr. Robert Orth [FDP] meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich sehe gerade, dass sich Herr Orth mit zwei Fingern meldet. Ich weiß zwar nicht, warum, erteile ihm aber das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Ich bin wirklich irritiert, dass der Kollege Rimmel immer meint, das, was der Zeuge gesagt hat, aus seiner Sicht zusammenfassen zu müssen, und dass er das dann wieder in eine neue Frage kleidet.

(Thomas Stotko [SPD]: Das hat er von Herrn Ellerbrock! – Heiterkeit –
Wolfgang Schmitz [CDU]: Deshalb muss es nicht richtig sein!)

– Das macht es nicht besser. Das sage ich auch gern dem Kollegen Ellerbrock. Aber das ist jedenfalls nicht die Art und Weise, wie man einen Zeugen befragt. Der Zeuge hat geantwortet; das kann man im Protokoll nachlesen. Sie können darauf aufbauend eine weitere Frage stellen, aber eine Frage, und nicht zusammenfassen, was der Zeuge nach Ihrer Meinung gesagt hat.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Im Kern hat Herr Dr. Orth nicht ganz Unrecht. Die Frage lautete, ob das üblich war, Zeugen vorher den Fragenkatalog zukommen zu lassen. Darauf haben Sie geantwortet. – Gibt es dazu noch eine Nachfrage, Herr Rimmel?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Also, Sie haben die Frage, ob die Fragen mit dem Zeugen vorher abzustimmen sind oder ihm zukommen zu lassen sind, mit Herrn Staatsanwalt Meyer vorbesprochen oder geklärt?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, das war auf alle Fälle in Abstimmung mit Herrn Meyer.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Welche Auffassung hatten Sie denn? Sollten die Fragen schon vorab Herrn Schink gegeben werden?

Zeuge Eckhard Lech: Ich hatte da auch keine Bedenken.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Gut. – Dann möchte ich Sie gerne fragen nach JM Band 3, Blatt 1287.

RA Jan Philipp Boost: Wollen Sie das einmal kurz vorgelegt haben?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich habe das auf dem Bildschirm. Es handelt sich um eine E-Mail von Herrn Dr. Günther an Herrn Lech vom 17.08.2007.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Es geht wieder um den Sachverhalt. Herr Günther antwortet Ihnen:

Sehr geehrter Herr Lech, vielen Dank für den Fragenkatalog. Dies erleichtert die Unterlagenzusammenstellung für Herrn Staatssekretär. Meines Wissens war Herr

Staatssekretär nicht zu dem fraglichen Zeitpunkt bekannt, dass Herr Dr. Friedrich an der Uni Aachen eine Lehrtätigkeit ausübt, was im Verdachtgesamtkontext relevant ist. Dies hätte meines Erachtens offenbart werden müssen. Die von Ihnen ergänzend erbetenen Akten ... Und so weiter.

Ist die Anregung von Herrn Günther zur Befragung von Herrn Dr. Schink denn entsprechend bei der Befragung berücksichtigt worden?

Zeuge Eckhart Lech: Das kann ich Ihnen jetzt so nicht sagen. Die Sache wurde hier zur Akte genommen. Damit ist das Aktenbestandteil und kann entsprechend beurteilt werden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist denn Herr Dr. Schink in seiner Befragung danach gefragt worden, ob ihm bekannt war zum Zeitpunkt der Genehmigung von MAPRO, dass Herr Dr. Friedrich eine Lehrtätigkeit an der Uni Aachen ausübt?

Zeuge Eckhart Lech: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, ob das damals auch Gegenstand der Vernehmung war. Bei der Vernehmung war auch Herr Meyer dabei. Und wenn das nicht Gegenstand der Vernehmung wurde, dann hat Herr Meyer das als nicht wesentlich für diese Vernehmung eingeschätzt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Noch einmal: Ist dieses Verfahren der Abstimmung von Zeugenbefragungen im Vorfeld von Zeugenbefragungen mit Rechtsvertretern üblich?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Also, Herr Orth rügt hier gerade, dass ...

Dr. Robert Orth (FDP): Eigentlich sehe ich, dass die Frage schon gestellt ist, und man kann nicht immer wieder die gleiche Frage stellen. Der Zeuge muss die Frage nur einmal beantworten. Und zum anderen ist am Ende schon wieder eine Wertung gewesen, von der ich noch gar nichts geahnt habe, als ich mich zu Wort gemeldet habe.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Also, die Frage ist nun wirklich schon gestellt worden, Herr Remmel, auch von Ihnen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann ist ja gut. – Dann würde ich gerne fragen wollen: IM Band 213, Blatt 290.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Noch einmal!)

– IM Band 213, Blatt 290.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: IM Band 213, Blatt 290. – Dabei handelt es sich um eine E-Mail von Herrn Lech an Herrn Meyer.

(Der Zeuge und RA Jan Philipp Boost nehmen Einblick in die Unterlagen.)

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie schreiben am 15. Juni 2009: Hallo, Ralf. – Mit Ralf, vermute ich, ist Herr Meyer ...?

Zeuge Eckhart Lech: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Seit wann haben Sie ein Duz-Verhältnis mit Herrn Meyer?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Was hat das denn damit zu tun?)

– Das ist schon interessant, wie sich das im Laufe der Ermittlungen verändert. Am Anfang ist es Herr Meyer und jetzt ist es: Hallo, Ralf. Deshalb muss ich das doch fragen dürfen, seit wann ein Duz-Verhältnis mit Herrn Meyer besteht. Weil Duz-Verhältnisse in diesem Verfahren an anderer Stelle ja auch eine Rolle gespielt haben.

Zeuge Eckhart Lech: Ab Frühjahr dieses Jahres habe ich ein Duz-Verhältnis mit Herrn Meyer.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hallo, Ralf, sollen wir diese Mail zur Akte nehmen? Ich denke, eher nicht, oder? Gruß Ecki.

Worum handelt es sich bei diesem Vorgang?

Zeuge Eckhart Lech: Dabei handelt es sich um das Projekt MAPRO. Da möchte ich auch einmal zitieren, was der Herr Prof. Löffler geschrieben hat: Sehr geehrter Herr Lech, danke für die Mitteilung über die Einstellung des Verfahrens zu dem Projekt MAPRO.

Also, im ersten Satz führt Herr Prof. Löffler aus, warum ich Herrn Meyer gefragt habe, ob wir das jetzt zur Akte nehmen sollen oder nicht: weil dieser Vorgang bereits, ich meine, Ende Mai eingestellt wurde.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist der Grund, warum Sie meinen, das sollte nicht mehr zu den Akten?

Zeuge Eckhart Lech: Das ist richtig. Daraufhin habe ich die Frage an Herrn Meyer gestellt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wer entscheidet darüber, was zur Akte genommen wird oder nicht?

Zeuge Eckhart Lech: In erster Linie der Herr des Verfahrens, die Staatsanwaltschaft.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und wer entscheidet darüber, in welchem Umfang was zur Akte genommen wird?

Zeuge Eckhart Lech: Auch die Staatsanwaltschaft.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. – Dann möchte ich gerne zitieren oder einführen IM 207, Blatt 400.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dabei handelt es sich um ein Protokoll einer Besprechung im MUNLV vom 29.01.2009 von Herrn Lech.

(Der Zeuge und RA Jan Philipp Boost nehmen Einblick in die Unterlagen.)

Zeuge Eckhart Lech: Ja, habe ich gelesen.

Johannes Remmel (GRÜNE): IM 207 hatte ich jetzt gefragt, ja? Ist das richtig? Ich habe hier zwei Vorgänge, deshalb habe ich es möglicherweise ...

IM 207, Blatt 400:

Besprechung im MUNLV. Heute wird im MUNLV eine Besprechung durchgeführt. – Die ist Anfang des Jahres. – Teilnehmer: Frau Wender, Frau Meyer-Mönnich, Herr Günther, Staatsanwalt Meyer, Herr Opdensteinen und Sie als Unterzeichner. – Aufgrund der in der Tagespresse thematisierten Einstellung verschiedener Verfahrenskomplexe wurde der Verfahrensstand grob erörtert. Oberstaatsanwalt Meyer legte dar, dass nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft Wuppertal die weiteren Ermittlungen keine Auswirkungen auf Vergabeentscheidungen haben sollten.

Im Rahmen der Besprechung wurde eine Postkarte des Beschuldigten Dr. Friedrich, ein Schreiben des LUA, ein Schreiben DSD ... usw., usw. – Diese Unterlagen werden in dem Umschlag unter Asservat 1-143 asserviert. Unterschrieben mit Lech.

Wir finden dann in den Akten – eine Seite später, hier Blatt 401 – einen sehr viel längeren Vermerk, wo referiert wird: Folgende weitere Punkte wurden besprochen bzw. vereinbart. Über Herrn Dr. Günther wird eine Stellungnahme von Herrn Dr. Schink zu Gesprächen mit Herrn Dr. Friedrich zu MAPRO eingeholt. Projektakten usw. ... Herr Dr. Günther wird noch einmal prüfen zum Umgang mit den Vermerken Spillecke und Odenkirchen, Geheimnisverrat usw.

Es sind mindestens neun Spiegelstriche, die in diesem Vermerk 401 auftauchen, was weiteres Verfahren angeht, die aber in dem Vermerk 400 nicht auftauchen. Warum gibt es diese zwei Versionen von Vermerken?

(Der Zeuge liest den Vermerk noch einmal.)

Zeuge Eckhart Lech: Das kann ich Ihnen jetzt so nicht beantworten.

(Der Zeuge spricht mit seinem Rechtsanwalt.)

Kann ich Ihnen jetzt nichts zu sagen, warum ich das hier im Detail da anders oder mehr geschrieben habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wissen Sie denn, welcher von beiden Vermerken zur Ermittlungsakte genommen worden ist?

Zeuge Eckhart Lech: Das kann ich Ihnen jetzt so auch nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn einen von den beiden Vermerken zur Ermittlungsakte genommen?

Zeuge Eckhart Lech: Kann ich Ihnen jetzt so auch nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne fragen wollen nach IM 208, Blatt 1.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir haben es gerade nicht in Papierform vorliegen. Es handelt sich um einen Vermerk vom 19.11.2008 mit der Überschrift: Berichtspflicht von Oberstaatsanwalt Meyer. – War es das, was Sie ...?

Johannes Remmel (GRÜNE): IM 208, habe ich hier stehen, Seite 1.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ist es das, was ich gesagt habe, Berichtspflicht?

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein, Besprechung bei der Firma ÖkoLogic.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Da haben wir jetzt etwas anderes.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe hier aber keine weiteren ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann müssen wir noch einmal den Ordner in Originalform holen, Herr Lennertz, bitte.

Ist es möglich, zwischendurch eine andere Frage zu stellen, oder ist die Reihenfolge sinnvoll – dann warten wir kurz –, Herr Remmel?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich kann auch eine andere Frage vorher stellen, und zwar IM 216, Blatt 1196.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: War das 216 oder 116?

Johannes Remmel (GRÜNE): IM 216, Blatt 1196, und dazu auch noch IM 216, Blatt 1225.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die haben wir nicht gerade hier, die hatten Sie uns auch nicht angegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja. Ich kann sie so weitergeben. Es sind zwei kurze Mails.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wenn das Einvernehmen besteht, dass wir die von Herrn Remmel ausgedruckten Kopien vorlegen, dann machen wir das doch so.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die ihm vorgelegten Unterlagen.)

Zeuge Eckhart Lech: Um welche geht es zuerst?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich muss zitieren. Ich muss daraus vorlesen.

(Die Unterlagen werden zurückgegeben.)

Kann ich fragen?

Zeuge Eckhart Lech: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also, nach meinem Kenntnisstand ist IM 216, Blatt 1196, eine Mail von Ihnen an Herrn Merx, Udo, vom 3. Februar 2009:

Hey, Udo, Ralf bat mich gerade darum, dass du zu den Bewirtschaftungsrechnungen nur kurz erwähnst, dass diese zeitlich mit vergaberechtlichen Entscheidungen des Friedrich zugunsten der ahu zusammenfallen und dass du dazu nur kurz auf diese Quellen verweist und daher den Verdacht § 331 ff. siehst.

Und dann wird eine Reihe von Erläuterungen ... – Wie ist das zu verstehen?

Zeuge Eckhard Lech: Dazu kann ich leider nichts sagen, weil es sich auf laufende Ermittlungen bezieht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie kann man denn die Anweisung verstehen „daher den Verdacht § 331“?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel, das ist nicht so eine ideale Frage, was die Zulässigkeit anbetrifft.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich anders. Ist es üblich, dass Sie Mitarbeiter bitten, bestimmte Verdachte zu sehen?

RA Jan Philipp Boost: Herr Remmel, Sie haben doch gerade eben schon gehört, dass das so nicht funktioniert.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich zu der anderen Mail. Ich zitiere aus IM 216, 1225. Sie, Herr Lech, schreiben am 30. Januar 2009 an Herrn Duve und „CC“ an Herrn Kischel, Peter, und Puderbach, Thomas:

Hallo Harald, Herr Meyer bat mich gestern, die Akteninhalte je sichten zu wollen, bevor sie foliert werden. Anschließend sollen sie dann weiter sukzessive an Herrn Frobel gegeben werden. Gruß Ecki.

Um welchen Vorgang handelt es sich hier?

Zeuge Eckhard Lech: Hier geht es darum, dass der Staatsanwalt als Herr des Ermittlungsverfahrens die Akte zur Kenntnis nehmen will. Und erst dann wird die – Herr Frobel ist bei der Generalstaatsanwaltschaft, die sukzessive die Akten immer von uns bekommen haben – der Generalstaatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Was heißt denn „foliert“?

Zeuge Eckhard Lech: Foliert heißt durchnummeriert. Paginieren, folieren heißt jeweils durchnummerieren. Das sind die Blattzahlen, die Sie jeweils in der Hauptakte bei uns erkennen können. Das ist ein klassischer Vorgang.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Meyer hat gebeten, die Akteninhalte erst sichten zu wollen, bevor sie entsprechend mit Nummern versehen werden.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Wie Herr Remmel das versteht ...)

– Ich kenne mich in dem Verfahren nicht aus. Deshalb muss ich doch fragen, wie das geht.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Nein! Lesen Sie doch mal Ihren eigenen Einsetzungsantrag durch! – Zurufe: Mikro!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Orth, machen Sie mal das Mikrofon an.

Dr. Robert Orth (FDP): Ich erlaube mir, auf den eigenen Einsetzungsantrag hinzuweisen, und zwar gekürzt, damit es den Sachverhalt trifft: Der Ausschuss erhält den Auftrag, das Agieren des Landeskriminalamtes bei der Vorbereitung, Durchführung und Bearbeitung dieses Ermittlungsverfahrens zu untersuchen. – Das ist es. Es geht nicht darum, was man unter dem Begriff Folieren oder Ähnliches versteht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Kollege, ich kann Ihnen das erklären. Es geht insbesondere um das Agieren. Hier handelt es sich um Vorlagen, die der Generalstaatsanwaltschaft zugeleitet werden sollten, was offensichtlich ungewöhnlich ist, dass Ermittlungsverfahren an die Generalstaatsanwaltschaft geraten.

Dr. Robert Orth (FDP): Entschuldigung, aber ob das üblich ist oder nicht, ist doch hier nicht die Frage. ... (akustisch unverständlich)

Johannes Remmel (GRÜNE): Und zur Vorbereitung dieser Weiterleitung der Akten ...

(Unruhe – Zurufe)

Wenn Akten gesichtet und foliert werden, dann ist das von entscheidender Bedeutung für den Ausschuss.

(Unruhe – Zurufe und Klatschen: Hey! Hey! Hey!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Herren, wir veranstalten jetzt kein Streitgespräch zwischen Ihnen beiden. Wenn ein Mitglied dieses Ausschusses eine Frage zu einem Wort hat, das es nicht versteht, dann kann man den Zeugen sicherlich um die Erklärung eines einzelnen Wortes bitten. Ob das jetzt Allgemeinwissen ist oder nicht, kann dahingestellt bleiben. Wenn Herr Remmel eine Frage dazu hat, kann er sie stellen. Und jetzt bitte ich Sie, weiterhin Fragen zu stellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum mussten Akteninhalte von Herrn Meyer gesichtet werden, bevor sie foliert werden?

Zeuge Eckhard Lech: Ich finde, das habe ich gerade schon beantwortet. Er als Herr des Verfahrens hat natürlich das recht, sich die Akten jederzeit vorlegen zu lassen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sind denn bestimmte Akten, bestimmte Aktenstücke nicht foliert worden?

Zeuge Eckhard Lech: Nein. Die Sachen, die zur Akte gehören, werden foliert und sind dann Gegenstand der Hauptakte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also, der Staatsanwalt entscheidet darüber, welche Teile zur Akte gehören oder nicht.

Zeuge Eckhard Lech: Letztlich ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das heißt, Sie haben dem ...

(Dr. Robert Orth [FDP]: „Das heißt“ ist eine falsche Einleitung! Das muss ich noch einmal rügen!)

– Dann möchte ich wissen, ob Sie dem Staatsanwalt Akten übermittelt haben, die dann nicht foliert worden sind und nicht an den Generalstaatsanwalt gegeben worden sind.

Zeuge Eckhard Lech: Davon gehe ich aus: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie darüber Kenntnis, ob bestimmte Aktenbestandteile nicht an den Generalstaatsanwalt gegeben worden sind?

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. – Dann würde ich jetzt gerne IM 208 ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sagen Sie uns bitte noch einmal die Seite? Blatt 1 war das?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bei uns geht es mit 443 los.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann habe ich es falsch.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich weiß aber nicht, ob es hier richtig foliert ist.

(Heiterkeit)

Ist das der Bericht von OStA Meyer?

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein. Wir suchen es noch mal raus. Vielleicht ist es an einer anderen Stelle. Ich habe aber noch ein, zwei andere Fragen.

Hier ist es etwas deutlicher: IM 208, Blatt 558. So wird es besser, glaube ich.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist ein Vermerk vom 22.01.2009.

Johannes Remmel (GRÜNE): Genau.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Besprechung bei der Firma Ecologic.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier handelt es sich um einen Vermerk, IM 208, 558: Besprechung bei der Firma Ecologic, Neuss, 22.01. – Der geht über zwei Seiten.

Auf der Seite 560 findet sich ebenfalls ein Vermerk über die Besprechung bei der Firma Ecologic, ebenfalls Neuss, 22.01. Dieser Vermerk ist aber nur eine Seite lang. Den Teil, der fehlt, zitiere ich:

Herrn Kraemer wurde durch Oberstaatsanwalt Meyer dargelegt, dass nach hiesiger Auffassung der Gegenstand des Projektes MAPRO vorher im Rahmen eines EU-weiten Ausschreibungsverfahrens vergeben werden sollte. Nachdem das Ausschreibungsverfahren aufgrund einer Haushaltssperre im Juni 2005 gestoppt wurde, reichte das ISA dazu einen F+E-Antrag ein, der vom Beschuldigten Dr. Friedrich als sogenanntes Projekt MAPRO bewilligt wurde. Die im Projekt MAPRO kalkulierte Auftragssumme wich erheblich von der Kalkulation in der Leistungsbeschreibung für das Ausschreibungsverfahren ab. Nach kurzer Prüfung der Leistungsbeschreibung und des Antrags zum Projekt MAPRO kam Herr Kraemer zu der vorläufigen Bewertung, dass die vom Beschuldigten Dr. Friedrich selber erstellte Leistungsbeschreibung einen höheren Leistungsumfang beinhaltete als der konkreter und begrenzter formulierte Projektantrag zum Projekt MAPRO. Daher erschien ihm die ursprüngliche Kalkulation des MUNLV zu niedrig. Gleichwohl kam ihm die im MAPRO-Antrag vorgenommene Kalkulation zu hoch und nicht marktgerecht vor. Herr Kraemer bot an, auf Grundlage des Projektantrages durch seine Firma eine eigene Kalkulation vornehmen zu lassen und auf dieser Basis ein Angebot zu erstellen, das aus seiner Sicht den Preis abbildet, den die Firma Ecologic im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens angeboten hätte ... Herr Oberstaatsanwalt Meyer beabsichtigt, in gleicher Weise die Universität Saarbrücken zu konsultieren, die die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Saarland begleitete, um dann zu entscheiden, in welcher Form er bei wem einen möglichen Submissionsschaden berechnen lässt.

Diese Passage taucht in dem Vermerk auf Blatt 560 nicht mehr auf. Warum?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Orth, bitte schön.

Dr. Robert Orth (FDP): Ich bitte, dass der Kollege Rimmel zukünftig entweder klar sagt, dass er einen bestimmten Teil nicht zitiert, oder vollständig zitiert. Er hat die gesamten Beträge weggelassen. Das geht aus dem Protokoll hinterher nicht hervor. Im Protokoll finden sich dann Aktenstücke, die dem Leser vollständig erscheinen, obwohl sie nicht vollständig zitiert wurden. Ich bitte, zukünftig entsprechend korrekt zu zitieren.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Die Beträge spielen hier keine Rolle. Aber meinetwegen können die Beträge da auch rein.

RA Jan Philipp Boost: Verzeihen Sie ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Man kann die Anregung sicherlich aufnehmen. Es verlängert zwar das Vorlesen, aber der Vollständigkeit halber könnte man das tun. Im dem Zusammenhang sehe ich zwar keine Auswirkungen auf die Befragung

des Zeugen, ob man die Summen in Klammern mit genannt hat, aber der Vollständigkeit halber und damit keine Irritationen entstehen, sollten wir das zukünftig tun.

RA Jan Philipp Boost: Verzeihen Sie, aber es geht nicht nur um die Summen, sondern es geht generell darum, dass hier Hintergründe ausgelassen werden, wenn dann so ausgeklammert zitiert wird. Der Eindruck, der dann im Rahmen einer Zeugenvernehmung erweckt wird, ist dann natürlich fatal. Denn dann liegen die Dokumente schließlich nicht vor.

Insoweit bitte ich aus Fairnessgründen für meinen Mandanten, dass immer vollständig zitiert wird. – Vielen Dank.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich kann das auch noch mal vorlesen, aber darum geht es gar nicht. Es geht hier um zwei Versionen von zwei Vermerken. Der eine ist sehr viel länger, und ich frage danach, warum das bei dem kürzeren weggelassen worden ist.

RA Jan Philipp Boost: Dann lesen Sie es erst noch einmal vor.

Johannes Remmel (GRÜNE): Noch einmal vorlesen?

RA Jan Philipp Boost: Ja, bitte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das Ganze noch mal vorlesen?

RA Jan Philipp Boost: Ja, bitte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herrn Kraemer wurde durch Oberstaatsanwalt Meyer dargelegt, dass nach hiesiger Auffassung der Gegenstand des Projektes MAPRO vorher im Rahmen eines EU-weiten Ausschreibungsverfahrens vergeben werden sollte. Nachdem das Ausschreibungsverfahren aufgrund einer Haushaltssperre im Juni 2005 gestoppt wurde, reichte das ISA (RWTH Aachen) dazu einen F+E-Antrag ein, der vom Beschuldigten Dr. Friedrich als sogenanntes Projekt MAPRO bewilligt wurde. Die im Projekt MAPRO kalkulierte Auftragssumme (ca. 130.000 € pro Monat) wich erheblich von der Kalkulation in der Leistungsbeschreibung für das Ausschreibungsverfahren (ca. 10.000 € pro Monat) ab.

Nach kurzer Prüfung der Leistungsbeschreibung und des Antrags zum Projekt MAPRO kam Herr Kraemer zu der vorläufigen Bewertung, dass die vom Beschuldigten Dr. Friedrich selber erstellte Leistungsbeschreibung einen höheren Leistungsumfang beinhaltete als der konkreter und begrenzter formulierte Projektantrag zum Projekt MAPRO. Daher erschien ihm die ursprüngliche Kalkulation des MUNLV zu niedrig. Gleichwohl kam ihm die im MAPRO-Antrag vorgenommene Kalkulation zu hoch und nicht marktgerecht vor.

Herr Kraemer bot an, auf Grundlage des Projektantrages durch seine Firma eine eigene Kalkulation vornehmen zu lassen und auf dieser Basis ein Angebot zu erstellen, das aus seiner Sicht den Preis abbildet, den die Firma Ecologic im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens angeboten hätte. Die Erstellung eines solchen Angebots würde ca. fünf Manntage in Anspruch nehmen und somit ca. 3.500 € kosten. Ein tiefer gehendes Gutachten zum Abgleich verschiedener Unterlagen würde mehrere Wochen seines Teams in Anspruch nehmen und daher ca. 30 bis 40.000 € kosten.

Herr Oberstaatsanwalt Meyer beabsichtigt, in gleicher Weise die Universität Saarbrücken zu konsultieren, die die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Saarland begleitete, um dann zu entscheiden, in welcher Form er bei wem einen möglichen Submissionsschaden berechnen lässt.

Das Ganze ist datiert vom 22.01.2009.

Warum taucht das in dem kürzeren Vermerk nicht mehr auf?

Zeuge Eckhard Lech: Das kann ich Ihnen jetzt auch nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und warum ist der kürzere Vermerk JM 219, Blatt 9292 Gegenstand der Hauptakte?

Zeuge Eckhard Lech: Weil da dargelegt wurde, dass wir beabsichtigten, die Firma Ecologic mit diesem Gutachten zu beauftragen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wo steht das?

Zeuge Eckhard Lech: Auf der Seite 560.

Johannes Remmel (GRÜNE): Da steht, dass Sie das beabsichtigen?

Zeuge Eckhard Lech: Nein, da steht: Daher fand zur Feststellung eines möglichen Submissionsschadens im Projekt MAPRO am 19.01.2009 bei der Firma Ecologic in Berlin eine Besprechung statt, an der Herr Kraemer, Herr OStA Meyer, Herr Mertsch und der Unterzeichner teilnahmen. In der Besprechung erklärte Herr Kraemer, dass die Firma Ecologic in der Lage sei, die Inhalte des Projektes MAPRO fachlich und unter wirtschaftlichen Aspekten gutachterlich zu bewerten. – Da wurde erstmal festgestellt, dass die dazu in der Lage sind.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum ist dieser kürzere Vermerk in die Hauptakte genommen worden und nicht der längere?

Zeuge Eckhard Lech: An Details, warum ich den einen oder den anderen in die Hauptakte genommen habe, kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben das entschieden, welcher von beiden in die Hauptakte genommen wurde?

Zeuge Eckhard Lech: Ich gehe davon aus, dass das Herr Meyer entschieden hat. Aber das Wie usw. kann ich jetzt nicht mehr nachvollziehen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut, dann habe ich zu diesem Komplex abschließend IM 211, Blatt 588.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel, die Akte hatten Sie uns vorher nicht benannt. Die haben wir jetzt nicht griffbereit. Ist das eine längere Fundstelle? Ich habe das hier im Computer. Ist das ein Protokoll einer Zeugenvernehmung? IM 211, Seite 588 ist bei uns die Zeugenvernehmung von Herrn Dr. Mertsch.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich komme gleich noch einmal darauf zurück. Dann machen wir jetzt erst einmal eine Pause. Ich habe das hier etwas unklar draufgedruckt. Es tut mir leid; machen wir gleich weiter.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie sind jetzt erst einmal fertig mit Ihren Fragen?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gibt es seitens der CDU und der FDP im Augenblick Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Herr Kollege Stotko dran.

Thomas Stotko (SPD): Mich würde noch einmal die Frage mit dem Stempel „VS-Vertraulich“ interessieren. In anderen Angelegenheiten oder in den Jahren – im Untersuchungszeitraum –, in denen Sie das gemacht haben, wird da dieser Stempel sofort aufgedrückt, wenn Sie ein Dokument abheften? Machen Sie sich eine monatliche Notiz: „Heute muss ich mal wieder gucken, wo ein VS-Stempel draufkommt?“ Mir erklärt sich das jetzt nicht genau. Wann und wie wird das entschieden?

Zeuge Eckhard Lech: Bei uns, in unseren Unterlagen, spielt der „VS-Vertraulich“, soweit ich mich jetzt erinnere, eigentlich nur eine Rolle im Zusammenhang mit Berichten der Behördenleitung an das Ministerium und gegebenenfalls im Zusammenhang mit der TKÜ; denn das sind dann Vordrucke, die in dem Zusammenhang verwandt werden, die eigentlich als „VS – NfD“ eingestuft werden, gegebenenfalls auch im Zusammenhang mit dem Einsatz operativer Einheiten. Dann wird das entsprechend gekennzeichnet bzw. dann ist das schon vom Ursprung her so gekennzeichnet.

Thomas Stotko (SPD): Ich weiß nicht so genau. Werden die E-Mails, die Sie bekommen nebst den Anlagen im Untersuchungszeitraum, alle ausgedruckt, oder las-

sen Sie die erst einmal in elektronischer Form, und als Sie dann wussten, die werden benötigt, wurden die dann ausgedruckt?

Zeuge Eckhard Lech: Genau. Die E-Mails, die Dateien und Ähnliches, die Sie jetzt in hier ausgedruckter Form haben, das war unser Datenbestand.

Thomas Stotko (SPD): Das heißt, da konnten Sie keinen VS-Stempel aufbringen, weil die noch elektronisch waren?

Zeuge Eckhard Lech: Genau.

Thomas Stotko (SPD): Letzter Punkt. Können Sie sagen, wie viel des Aktenbestands von Ihnen im Untersuchungszeitraum als „VS“ gekennzeichnet wurde?

Zeuge Eckhard Lech: Marginal.

Thomas Stotko (SPD): Das ist ganz wenig?

Zeuge Eckhard Lech: Ganz wenig. – Wie gesagt, die Berichte, die über die Behördenleitung ans Ministerium gingen, im Zusammenhang mit der TKÜ. Aus der Erinnerung heraus waren einige – wie gesagt, gegebenenfalls – zu Einsätzen operativer Einheiten. Darüber hinaus hätte ich jetzt keine Erinnerung.

Thomas Stotko (SPD): Nach dem, was Sie hinterher gekennzeichnet haben, frage ich nicht.

Zeuge Eckhard Lech: Nein, das ist schon klar.

Thomas Stotko (SPD): Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Stotko. – Gibt es weitere Fragen an Herrn Lech? – Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Jetzt habe ich es – ich weiß nicht, wie das Versehen zustande gekommen ist –: IM 211, Blatt 491. Oder Blatt 508, aber auf Blatt 491 ist es klarer zu sehen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ist das ein Schreiben von Frau Delpino an Herrn Dr. Schink?

Johannes Remmel (GRÜNE): Genau. Da schreibt Frau Delpino an Herrn Schink, ohne ein näheres Datum beizufügen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir haben es jetzt leider im Original nicht vorliegen. Vielleicht können wir es so machen, dass Sie dem Zeugen ihr Papierstück geben und ich lese es hier vor?

Das ist also ein Schreiben von Frau Delpino an Herrn Dr. Schink:

Sehr geehrter Herr Dr. Schink, beigefügt gebe ich Ihnen die Reaktion des Herrn Friedrich auf meinen Wochenbericht zur Kenntnis. Ich hoffe, dass Sie vor 13 Uhr noch Gelegenheit haben, in die Anweisungen reinzuschauen. Nachdem ich am Freitagvormittag von Herrn Mertsch erfuhr, dass Herr Friedrich sich auch von ihm berichten lässt (wahrscheinlich auch noch von weiteren Personen), müsste ich mich bei Ihnen melden. Dass er reagiert, war klar ... Es gab leider keine Möglichkeit, mit Ihnen vorher darüber zu sprechen. Für die Zukunft: Könnte ich mich mit Herrn Hartmann besprechen, falls ich Sie nicht erreiche? Das zweite Paket ist eine chronologische Abfolge von Vergabe eines Projektes. Vielleicht ergeben sich ja daraus interessante Aspekte. In eigener Sache: Ich habe meinem Rechtsanwalt das Mandat entzogen. Ich werde keine weiteren Schritte unternehmen. Dies wollte ich Herrn Friedrich gegenüber nicht kommunizieren. Betreff: Meine CDU-Mitgliedschaft. Sie sagten beiläufig, dass ich Ihnen dies früher hätte mitteilen sollen. Dazu Folgendes: Ich habe vor etwa drei Jahren mit Herrn Pudenz darüber gesprochen. Ich war davon ausgegangen, dass Sie ihn als Ansprechpartner dazu befragt haben. Freundliche Grüße Delpino.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich würde Sie gerne fragen wollen, ob Ihnen dieses Schriftstück bekannt ist.

Zeuge Eckhard Lech: Das ist mir aus der Erinnerung und auch so nicht bekannt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn über die CDU-Mitgliedschaft von Frau Delpino diskutiert?

Zeuge Eckhard Lech: Aus meiner Erinnerung: nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum ist dieses Schriftstück nicht zur Hauptakte genommen worden?

Zeuge Eckhard Lech: Ich kann das jetzt nicht beurteilen, weil ich es nicht kenne.

Johannes Remmel (GRÜNE): War denn die CDU-Mitgliedschaft von Frau Delpino Gegenstand von Diskussionen im Rahmen der Ermittlungen?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das haben Sie schon einmal gefragt!)

Zeuge Eckhard Lech: Wie gesagt, aus meiner Erinnerung weiß ich nicht, dass Frau Delpino CDU-Mitglied ist oder war. Dementsprechend habe ich zumindest nach meiner Erinnerung nicht darüber diskutiert.

Johannes Remmel (GRÜNE): IM 259, Blatt 132.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dabei handelt es sich um einen Vermerk vom 24.07.2006.

Johannes Remmel (GRÜNE): 24.07.2006. Der Vermerk ist unterzeichnet von Herrn Zenker, Kriminalkommissar. Herr Zenker sichtet das Material, das Herr Dr. Günther übergeben hat. Da heißt es auf Blatt 135: Schreiben von Frau Delpino an Dr. Schink, Datum nicht erkennbar. Gegenstand ist ihre Berichterstattung sowie die Berichterstattung anderer Mitarbeiter des MUNLV an Herrn Dr. Friedrich. Weiter teilt sie mit, dass sie ihrem Rechtsanwalt das Mandat entzogen habe und etwas über ihre CDU-Mitgliedschaft. Hier taucht das in dem Vermerk in der Hauptakte auf, aber die Anlage ...

(Dr. Robert Orth [FDP]: Wollen Sie das Fragezeichen mit zitieren?)

– Fehlt dann, ja, Fragezeichen.

Dr. Robert Orth (FDP): Entschuldigen Sie bitte, aber noch einmal: Das mit dem Zitieren müssen wir hier wirklich ein bisschen lernen. Es kann nicht sein, dass, wenn in einem Vermerk hinter Aussagen Fragezeichen sind – die im Vermerk geschrieben sind –, die nicht zitiert werden; denn das vermittelt einen vollkommen anderen Inhalt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Da gebe ich Herrn Kollegen Orth recht. Ich bitte, so etwas zukünftig auch mit vorzulesen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dass sie ihrem Rechtsanwalt das Mandat entzogen habe (?) und etwas über Ihre CDU-Mitgliedschaft? – Haben Sie diesen Absatz in dem Vermerk von Herrn Zenker, der in der Hauptakte enthalten ist, aber das entsprechende Belegstück nicht, zur Kenntnis genommen?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das ist doch asserviert!)

– Ist es eben nicht.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Es ist doch asserviert, steht doch da!)

– Nein, es ist nicht asserviert, es taucht nicht auf. Deshalb frage ich: Warum taucht das nicht auf?

Zeuge Eckhard Lech: Warum der Kollege Zenker das, wenn er die Auswertung gemacht hat, nicht zu der Akte genommen hat, kann ich Ihnen nicht sagen. Da müssen Sie den Kollegen Zenker fragen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Jetzt würde ich gern auf einen anderen Vorgang kommen: IM, Band 243, Blatt 131.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, der liegt hier vor: oben etwas Handschriftliches und unten etwas Computergeschriebenes.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das Ganze ist gut 35 Seiten lang und ist handschriftlich überschrieben mit: Hallo Herr Jungbluth, Oberstaatsanwalt Meyer hat keinerlei Bedenken gegen das Lesen Ihrerseits und findet – ganz im Gegenteil – ebenso wie Herr Lech, dass es Ihre ohnehin positive Einstellung der EK Stuhl gegenüber nur noch intensivieren wird, wenn Sie diese Stellungnahme lesen. Gruß – Dann ist da ein Zeichen, das, glaube ich, von Herrn Opdensteinen ist, wenn ich das richtig identifizieren kann.

Zeuge Eckhard Lech: Das kann sein, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Um was für ein Schriftstück handelt es sich?

Zeuge Eckhard Lech: Es handelt sich hier um ein Schriftstück der Staatsanwaltschaft Wuppertal, das im Rahmen der Berichtspflichten gegenüber der GStA und gegenüber dem Justizministerium erstellt wurde, wo eine umfassende rechtliche Bewertung zu den bis dahin untersuchten Vorgängen vorgenommen wurde. Die hat mir Herr Meyer damals zur Kenntnis gegeben. Ich hatte ihn gebeten, diese rechtliche Würdigung insbesondere auch der Kommission zur Kenntnis zu geben, weil da weitere Vernehmungen – sprich Ermittlungsschritte – aufgeführt sind, sodass wir alle in Kenntnis seiner rechtlichen Würdigung sind.

Er hat mich aber gebeten – es war wohl eine Antwort auf eine Stellungnahme der Generalstaatsanwaltschaft –, die Sachen, die den Austausch mit der Generalstaatsanwaltschaft betrafen, herauszunehmen, herauszuschneiden. Entsprechend ist das teilweise geschwärzt, teilweise zusammengeschnitten. So konnte ich den dann den Kollegen und natürlich meinem Chef und meinem Abteilungsleiter zur Verfügung stellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Meyer hat Sie gebeten, bestimmte Passagen des Berichtes der Staatsanwaltschaft an die Generalstaatsanwaltschaft herauszuschneiden?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, das ist richtig.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, weil das interner Schriftverkehr der Justiz war und dementsprechend nicht bei uns gestreut werden sollte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum durften Sie den sehen und Ihre Vorgesetzten nicht?

Zeuge Eckhard Lech: Wie jetzt die genauen Hintergründe waren – wer, warum, wen –, kann ich mich nicht im Detail erinnern. Warum – das ist eine Bewertung von Herrn Meyer. Dazu müssten Sie Herrn Meyer fragen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie haben Sie denn die Passagen identifiziert, die herausgestrichen bzw. geschwärzt werden sollten?

Zeuge Eckhard Lech: Das ergab sich aus dem Text.

Johannes Remmel (GRÜNE): Welche Passagen? Hat Herr Meyer gesagt „diese Passagen“, oder haben Sie die Passagen, die zu streichen sind, vorgeschlagen?

Zeuge Eckhard Lech: Aus dem Text ergaben sich Rede und Gegenrede, die sich auf die unterschiedliche Auffassung der GStA und der StA Wuppertal bezogen. Die Sachen sollte ich entfernen. Die habe ich entfernt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Welche Sachverhalte haben Sie entfernt? Die, die die Meinung der Generalstaatsanwaltschaft wiedergeben?

Zeuge Eckhard Lech: Ob es jetzt Sachverhalte waren oder Ähnliches, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich denke, die Frage vorhin habe ich jetzt gerade abschließend beantwortet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich zum Beispiel auf der Seite ... Nein, das ist jetzt das andere. Im nicht geschwärzten Original, das ist JM, Band 117, Blatt 241 ff., wird zum Beispiel auf Seite 253 ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Akte haben wir hier leider nicht vorliegen, weil sie uns auch nicht benannt worden ist.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Es tut mir leid. Wir brauchen leider die Akte. Wir müssen das sehen, wenn hier etwas vorgehalten wird, von dem Umfang.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich kann sie ja zur Verfügung stellen.

Stephan Gatter (SPD): Dann bitte ich um Unterbrechung der Sitzung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut, es ist der Antrag gestellt worden, in einen nichtöffentlichen Teil einzutreten. Dann gehen wir dem auch nach. Fünf Minuten

Pause. Wir holen solange den Ordner. – Herr Remmel, sagen Sie noch einmal, welchen Band wir jetzt brauchen.

Johannes Remmel (GRÜNE): JM, Band 117, Blatt 241.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Blatt 241.

(Es schließt sich ein nichtöffentlicher Sitzungsteil – siehe nöAPr 14/219 – an.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir setzen die Beweisaufnahme in öffentlicher Sitzung fort. Zu Ihrer Information und zur Information der Öffentlichkeit darf ich Ihnen mitteilen, dass der Ausschuss vorhin beschlossen hat, für heute auf die Befragung der heute noch zu vernehmenden Zeugen zu verzichten und die Vernehmung von Herrn Rauschen, Herrn Gatzke, Herrn Schürmann und Herrn Behrendt am 18. Januar 2010 vorzunehmen. Rückfragen bei allen vier Zeugen haben übrigens gerade ergeben, dass sie an diesem Tag kommen können.

Wir fahren mit der Vernehmung des Zeugen Herrn Lech fort. – Herr Lech, noch einmal die kurze Erinnerung an Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge: Sie gelten auch nach der zweiten Unterbrechung nach wie vor fort. – Mit der Befragung war Herr Kollege Remmel an der Reihe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Möglicherweise wiederholt sich jetzt eine Frage: Ich würde gerne noch einmal auf den Umstand zu sprechen kommen, dass es hier zwei unterschiedliche Dokumente gibt, JM, Band 117, Blatt 241 ff., und IM, Band 243, Blatt 131, eben zitiert, wobei das zweite Dokument, wie eben ausgeführt, von Herrn Lech über Herrn Opdensteinen Herrn Jungbluth zur Kenntnis gebracht worden ist, also innerhalb des LKA, aus ihm aber bestimmte Passagen herausgeschnitten und geschwärzt worden sind. Ich möchte die Passagen, jedenfalls ansatzweise, zitieren, die hier aus JM ...

(Dr. Robert Orth [FDP]: Aber dann sagen Sie bitte, wo Sie anfangen und wo Sie aufhören zu zitieren!)

– Ja, das kann ich machen.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Können wir das Dokument vielleicht vorgelegt bekommen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das war jetzt welches, Herr Remmel, sagen Sie es noch einmal?

Johannes Remmel (GRÜNE): JM, Band 117, Blatt 241 ff.

(Dem Zeugenbeistand wird eine Unterlage übergeben.)

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Das Dokument, auf das Sie Bezug nehmen wollten, liegt jetzt hier vor.

Johannes Remmel (GRÜNE): Seite 254, zweiter Absatz von oben:

Bei dem Projekt MAPRO ging es jedoch nicht um die Fortentwicklung von Anlagen oder Verfahren. Darüber hinaus ging es beim Projekt MAPRO auch nicht um Forschung und Entwicklung. Im Bezugsvermerk wird mehrfach ausgeführt, dass Zeugen und Beschuldigte in ihren Vernehmungen angegeben haben, dass im Projekt MAPRO sehr wohl wissenschaftlich gearbeitet worden sei.

Dieser letzte Satz ist dann entsprechend in dem Dokument IM, Band 243, Blatt 131, geschwärzt. Warum wurde diese Passage geschwärzt?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, das hatte ich gerade schon ausgeführt: weil das wohl Passagen waren, die sich aus dem Bericht der GStA ergeben, die auf Weisung der StA Wuppertal entfernt oder geschwärzt werden sollten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hatten Sie nicht den Eindruck, dass dadurch bei Ihren Vorgesetzten möglicherweise ein falsches Bild entsteht?

Zeuge Eckhard Lech: Zu meinem Eindruck dazu kann ich jetzt, ehrlich gesagt, nichts sagen.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Hier wird schon wieder mit gewissen Unterstellungen gearbeitet, die ich jetzt erneut zurückweise.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber hielten Sie es denn nicht für notwendig, Ihre Vorgesetzten umfassend zu informieren?

Zeuge Eckhard Lech: Umfassend stand mir der Bericht formell nicht zur Verfügung. Das war ein interner Bericht der Justiz. Mir stand der Bericht nur so zur Verfügung, wie es mit Herrn Meyer als Staatsanwalt und der StA Wuppertal abgestimmt war. Dementsprechend konnte ich davon auch nicht mehr herausgeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat der Staatsanwalt Meyer Ihnen denn aufgegeben, gerade diese Passage zu streichen, oder haben Sie sie identifiziert?

Zeuge Eckhard Lech: Wie gerade schon ausgeführt, habe ich sie identifiziert, und ich habe sie entsprechend entfernt oder geschwärzt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also stand Ihnen der vollständige Bericht zur Verfügung?

Zeuge Eckhard Lech: Der stand mir einmal kurz zur Verfügung, und den habe ich danach vernichtet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und dann gab es einen allgemeinen Hinweis von Herrn Meyer, gucken Sie einmal, was Sie davon schwärzen, oder?

(Dr. Robert Orth [FDP]: Unzulässig!)

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Das ist wirklich unzulässig, wie Sie hier immer wieder mit Unterstellungen und Sachverhaltsquetschen arbeiten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage kann man vielleicht wie folgt formulieren: Gab es einen allgemeinen Hinweis von Herrn Meyer?

Johannes Remmel (GRÜNE): Gab es einen allgemeinen ...

Zeuge Eckhard Lech: Das habe ich gerade schon ausgeführt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Einen allgemeinen Hinweis, keinen konkreten?

Zeuge Eckhard Lech: Einen Hinweis darauf, dass die Sachen entfernt werden sollten, die sich auf die unterschiedlichen Auffassungen der GStA und der StA Wuppertal bezogen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also in Bezug auf sämtliche Passagen, die sich auf diese unterschiedlichen Auffassungen bezogen, gab es einen entsprechenden Hinweis von Herrn Meyer, diese Passagen zu streichen?

(Dr. Robert Orth [FDP]: Entschuldigung, das fängt schon wieder an!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, das hat der Zeuge schon gesagt. Es war jetzt nur noch einmal eine Verständnisfrage. – Aber Herr Remmel, diese Zusammenfassungen brauchen wir eigentlich nicht. Wir können im Protokoll nachlesen, was der Zeuge gesagt hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay. – Hat Herr Meyer denn begründet, warum diese Passagen zu streichen sind?

Zeuge Eckhard Lech: Das hatte ich auch schon gesagt: weil es ein internes Papier der Justiz war und ich es informell vor dem Hintergrund zur Kenntnis bekommen habe, dass ich seine rechtlichen Auffassungen zu lesen bekomme.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist Ihnen denn die erste Stellungnahme der Generalstaatsanwalt vom 07.10. bekannt?

Zeuge Eckhard Lech: Kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Da müssten Sie dann das Dokument bitte vorlegen, damit wir sehen können, welches es ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier ist nur der Bezug sozusagen. In JM 117 ist als Bezug „dortiger Vermerk vom 07.10.2008“ angegeben. Deshalb muss es da ein Vorläuferdokument gegeben haben, und deshalb frage ich, ob dieses Dokument bekannt ist.

Zeuge Eckhard Lech: Wie schon gesagt, das kann ich jetzt nicht mehr sagen. Es gab da verschiedene Berichte seitens der GStA und der StA. Diesen hier habe ich auf alle Fälle zur Kenntnis bekommen. Darüber hinaus habe ich schon einmal vielleicht eine Passage zum Lesen bekommen; aber was und wie, kann ich jetzt nicht mehr sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Zur Auseinandersetzung zu diesem Zeitpunkt zwischen Generalstaatsanwalt und Staatsanwalt: Ist von Herrn Meyer mit Ihnen diskutiert worden, dass es da unterschiedliche Auffassungen zum Ermittlungsverfahren gibt?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, das wurde auch besprochen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie ist das im LKA im Rahmen der Ermittlungskommission diskutiert worden?

Zeuge Eckhard Lech: Das wurde auch besprochen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie wurde das diskutiert?

Zeuge Eckhard Lech: Mit der Frage „wie“ kann ich jetzt nichts anfangen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich würde gerne IM 247, Blatt 1100, zitieren.
(Dem Zeugenbeistand wird eine Unterlage übergeben.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist eine E-Mail von Herrn Opdensteinen an Herrn Jungbluth?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja.

Zeuge Eckhard Lech: Ja, daran kann ich mich erinnern.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich zitiere, was Herr Opdensteinen an Herrn Jungbluth schreibt:

Guten Morgen, Herr Jungbluth, nachfolgenden Mailverkehr zu Ihrer Kenntnis. Ich werde Herrn Meyer zu erreichen versuchen, um zu klären, auf wessen Veranlassung hin die Generalstaatsanwaltschaft das Projekt WWI geprüft hat mit dem Ergebnis, dass jetzt die entsprechenden Ermittlungen zunächst ruhen. Ich habe den Eindruck, dass wir mit unseren Ermittlungen möglicherweise der aktuellen Politik und deren Umgang mit der Zweckbindung zu nahe gekommen sind und man uns jetzt ...

(Dr. Robert Orth [FDP]: Es geht um die korrekte Zitierweise! Das ist teilweise in Anführungszeichen gesetzt, und das ist ja eine Frage auch der ...)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Orth hat recht. Lesen Sie bitte auch Klammerzeichen und Anführungszeichen mit.

Johannes Remmel (GRÜNE): ..., dass jetzt die entsprechenden Ermittlungen „zunächst ruhen“. Ich habe den Eindruck, dass wir mit unseren Ermittlungen möglicherweise der aktuellen Politik und deren Umgang mit der Zweckbindung zu nahe gekommen sind und man uns jetzt auszubremsen versucht.

Ist im Rahmen der Ermittlungsgruppe diskutiert worden, dass man der aktuellen Politik offensichtlich mit den Ermittlungen zu nahe gekommen ist?

Zeuge Eckhard Lech: Soll ich zu dem Projekt WWI einmal drei, vier Sätze ausführen?

(Dr. Robert Orth [FDP]: Schon wieder, das geht nicht: „offensichtlich ist dieses und jenes“! Bitte, Herr Remmel, wenn Sie das nicht lassen, wenn Sie diese permanenten Unterstellungen, dann müssen wir hier aufhören! – Gegenrufe: Mikro!)

Dr. Robert Orth (FDP): Wenn Sie das mit den permanenten Unterstellungen nicht lassen, dann müssen wir hier aufhören. Das hat keinen Sinn.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Im Text steht „möglicherweise“ und nicht „offensichtlich“!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut, dann: Sind Sie möglicherweise der aktuellen Politik mit Ihren Ermittlungen zu nahe gekommen?

Zeuge Eckhard Lech: Das Projekt WWI ist uns im Rahmen der Einsatzmaßnahme bekannt geworden. Hierbei handelt es sich um die sogenannte Wasserwirtschaftsinitiative NRW, die, aus der Erinnerung, 2002 in der ersten Phase beauftragt wurde,

über drei Jahre. Nach unseren Ermittlungen war das gesamte Projekt mit der Zweckbindung der Abwasserabgabe nicht zu vereinbaren.

Im Frühjahr 2005, zur Zeit der alten Landesregierung, wurde dieses Projekt neu ausgeschrieben für eine zweite Phase, die auch über drei Jahre gehen sollte. Das Ausschreibeverfahren wurde 2005 unter Beteiligung des Herrn Dr. Friedrich durchgeführt. Das Folgende – Zahlungen, Nachbeauftragung usw. – erfolgte dann unter der neuen Landesregierung. In dem Zusammenhang sehe ich auch die Bemerkung des Herrn Opdensteinen.

Zu der Weisung der GStA, die Ermittlungen dazu ruhen zu lassen: Wir befanden uns mitten in den Ermittlungen. Wir waren noch nicht beim Abschluss. Gerade den subjektiven Bereich hätten wir noch klären müssen, insbesondere weil es 2002 dazu schon einen Kabinettsbeschluss gab. Da muss es nach Aussage des Herrn Dr. Treunert, dem damaligen Leiter des Referats Abwasserabgabe, wohl eine kontroverse Diskussion gegeben haben. Darüber hätten wir eigentlich erst den subjektiven Teil aufklären können. Aber, wie gesagt, wir mussten die Ermittlungen ruhen lassen und konnten unsere Ermittlungen nicht umfassend zu Ende führen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sie hätten weiter ermittelt?

Zeuge Eckhard Lech: Ja. Wir hätten natürlich versucht, auch den subjektiven Tatbestand zu klären. Der objektive war erfüllt.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Der objektive Tatbestand ist welcher?

Zeuge Eckhard Lech: Der objektive Tatbestand war nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Wuppertal erfüllt, dass Mittel aus der Abwasserabgabe zweckwidrig verwandt wurden.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Bei der Wasserwirtschaftsinitiative?

Zeuge Eckhard Lech: Bei der Wasserwirtschaftsinitiative, ja.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Und der subjektive Tatbestand war die Frage, ob es politisch abgeleitet ist?

(Widerspruch von Wolfgang Schmitz [CDU])

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Juristen wissen zwar, worum es bei dem objektiven und dem subjektiven Tatbestand geht, aber ein Abgeordneter darf das, meine ich, fragen. Vielleicht kann man es offener fragen: Was ist denn der subjektive Tatbestand? Oder: Was fehlte denn? Was hätte Voraussetzung sein müssen ...

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Die Frage war doch eine Unterstellung!)

– Deswegen sage ich, dass man das vielleicht offener fragen sollte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Was muss ich als Nichtjurist unter „subjektiver Tatbestand“ verstehen?

Zeuge Eckhard Lech: Ich beziehe die Frage auf diesen Fall. Hier ging es insbesondere um den Vorsatz, der vorliegen muss, um den Tatbestand der Untreue zu erfüllen. Es hätte noch durch weitere Ermittlungen geklärt werden müssen, ob ein Vorsatz entsprechend vorlag oder nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Vielen Dank. Ich würde Sie gerne zu IM 213, Blatt 76 etwas fragen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es handelt sich um eine E-Mail von Herrn Lech an Opdensteinen und Meyer.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja. Herr Lech schrieb am 25. Juni 2009 unter Bezugnahme auf eine Presseinformation der CDU-Landtagsfraktion: Wir sind doch nicht alleine!!! – Und ein Smily ist angefügt. Insofern, Herr Orth, hoffe ich, dass das korrekt wiedergegeben wurde.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Ja! Dann versteht man auch, worum es geht!)

Was meinten Sie mit „Wir sind doch nicht alleine!!!“?

Zeuge Eckhard Lech: Das sah ich auch im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Auffassungen der Staatsanwaltschaft Wuppertal und der Generalstaatsanwaltschaft. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie sehen sich also – ich muss ja interpretieren – in Ihrer Haltung gegenüber der Generalstaatsanwaltschaft durch die CDU-Fraktion unterstützt?

Zeuge Eckhard Lech: Ich sah uns nicht mehr alleine. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wobei nicht mehr alleine?

Zeuge Eckhard Lech: Bei unseren Ermittlungen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie waren vorher alleine und hatten keine Unterstützung?

Zeuge Eckhard Lech: Bis dahin – das haben wir gerade schon ausgeführt – wurde seitens der Generalstaatsanwaltschaft durchweg eine ...

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Es ist etwas unglücklich, dass nach wie vor immer wieder hier unterstellt und gefragt wird, ob es so gewesen sein könnte. Das bringt einen Zeugen nicht dazu, dass er unbefangene Angaben machen kann. Das finde ich etwas schwierig.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir sehen ja dann die Angaben des Zeugen. Ich habe zu beurteilen, ob eine Frage zulässig ist oder nicht. Ob sie sinnvoll ist oder nicht, kann ich nicht beeinflussen. Darauf, was an Aussagen kommt und welchen Aussagegehalt es hat, kann ich überhaupt keinen Einfluss nehmen.

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Das bezog sich schon auf die Zulässigkeit, weil wieder unterstellt und gefragt wird: War es nicht so? – Das ist wieder eine Suggestivfrage gewesen, und das hatten wir heute schon zur Genüge. Ich wiederhole mich ungern, aber es ist etwas schwierig, unter den Umständen eine Zeugenvernehmung durchzuführen.

(Zustimmung von Dr. Robert Orth [FDP])

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Rimmel, Sie sind dran.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich würde gerne noch einmal wissen: Hier steht „Wir sind doch nicht alleine!!!“ – Und ein Smiley. Das ist gerichtet an Herrn Duve, Herrn Kischel, Herrn Sowisdrat, Herrn Rauschen, Herrn Puderbach, Herrn Paetzel, Herrn Schmidt, Herrn Ahrens, Herrn Merx usw., also an einen weiten Kreis. Was war der Sinn und Zweck dieser Mail?

Zeuge Eckhard Lech: Ich hatte das, meine ich, schon ausgeführt. Es bestand eine unterschiedliche Auffassung seitens der Generalstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft Wuppertal, die dazu führte, dass Ermittlungen mittendrin abgebrochen wurden, die auf Weisung eingestellt wurden. Aufgrund dessen fühlte ich und fühlten sich auch andere innerhalb der Kommission und des Hauses im LKA wohl alleine gelassen – zumindest hatte ich diesen Eindruck. Aufgrund dessen ist diese Mail in diesem Zusammenhang zu sehen, die ich versandt habe.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Wie erklären Sie sich die abweichende Haltung der Generalstaatsanwaltschaft?

Zeuge Eckhard Lech: Das sollten Sie mit der Justiz besprechen. Dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gab es denn während der Ermittlung Zeitpunkte, wo Sie sich nicht alleine gefühlt haben, also vor dem 25. Juni?

Zeuge Eckhard Lech: Wenn ich an meine ersten Ausführungen anknüpfen darf, so fühlte ich mich in der ersten Phase der Ermittlungen auch nicht gerade unbedingt unterstützt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum fühlten Sie sich nicht unterstützt?

Dr. Robert Orth (FDP): Es tut mir leid, aber Gefühle haben nichts mit dem Untersuchungsauftrag zu tun. Da geht es um das Agieren bei der Vorbereitung ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Entschuldigung. Der Zeuge hat gerade gesagt, er fühlte sich nicht unterstützt. Dann darf ich doch wohl nachfragen, warum er sich nicht unterstützt fühlte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage, ob er sich unterstützt fühlte oder nicht, hat nicht so viel mit Gefühlen zu tun, meine ich. Das war nicht unzulässig. Ich betrachte die Fragen sehr sensibel, aber die Frage, ob er sich unterstützt fühlte, ist meiner Ansicht nach eine zulässige Frage.

Zeuge Eckhard Lech: Wie ich schon ausführte, hatten Herr Hermanns und ich unterschiedliche Auffassungen. In diesem Zusammenhang fühlte ich mich bei der Verfahrensbearbeitung nicht unterstützt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich würde gerne einen anderen Sachverhalt klären: IM 213, Blatt 52.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist eine E-Mail von Herrn Lech an Herrn Meyer vom 29.06.2009.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie schreiben an Herrn Meyer – Betreff: ans Tageslicht –: Du hast recht. Anhand dieser Seite lässt sich die Beziehung HF und Schraven gut nachvollziehen.

Und dann kommt – Herr Orth, Sie werden es mir nachsehen, aber das werde ich nicht zitieren – ein Link:

www.ansTageslicht.de

Und dann kommt: Und Remmel stellt dazu die Anfragen und Ähnliches im Landtag.

– Dahinter meine Homepage-Adresse und ein weiterer E-Mail-Verweis. –

Gruß Ecki.

Welchen Zusammenhang hat das mit den Ermittlungen?

Zeuge Eckhard Lech: Ich will keinen falschen Zungenschlag reinbringen, aber das betrifft möglicherweise noch laufende Ermittlungen. Nicht, dass Ermittlungen gegen Sie laufen oder Ähnliches; das will ich damit nicht gesagt haben. Ich will es mal so formulieren: Die Feststellungen, die wir gemacht hatten, dass Akteninhalte in den Printmedien, im Internet auftauchten, und dieses – ich sage mal – Zusammenspiel zwischen Presse, Politik usw., das hatten wir vor, noch mal entsprechend für das Gericht darzustellen. In dem Zusammenhang ist auch diese Mail zu sehen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das – angenommene – Zusammenspiel zwischen Herrn Friedrich, Herrn Schraven und mir ist Gegenstand Ihrer Ermittlungen?

Zeuge Eckhard Lech: Das ist nicht Gegenstand der Ermittlungen, sondern das ist eine Besonderheit, die wir festgestellt haben und die wir dem Gericht gegebenenfalls noch darstellen werden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Seit wann ermitteln Sie in diesem Sachverhalt des Zusammenspiels?

(Dr. Robert Orth [FDP]: Das geht nicht!)

Rechtsanwalt Jan Philipp Boost: Noch einmal: Über laufende Ermittlungsverfahren darf sowieso nichts gefragt und vor allem nichts ausgesagt werden. Das ist müßig. Abgesehen davon hat mein Mandant aber auch überhaupt nicht gesagt, dass irgendwie ermittelt wird. Da bitte ich um genaues Zuhören.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gefragt werden darf schon, aber Sie brauchen unter Bezugnahme auf Ihre Aussagegenehmigung nicht zu antworten.

Dr. Robert Orth (FDP): Wenn der Kollege Remmel meint, dass er selbst betroffen ist, darf er auch keine Frage stellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich bin nicht selbst betroffen.

Dr. Robert Orth (FDP): Selbst wenn er nicht betroffen ist! Aber wenn er das meint, dann darf er sie auch nicht stellen! –

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Er ist doch nicht betroffen!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich bin nicht betroffen. Warum soll ich betroffen sein?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wenn Herr Remmel sich als betroffen und befangen fühlt, würde er uns das mitteilen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Davon gehe ich aus.

Also noch mal: Die Mail vom 29. Juni „Beziehung HF – Schraven“ und „Remmel stellt dazu die Anfragen“ ist Gegenstand oder bezieht sich auf laufende Ermittlungen – also nicht auf die Dinge, die Gegenstand des Untersuchungsausschusses sind?

Zeuge Eckhard Lech: Das bezieht sich auf laufende Ermittlungen, wozu noch ein zusammenfassender Vermerk geschrieben wird, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann darf ich fragen: IM 263, 114 bis 151.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

In der Akte IM 263 ist dokumentiert:

Blatt 114 ff.: ein „DokZentrum ansTageslicht.de“, eine umfangreiche biografische Darstellung von Herrn Schraven.

Blatt 118: ein ausführliches Protokoll von David Schraven über den Fall PFT und Herrn Uhlenberg. Das geht über mehrere Seiten, über sieben, acht Seiten.

Blatt 126: ausführliche Chronologie des Umweltskandals, chronologische Angaben.

Blatt 138: ein Interview mit Herrn Dr. Friedrich.

Blatt 144: ein Auszug aus meiner Homepage mit Umweltpolitik.

Dann: Dokumentation mehrerer Anträge und kleiner Anfragen und Hinweise auf meine Anfrage im Parlament zum Thema Wächterpreis für PFT-Berichte – das ist Blatt 148 – und Drucksache des Parlaments 14/6350 zur Fragestunde des Landtags. Nach meiner Erinnerung ist das aus dem März 2008, wo ich den Ministerpräsidenten, Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – ursprünglich war der Ministerpräsident gefragt –, frage: Wächterpreis für PFT-Berichte: Herr Ministerpräsident, entschuldigt sich jetzt Minister Uhlenberg bei der „Welt am Sonntag“?

Warum finden sich diese Unterlagen in Ihren Unterlagen wieder, warum sind die dokumentiert, und warum sind die entsprechend abgeheftet worden?

Zeuge Eckhard Lech: Das sind Sachen, die ich in dem Zusammenhang, den ich gerade erläuterte, ausgedruckt hatte, und die lagen bei mir auf dem Schreibtisch. Weil wir alle Sachen dem PUA zur Verfügung stellen mussten, wurden die abgeheftet und an den PUA gegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE):In welchem Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren stehen denn diese Sachverhalte, die Sie ausgedruckt haben?

Zeuge Eckhard Lech: Die stehen im Zusammenhang mit dem, was ich Ihnen gerade zu der Mail gesagt habe. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Seit wann sind denn diese Ausdrücke entsprechend ... Oder wann haben Sie die Ausdrücke gemacht?

Zeuge Eckhard Lech: Kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Es ergibt sich kein Datum aus den ... Es sind auf alle Fälle Ausdrücke aus dem Internet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne fragen wollen IM 58, Blatt 31.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das Dokument hat im Original den Vermerk VS–NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH. Wir prüfen gerade, ob das aufgehoben worden ist. – Hier haben wir die Mitteilung vom Innenminister bekommen, dass die Einstufung bezüglich des ganzen Ordners bleibt: VS–NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH. Das heißt, wenn Sie dazu Fragen stellen möchten, dann müssen wir das in nichtöffentlicher Sitzung tun.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich allgemein. Das kann ich auch. – Haben Sie Adressen der Grünen im Hochsauerlandkreis?

RA Jan Philipp Boost: Entschuldigung! Haben Sie das eben nicht richtig verstanden?

Johannes Remmel (GRÜNE): Doch, das habe ich richtig verstanden.

(RA Jan Philipp Boost: Ja?)

Diese Frage ist erlaubt. Ich frage den Zeugen, ob das Landeskriminalamt, ob der Zeuge Adressen der Grünen im Hochsauerlandkreis gesammelt hat.

RA Jan Philipp Boost: Noch einmal: Das ist nicht erlaubt, und mein Mandant wird sich deswegen nicht ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Die Frage muss erlaubt sein.

RA Jan Philipp Boost: Wieso muss die denn erlaubt sein? Erklären Sie es mir bitte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das haben nicht Sie bitte zu beurteilen, sondern das soll dann der Ausschuss oder der Vorsitzende entscheiden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage der Verwendung VS–NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH hat für uns die Auswirkung, dass wir aus diesen Dokumenten nie in öffentlicher Sitzung zitieren dürfen. Fragen zum Sachverhalt dürfen die Mitglieder des Ausschusses allerdings stellen, ohne jedoch konkrete Aktenteile zu zitieren.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also frage ich. Haben Sie ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Einmal kurz der Herr Rechtsanwalt.

RA Jan Philipp Boost: Damit stellt sich dann für meinen Mandanten die Problematik, dass er dann in diesem Kreise einen Vorhalt bekommt, den er jetzt nicht beurteilen kann. Wenn die Frage gestellt werden soll, bitte ich darum, dass wir die Öffentlichkeit ausschließen, damit wir die Akte auch sehen können. Sonst haben wir hier eine Frage, die vor einem Hintergrund gestellt wird, den mein Mandant jetzt nicht einsehen kann.

Wir haben hier einen sozusagen verhaltenen Vorhalt aus der Akte, und ich würde darum bitten, dass Sie, Herr Remmel, eben entsprechend beantragen, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Dann können wir das Dokument sehen, dann können wir die Frage auch ordentlich beantworten. Alles andere ist hier ein „Auf-das-Glatteis-Führen“. Das muss ich zum Schutze meines Mandanten wirklich strikt ablehnen.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Geht es um die Aufklärung oder um Show?
Wenn wir aufklären wollen, können wir das nicht in öffentlicher Sitzung machen! – Thomas Stotko [SPD]: Wer hat denn das Wort?)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich sage einmal: Fragen allgemeiner Art ohne den konkreten Bezug auf Akten oder Vorhalte von Akten kann Herr Remmel hier in öffentlicher Sitzung stellen.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Er muss die Frage zum Untersuchungszweck machen!)

– Ich kenne die Frage ja noch gar nicht.

(RA Jan Philipp Boost: Er hat Sie gerade gestellt! – Wolfgang Schmitz [CDU]: Fragen Sie doch, ob er Briefmarken sammelt!)

– Ich denke, die Frage kann man auch stellen, ohne auf irgendwelche Unterlagen Bezug nehmen zu müssen. Das ist einfach mal eine Frage: Hat der Zeuge so etwas gemacht im Untersuchungszeitraum?

RA Jan Philipp Boost: Vielleicht können Sie die Frage noch einmal wiederholen, bitte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage, ob Sie, Herr Lech, im Rahmen der Ermittlungen Adressen, Telefonnummern, Fax-Verbindungen, Homepage-Adressen von Gliederungen der Grünen im Hochsauerlandkreis gesammelt haben.

Zeuge Eckhard Lech: Ich kann dazu jetzt nichts sagen, weil ich nicht weiß, in welchem Zusammenhang das Papier zu sehen ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Unabhängig von dem Papier. Denn dazu kann ich ja jetzt keine Frage stellen. Ich frage nur, ob Sie die gesammelt haben oder ausgesucht haben.

Zeuge Eckhard Lech: Ich habe keine Unterlagen gesammelt. Und sammeln ist jetzt auch ... Weil ich jetzt nicht weiß, worauf Sie das beziehen, weiß ich auch nicht, was jetzt hinter der Frage steht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Einfach erst mal eine ganz normale Frage: Haben Sie Adressen gesammelt? Die Frage kann man mit Ja oder Nein beantworten.

Zeuge Eckhard Lech: Wir haben Adressen nicht gesammelt, sondern: Im Zusammenhang mit Maßnahmen, die wir vorbereitet haben, haben wir natürlich Adressen festgestellt. Weil ich nicht weiß, worum es hier jetzt geht, kann es sein, dass es sich um Adressen handelt, die in dem Zusammenhang stehen. Wir haben natürlich Recherchen gemacht, die sich aus der Akte ergeben – wie wir schon gerade darüber gesprochen haben –, über die jetzige Ehefrau des Herrn Dr. Friedrich, über die damalige Lebensgefährtin von ihm. Dazu haben wir natürlich Ermittlungen gemacht, die sind natürlich auch in der Akte. Die haben wir nicht gesammelt, die sind jetzt wo und wie an verschiedenen Stellen in der Akte. Deshalb kann ich dazu im Moment sehr schwer was sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Für welchen Sachverhalt brauchten Sie denn die Adressen der Grünen im Hochsauerlandkreis, der Ortsverbände?

RA Jan Philipp Boost: Verzeihen Sie, wenn ich wieder eingreife. Aber wenn Sie fragen „Wofür brauchten Sie die Adressen“, nachdem mein Mandant gesagt hat, er hat keine Adressen gesammelt, dann ist das wieder eine Unterstellung.

Ich bin da vielleicht ein bisschen sehr genau, aber das ist auch mein gutes Recht. Vielleicht könnten Sie sich insoweit an die Spielregeln halten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann bitte ich um eine kurze Sitzungsunterbrechung, denn dann muss ich mich auch beraten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich denke mal, dem werden wir folgen. Zehn Minuten, Herr Remmel?

Johannes Remmel (GRÜNE): Fünf reichen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Fünf reichen. Dann machen wir um viertel nach fünf weiter.

(Unterbrechung der Sitzung vom 17:10 Uhr bis 17:20 Uhr)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Damen und Herren, wir setzen unsere öffentliche Beweisaufnahme fort. – Auch nach der dritten Unterbrechung gelten Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge nach wie vor. – Herr Kollege Remmel ist an der Reihe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich würde an dieser Stelle jetzt auf eine weitere Befragung verzichten, bitte aber, noch einmal mit dem Innenminister zu klären, warum zwei Seiten, die Adressen der Grünen im Hochsauerlandkreis enthalten, weiter als VS–NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH gekennzeichnet sind und warum deshalb eine Befragung der Zeugen nicht möglich ist.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Man darf in öffentlicher Sitzung gar nicht sagen, was darin steht!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielleicht nennen Sie uns einfach nur die Seitenzahlen aus dem Ordner, um die es Ihnen geht. Dann können wir das gerne tun.

Johannes Remmel (GRÜNE): IM 58, Blatt 31 und 32.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann müssten wir gleich in nichtöffentlicher Sitzung noch einmal darauf zurückkommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay. – Dann würde ich gerne noch zu IM 216, Blatt 1523 fragen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wiederholen Sie die Seitenzahl bitte noch einmal, Herr Remmel?

Johannes Remmel (GRÜNE): IM 216, Blatt 1523.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Okay. Das haben wir.

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist eine Mail von Ihnen, Herr Lech, vom 12. Dezember 2008 an Herrn Meyer, privat und dienstlich. Der Betreff lautet: Publikationen von Jürgen Rüttgers. Darin heißt es: Hallo, Herr Meyer, schauen Sie mal, was unser Ministerpräsident mit herausgegeben hat. – Dann folgen Auszüge aus bestimmten Wikipedia-Veröffentlichungen.

In welchem Zusammenhang stehen die Publikationen des Ministerpräsidenten mit den Ermittlungen?

Zeuge Eckhard Lech: Es war für uns einfach nur interessant, dass der Ministerpräsident Publikationen zur Abwasserabgabe herausgegeben hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum war das interessant?

Zeuge Eckhard Lech: Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Es war für uns interessant, dass wir diesen Bereich untersuchen und Herr Rüttgers – ich weiß es nicht genau; ich glaube, 20 Jahre vorher oder so – wohl dazu Publikationen herausgegeben hat. Das hatte ich Herrn Meyer mitgeteilt. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier sind aktuelle Publikationen von 2005, von 1999 und von 1996 aufgeführt – und auch der aktuelle Kommentar zum Landeswassergesetz. Warum war das für die Ermittlungen ... Vielleicht frage ich anders: Bezieht sich dieses Interessant-Sein für die Ermittlungen auf laufende Ermittlungsverfahren, wie Sie eben dargestellt haben, oder schon abgeschlossene Ermittlungsverfahren?

Zeuge Eckhard Lech: Das bezieht sich in dem Sinne ja auf keine Ermittlungen. Vielmehr war das einfach nur eine Sache, die für uns interessant war. Die habe ich Herrn Meyer mitgeteilt. Und das ist hier ein Ausdruck ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Das hat mit Ermittlungen also überhaupt nichts zu tun?

Zeuge Eckhard Lech: Es war für uns halt nur ein interessanter Zufall, dass Herr Rüttgers eben zu dieser Rechtsproblematik oder zumindest zu Abwasserabgabe, Landeswassergesetz usw. selber Publikationen herausgegeben hatte. Das hatte ich Herrn Meyer mitgeteilt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum taucht das im Zusammenhang mit den Ermittlungen und den Ermittlungsakten auf? Warum ist uns das dann übermittelt worden?

Zeuge Eckhard Lech: Wie gesagt: Wir mussten Ihnen alles übermitteln, was wir in irgendeiner Form im weitesten Sinne dazu hatten. Im weitesten Sinne kann man das halt so auslegen. Dementsprechend wurde es auch an den PUA übermittelt. Das ist ein Ausdruck einer Mail von Hunderten bzw. Tausenden von Mails, die halt bei uns abgespeichert waren.

Johannes Remmel (GRÜNE): IM 213, Blatt 25.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hat der Zeuge diese Akte schon vorliegen?

RA Jan Philipp Boost: 213, Blatt 25, habe ich verstanden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist eine Mail von Ihnen an Herrn Meyer. Da könnte tatsächlich ...

RA Jan Philipp Boost: Wir wollen noch warten, bis das Dokument da ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sorry; ich hatte gedacht ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, wir suchen hier noch. – Sagen Sie noch einmal die Seitenzahl, Herr Remmel?

Johannes Remmel (GRÜNE): Seite 25.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Jetzt stelle ich gerade fest, dass diese Mail genau einen Tag außerhalb des Untersuchungszeitraums liegt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie ist aber Gegenstand der Akten, die uns übermittelt worden sind.

(Karl Kress [CDU]: Ich bin heute schon zweimal abgebügelt worden!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das habe ich bei Herrn Kress auch gerügt heute. Insofern muss ich das bei Ihnen jetzt auch machen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. Es wäre allerdings schon von Interesse, was Frau Kraft dann auch mit den Ermittlungen zu tun hat. Aber es ist in Ordnung.

Dann würde ich gerne fragen, wie Sie zu der Erkenntnis kommen, dass Herr Friedrich einziger grüner Abteilungsleiter im Umweltministerium war.

RA Jan Philipp Boost: Dürfen wir fragen, woher Sie diese Auffassung nehmen, dass mein Mandant diese Kenntnis hatte?

Johannes Remmel (GRÜNE): Aus IM 264.

RA Jan Philipp Boost: Danke. Und welche Seite?

Johannes Remmel (GRÜNE): Blatt 6.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir suchen es eben heraus.

(Referent Prof. Dr. Andreas Jurgeleit [CDU-Fraktion]: Blatt 6 oder 106?)

Johannes Remmel (GRÜNE): Blatt 6. – Nicht vorhanden?

(Referent Prof. Dr. Andreas Jurgeleit [CDU-Fraktion]: Ja, aber nicht das, was Sie ansprechen!)

– Ich habe es hier zweimal: IM 230 und IM 264. Es kann sein, dass es ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Akte müssten wir holen. Sie war nicht benannt und ist gerade auch nicht nachbenannt worden. Brauchen wir sie, Herr Remmel? – Gut. Dann wird sie eben geholt.

(Referent Prof. Dr. Andreas Jurgeleit [CDU-Fraktion]: 230?)

Johannes Remmel (GRÜNE): Bei mir stehen hier beide Angaben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben wir noch eine andere Fundstelle? Also ist es jetzt IM 230?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja. – Mir geht es nur um zwei Fragen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir haben das nicht. Warten Sie bitte, Herr Remmel. Herr Lennertz, bitte bringen Sie 230 und 264 mit.

(Die Akten werden geholt.)

Um die Wartezeit zu verkürzen, teile ich Ihnen mit: Laut Mitteilung des Innenministeriums bleibt die Einstufung in Band 230 bei Blatt 4 bis 34 bestehen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. – Dann frage ich auch hier allgemein: Liegen Ihnen Erkenntnisse vor, dass Herr Dr. Friedrich einziger grüner Abteilungsleiter im Umweltministerium war?

RA Jan Philipp Boost: Auch wenn die Frage jetzt allgemein gestellt ist, haben Sie sie eben auf ein Dokument bezogen. Also darf ich darum bitten, dass sich mein Mandant auch weiterhin darauf zurückziehen kann, dass er zu diesen Sachen allein aufgrund seiner Aussagegenehmigung in öffentlicher Sitzung nichts sagen wird.

Sie haben die Möglichkeit, das in nichtöffentlicher Sitzung zu machen. Sie wissen seit heute Morgen, denke ich, dass das so möglich ist. Aber mein Mandant wird sich hier nicht eines Dienstvergehens schuldig machen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Spielte denn der Umstand, dass Herr Dr. Friedrich ein Grünen-Mitglied war, bei den Ermittlungen eine Rolle?

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Spielte es denn eine Rolle, dass Herr Dr. Friedrich angeblich rechte Hand von Frau Höhn gewesen ist?

Zeuge Eckhard Lech: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und warum taucht diese Feststellung in Dokumenten auf?

Zeuge Eckhard Lech: Darauf wurde im Zusammenhang mit der Brisanz des Verfahrens hingewiesen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum war das brisant?

(Zurufe von der CDU: Oh! – Wolfgang Schmitz [CDU]: Das haben wir alles gehabt, Herr Remmel! Sonst säßen wir hier doch nicht! – Weitere Zurufe)

Zeuge Eckhard Lech: Das sehen Sie doch. Warum sitze ich sonst hier?

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut.

Jetzt würde ich gern zu dem letzten Sachverhalt kommen. Sie haben eben in der Befragung heute Morgen bzw. heute Mittag geschildert, dass Kurzprotokolle von Telefongesprächen aus den Akten genommen worden seien. Wann wurden sie Ihrer Erinnerung nach aus den Akten genommen?

Zeuge Eckhard Lech: Das ergibt sich aus der Akte – aus den jeweiligen Fehlblättern, die eingefügt wurden. Daraus ergibt sich meines Wissens die entsprechende Anordnung der StA Wuppertal, aufgrund welcher sich das bezieht. Das ist in der Akte nachvollziehbar. Ich kann das natürlich nicht im Einzelnen hier darstellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wo sind die Unterlagen dann hingekommen?

Zeuge Eckhard Lech: Die wurden dann vernichtet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wann ist die Aufforderung der Staatsanwaltschaft, entsprechende Unterlagen herauszunehmen und/oder zu vernichten, ungefähr erfolgt? Können Sie das zeitlich einordnen?

(Dr. Robert Orth [FDP] meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Orth möchte etwas rügen.

Dr. Robert Orth (FDP): Hatten wir nicht darüber gesprochen, dass Dinge zur Telefonüberwachung – das habe ich so verstanden; ich weiß nicht, ob ich das falsch verstanden habe – Herr Remmel nicht selbst fragt?

(Referent Peter Knitsch [GRÜNEN-Fraktion]: Nein, nicht generell zur Telefonüberwachung!)

– Doch, so habe ich unser Commitment schon verstanden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Diese Diskussion müssten wir eigentlich nichtöffentlich führen. Wird das gewünscht? Ich weiß wohl, dass es ein Gespräch zwischen den Fraktionen gab, an dem ich aber nicht beteiligt war. Dabei hat man sich auf etwas verständigt. Müssen wir das jetzt nichtöffentlich austragen? Oder können wir so eine Frage zulassen? Herr Orth, was wünschen Sie?

Dr. Robert Orth (FDP): Ich tue mich damit schwer. Ich würde das gern in nichtöffentlicher Sitzung diskutieren.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann unterbrechen wir kurz den öffentlichen Sitzungsteil.

(Es schließt sich ein nichtöffentlicher Sitzungsteil – siehe nöAPr 14/219 – an.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Beweisaufnahme fort, auch nach dieser erneuten Unterbrechung gelten Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge weiterhin fort. Und Herr Kollege Remmel setzt die Befragung fort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Staatsanwalt Meyer hat an Sie bzw. an das LKA die Aufforderung gerichtet, Telefonüberwachungsdaten zu löschen. Welchen Umfang hatte diese Aufforderung?

Zeuge Eckhart Lech: Da gab es unterschiedliche Aufforderungen, die sich an der Akte nachvollziehen lassen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Lautete diese Aufforderung auf vollständige Löschung der Daten?

Zeuge Eckhart Lech: Ja, soweit ich mich erinnere, sollten die Daten dazu gelöscht werden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte hier einführen: IM, Band 207, Blatt 349 ff.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dabei handelt es sich um einen Vermerk von Herrn Lech vom 24.11.2008 mit der Überschrift: Abschluss der TKÜ-Auswertungen.

(RA Jan Philipp Boost holt die Unterlagen vom Vorsitzenden und legt sie dem Zeugen vor.)

Johannes Remmel (GRÜNE): Der Vermerk ist vom 24.11.2008 datiert und trägt Ihre Unterschrift. Abschluss der TKÜ-Auswertungen. Über die bereits in der Hauptakte eingeführten Gespräche hinaus wurden keine Gespräche festgestellt, die verfahrensrelevant sind. Die Auswertung ergab keine Mail mit Verfahrensrelevanz.

(RA Jan Philipp Boost: Das „keine“ ist unterstrichen!)

Die auf Anforderung der Staatsanwaltschaft Wuppertal erfolgte zusätzlich händische Auswertung der ca. 2.500 Gespräche und ca. 2.300 Mails bezüglich Personen, die unter dem Schutzbereich der §§ 160 a, 53 der Strafprozessordnung fallen können, wurde abschließend durchgeführt.

Die Ergebnisse dazu wurden der Staatsanwaltschaft Wuppertal vorab per Mail übersandt. Damit ist die gesamte Auswertung der TKÜ abgeschlossen. Dann folgen mehrere Seiten, auf denen konkrete Telefondaten und auch Namen und Adressen auftauchen, insbesondere Sylvia Kotting-Uhl, Herr Schraven – mehrfach –, Mailadressen, die Grüne-Bezirksvertretung in Essen, Ursula Schlauch in Gelsenkirchen, Anwaltskanzlei Steiner usw.

Zu welchem Zweck ist dieser Vermerk vom 24.11. und dieser anschließende mehrseitige Vermerk mit den konkreten Daten gefertigt worden?

Zeuge Eckhart Lech: Dieser erste Vermerk vom 24.11. ist geschrieben worden, um darzustellen, dass die Auswertung der TKÜ abgeschlossen ist.

Der zweite Vermerk vom gleichen Tag ist geschrieben worden, denke ich, um Herrn Meyer mitzuteilen, welche Mails – es geht hier ja nur um Mails – möglicherweise auch noch in den Schutzbereich fallen, wie ich es vorhin im anderen Vermerk dargestellt habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ein ähnlicher Vermerk findet sich auf Blatt 356. Der ist hier überschrieben mit „neu 21.11.2008“ und Überschrift ist: Auswertung der TKÜ – Mailverkehr. Der geht auch über mehrere Seiten. Auch da sind entsprechende Verbindungen, Namen, Zeitpunkte der gesendeten Mails über fast 20 Seiten genannt, einschließlich der Namen, die dann auch wieder auftauchen: Schraven, Kotting-Uhl usw.

Die Frage ist: Welche Bedeutung hat dieser Vermerk vom 21.11. und wofür ist der geschrieben worden?

Zeuge Eckhart Lech: Dieser Vermerk ist drei Tage vorher geschrieben worden und bezieht sich auf das Gleiche, dass es darum ging, Herrn Meyer mitzuteilen, welche

Mails hier nach den Mailadressen gegebenenfalls unter den Schutzbereich fallen könnten.

Das hatte ich auch unter 5.4 auf Seite 362 noch einmal ausgeführt, dass man nach Rücksprache mit Herrn Meyer auch im weiteren Sinne unter das Beweisverwertungsgebot gem. §§ 160, 153 StPO fassen könnte, also diese Mails. In diesem Zusammenhang bat er auch um die Übermittlung weiterer Reporte, die wir dann eingeholt haben und darüber auch noch einmal etwas geschrieben hatten, damit er auf dieser Grundlage entscheiden kann, ob die zu löschen sind und entsprechende Benachrichtigungen erfolgen müssen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Dann hat es ja eine Anordnung gegeben, vollständig die Daten zu löschen. Die Frage, die sich daraus ergibt, ist: Warum gibt es nach wie vor diese Vermerke vom 21.11. und vom 24.11.?

RA Jan Philipp Boost: Könnten Sie kurz konkretisieren, wann es die Anordnung gab, vollständig zu löschen?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Die ist uns mehrfach mitgeteilt worden.

RA Jan Philipp Boost: Konkretisieren, nicht wie die Ihnen bekannt gegeben worden ist.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich dachte, das sei Allgemeingut. Aber wenn das ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Da hat Herr Rechtsanwalt Boost schon recht. Wenn Sie da so einen Vorhalt machen, müssen Sie das auch belegen, wenn er das wünscht.

Johannes Rimmel (GRÜNE): JM, Band 62, Blatt 327. Sehr geehrter Herr Lech, ich bitte, unverzüglich sämtliche Daten, Beweiserhebungsträger und die schriftlichen Dokumentationen in den TKÜ-Sonderbänden – soweit erstellt –, die im Rahmen der TKÜ-Maßnahmen angefallen sind, zu löschen und zu vernichten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Rimmel, können Sie uns noch einmal die Fundstelle sagen?

Johannes Rimmel (GRÜNE): JM, Band 62, Blatt 327.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir suchen das eben heraus, dann kann man sich das einmal anschauen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Datum ist 24.11. 2008.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich habe es hier gerade. Die Akte haben wir jetzt nicht da, aber ich habe es hier auf dem Monitor. Das ist ein Schreiben der Staatsanwaltschaft an Sie, Herr Lech: Sehr geehrter Herr Lech, ich bitte, unverzüglich sämtliche Daten, Beweissicherungsdaten, Träger und die schriftlichen Dokumentationen in den TKÜ-Sonderbänden – soweit erstellt –, die im Rahmen der TKÜ-Maßnahmen angefallen sind, zu löschen bzw. zu vernichten. Mit freundlichen Grüßen Meyer, Oberstaatsanwalt.

Reicht Ihnen das, wenn ich Ihnen das so vorlese?

Zeuge Eckhart Lech: Vom 24.11.?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, vom 24.11.2008.

Zeuge Eckhard Lech: Ja, diese Vermerke wurden im Vorfeld geschrieben, damit Herr Meyer eine entsprechende Entscheidung herbeiführen kann. Und dann erfolgte am 24.11. die Anordnung, unter anderem auch auf Grundlage dieser Vermerke.

Johannes Remmel (GRÜNE): Die Frage, die sich für mich daraus ergibt, ist: Warum sind denn die Vermerke dann noch Gegenstand der Akten auch zum Zeitpunkt, wo die Akten dem Untersuchungsausschuss übermittelt worden sind, wenn die Aufforderung bestand, sämtliche Daten unverzüglich zu löschen?

Zeuge Eckhard Lech: Da müsste ich jetzt erst einmal versuchen, nachzuvollziehen, aus welchen Bestand diese Akten hier sind. Ist das der TKÜ-Sonderband? Können Sie das erkennen?

Johannes Remmel (GRÜNE): Das sind Akten aus dem Innenministerium, und möglicherweise – aber das müssten Sie wissen – Ausdrucke aus Ihrem Mail-Fach.

RA Jan Philipp Boost: Also, mein Mandant muss erst einmal gar nichts wissen. Er kann ja nicht überprüfen, was aus dem Innenministerium kommt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sonst geben Sie doch einfach die Bände an, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das habe ich doch eben: IM Band 207, Blatt 349 ff. Laut Verzeichnis handelt es sich um: Ermittlungskommission, Laufwerk, Dateiausdruck. – Also, es muss in Ihrer Datei in der Ermittlungskommission sein. Ob es jetzt Ihre persönliche ist, weiß ich nicht, aber ...

RA Jan Philipp Boost: Verzeihung, aber jetzt stellen Sie hier wieder etwas dar, was so nicht richtig ist, wenn Sie sagen, dass es ein Laufwerksausdruck ist. Wir haben

hier oben den 21.11.2008. Sie sagen jetzt, die Sachen sind noch in der Akte. Was werfen Sie jetzt meinem Mandanten vor?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich frage, warum sie noch in der Akte sind.

RA Jan Philipp Boost: Das können wir dann beantworten, wenn wir wissen, in welcher Akte sie sind.

Johannes Rimmel (GRÜNE): IM 207. Und IM Band 207, Blatt 349, ist entnommen der IM-207-Akte, und da steht in der Kennzeichnung: EK, Laufwerk, Dateiausdruck.

RA Jan Philipp Boost: Es erklärt sich jetzt für uns überhaupt nicht, was Sie jetzt hier dargestellt haben. Wir müssen sehen, woher das kommt. Man Mandant kann zu Akten, die aus dem Innenministerium gekommen sind, nichts aussagen, weil er nicht weiß, wie die an den PUA ausgehändigt worden sind. Mein Mandant kann höchstens etwas dazu sagen, wie die Akten vom LKA weitergegeben worden sind.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich kann mich ja auch nur auf das beziehen, was wir als Information über die Herkunft dieser Akten haben. Hier ist die Herkunft der Akte IM 207 gekennzeichnet als: Einsatzkommission, Laufwerk, Dateiausdruck.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Wenn man dazu nichts sagen kann, kann man dazu nichts sagen!)

RA Jan Philipp Boost: Wenn man dazu nichts sagen kann, kann man dazu nichts sagen. Ich meine, es tut mir leid, dass Sie das jetzt nicht näher verifizieren können, aber ...

Johannes Rimmel (GRÜNE): Warum? Ich habe es ausreichend verifiziert.

RA Jan Philipp Boost: Das kann ich leider nicht nachvollziehen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie diesen Ordner 207, 349, gerade auf dem Tisch?

RA Jan Philipp Boost: Wir haben hier 207. Genau. Ich kann Ihnen den geben.

(RA Jan Philipp Boost überreicht dem Vorsitzenden einen Ordner.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich muss noch einmal nachfragen. Also, Ihre Frage ist jetzt: Warum ist da noch irgendwo was vorhanden, obwohl die Anweisung kam, alles zu löschen? An welchen Stellen ist jetzt noch was vorhanden? Sagen Sie es noch einmal genauer.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es gibt eine Anordnung des Staatsanwaltes, alles zu löschen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nach meinem Verständnis bezieht sich das auf sämtliche Daten und Datenträger ...

(Zurufe: Unterstellung!)

– Ich bin vom Vorsitzenden gefragt worden. Ich frage ja gar nicht.

Nach meiner Auffassung bezieht sich das auf sämtliche Daten und Datenträger im Zusammenhang mit der TKÜ. So jedenfalls lese ich die Anordnung des Staatsanwaltes.

Und hier finden wir in den Akten IM Band 207, die uns als Laufwerksausdrucke der Ermittlungskommission übermittelt worden sind, eben den Vermerk vom 21.11. und 24.11., wo zumindest bestimmte Verbindungsdaten verschriftlicht worden sind. Ich frage, warum die trotz der Löschanordnung noch auf dem Laufwerk der Ermittlungskommission sind. Das ist eine völlig nachvollziehbare Frage.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das ist doch in der Innenausschusssitzung ausführlich erläutert worden!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Also, warum die noch in Textform vorliegen auf Seite 350 ff?

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist offensichtlich nur ein Ausdruck von Daten, die sich auf Laufwerken befinden oder befunden haben.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Offensichtlich ist gar nichts! Offensichtlich ist nur der Schnee draußen!)

RA Jan Philipp Boost: Ich kann nicht nachvollziehen, wie Sie darauf kommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es ist uns doch übermittelt worden mit der entsprechenden Kennzeichnung „EK, Laufwerksausdrucke“.

RA Jan Philipp Boost: Das kann ich hier nicht sehen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann gehe ich davon aus, dass das heißt ...

RA Jan Philipp Boost: Die habe ich auf dem Dokument eben nicht gesehen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Bitte?)

– Die habe ich auf dem Dokument eben nicht gesehen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das können Sie gerne nachvollziehen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Also, wenn Sie gestatten, Herr Remmel, versuche ich, die Frage mal mit meinen Worten zu fassen. Es gab diese Anweisung der Staatsanwaltschaft, das zu löschen, und jetzt ist Herrn Kollegen Remmel aufgefallen, dass sich jetzt in Band 207 immer noch Hinweise auf die Datenverbindungen befinden, an welchem Tag zu welcher Uhrzeit ein entsprechendes Gespräch geführt worden ist. So einen Ausdruck einer solchen Liste haben wir hier in der Akte 207 drin.

Jetzt ist die Frage von Herrn Remmel gewesen – notfalls stelle ich sie –: Sind denn auch tatsächlich alle Sachen gelöscht worden?

Zeuge Eckhard Lech: Ich gehe jetzt davon aus, dass diese Vermerke im Zusammenhang mit der Dokumentation – wenn ich es richtig verstanden habe, sind das Ausdrucke des Verzeichnisses der Dateien – noch zur Dokumentation der Löschungsvorgänge vorhanden waren. Diese Daten finden sich ja dann auch in den Benachrichtigungen wieder, wo vom Staatsanwalt individuell mitgeteilt wurde, wann welche Mail und wann welches Gespräch erfolgt ist, was auch entsprechend in den Verfügungen weiterhin im Sonderband vorhanden ist. Das ist im Prinzip das Spiegelbild dazu. Das denke ich mir so, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Okay. – Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das bedeutet ja, dass man die Verbindungsdaten ...

(Dr. Robert Orth [FDP]: „Das bedeutet“!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Formulieren Sie das mal als Frage.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Orth, ich bin die ständigen Beeinflussungen an dieser Stelle leid.

RA Jan Philipp Boost: Wenn Sie die Frage so stellen!

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Herr Remmel, Sie nehmen alle Rechte für sich in Anspruch! Wenn wir den Mund aufmachen, spielen Sie den Beleidigten! So kann man doch nicht miteinander umgehen! Immer das Gleiche!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Also, Herr Remmel ist dran und stellt aber bitte auch eine Frage.

Johannes Remmel (GRÜNE): Bedeutet das, dass die Verbindungsdaten und damit die Erkenntnis, wer wann mit wem telefoniert hat oder wann wie welche Mail an wen gegangen ist, nach wie vor – jedenfalls zum Zeitpunkt der Übermittlung der Daten an

den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss – Gegenstand der Unterlagen war, die Ihnen vorliegen?

RA Jan Philipp Boost: Das ist in der Art, wie sie gestellt wird, leider eine unzulässige Frage.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich meine nicht, dass sie unzulässig ist. Das muss ich mir nicht anhören.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Dann müssen Sie es lernen!)

RA Jan Philipp Boost: Dann hören Sie es sich nicht an.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich darf die Frage stellen, ob das bedeutet, dass diese Daten zu dem Zeitpunkt noch auf den Datenträgern waren.

(Zurufe: Nein!)

Waren sie zu diesem Zeitpunkt noch auf den Datenträgern? – Das muss doch beantwortet werden können.

RA Jan Philipp Boost: Ich will Sie nur ganz vorsichtig darauf hinweisen, dass die Art und Weise, wie Sie hier die Frage stellen, eben nicht zu eine Beantwortung führen kann, weil es eine Suggestivfrage ist. Ich bringe hier auch keine Schärfe rein. Sie sprechen die Antwort vor. So viel Verständnis fürs Deutsch haben Sie ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage ist sicherlich grenzwertig mit „Bedeutet das ...?“. Man kann natürlich mit Ja oder Nein antworten. Es suggeriert natürlich schon eine gewisse Richtung beim Fragesteller. Eleganter wäre es, Herr Remmel, wenn Sie versuchen würden, die Frage noch etwas offener zu formulieren.

Johannes Remmel (GRÜNE): Waren die Daten zum Zeitpunkt der Übermittlung – so wie es uns dargestellt wird: EK, Laufwerk, Dateiausdruck – noch verfügbar auf dem Laufwerk Ihres Computers oder auf Computern der Ermittlungskommission?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, die Vermerke waren als Dateien auf unserem Computer und wurden entsprechend so an den PUA übermittelt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Keine weiteren Fragen mehr? Sie waren fertig, Herr Remmel? – Gut. Gibt es seitens CDU und FDP im Augenblick Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Herr Gatter noch mal dran.

Stephan Gatter (SPD): Ich beziehe mich auf den Band IM 180, Seite 5. Das ist eine Aktennotiz von Ihnen, Herr Lech, unter der Überschrift: Artikel in der WamS am 10.08.2008.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Augenblick, Herr Gatter. Wir suchen den raus.

Stephan Gatter (SPD): Das sind die Seiten 5, 6 und 7. Ich beziehe mich jetzt auf die Seite 7.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, haben wir hier. – Möchten Sie sich das anschauen?

(Der Zeuge nimmt Einblick in die Unterlagen.)

Stephan Gatter (SPD): Es geht um Seite 7, dort um Punkt 3 und dort um den letzten Absatz. Ich darf ihn mal zitieren:

Es war bekannt, dass Herr Remmel Mitglied des Landtages ist. Bereits im Vorfeld der TKÜ wurde mit Oberstaatsanwalt Meyer thematisiert, dass im Rahmen der TKÜ wahrscheinlich auch Gespräche mit Immunitätsträgern aufgezeichnet werden. Oberstaatsanwalt Meyer hatte keine Bedenken, diese Gespräche mit auszuwerten, weil die Mandatsträger nicht Adressaten der TKÜ waren.

Ich entnehme daraus, dass das Ihr Aktenvermerk ist.

Zeuge Eckhard Lech: Ja.

Stephan Gatter (SPD): Meine Frage ist, woher die Erkenntnis stammt, dass im Vorfeld der TKÜ wahrscheinlich auch Gespräche mit Immunitätsträgern aufgezeichnet werden.

Zeuge Eckhard Lech: Die Anschlüsse des Herrn Dr. Friedrich, die überwacht wurden, waren gleichermaßen die Anschlüsse, die von seiner Ehefrau, die, soweit ich weiß, Geschäftsführerin der Grünen im Hochsauerlandkreis ist, auf ihrer Homepage für die Geschäftsstelle dargestellt wurden. Das habe ich auch bei der Beantragung des Beschlusses so dargestellt in der Akte, und daher war natürlich damit zu rechnen, dass gegebenenfalls wer auch immer da anruft.

Stephan Gatter (SPD): Also: Es gibt 187 Immunitätsträger, die hier dem Landtag angehören. So viele sind das ja nun eigentlich nicht. Sie schreiben, das wurde bereits im Vorfeld mit dem Oberstaatsanwalt thematisiert. Das heißt, Sie haben das thematisiert?

Zeuge Eckhard Lech: Ja, wir haben natürlich darüber gesprochen.

Stephan Gatter (SPD): Sie haben auch auf die Risiken hingewiesen, dass, wenn Mandatsträger in irgendeiner Form so einer Überwachung unterliegen, es der Präsidentin des Landtages mitgeteilt werden muss?

Zeuge Eckhard Lech: Wir haben thematisiert, dass es vorkommen kann, dass ein Mandatsträger das anruft. Das haben wir thematisiert, ja. Und was Herr Meyer dazu sagte, habe ich jetzt ungefähr dargestellt. Und bezüglich seiner rechtlichen Bewertungen dazu würde ich bitten, auch ihn zu fragen.

Stephan Gatter (SPD): Das werde ich tun.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Ich muss noch mal nachhaken. So genau habe ich das nicht verstanden. Haben Sie das Thema der Gefahr angesprochen, dass Immunitätsträger bei der Lebensgefährtin – jetzt Ehefrau – anrufen können? Oder hat jemand anders das thematisiert?

Zeuge Eckhard Lech: Nein, das habe ich thematisiert nach meiner Erinnerung.

Thomas Stotko (SPD): Wie haben Sie das denn thematisiert? Saßen Sie da und haben gesagt, übrigens, die arbeitet da, und ich rechne damit, dass da mindestens grüne Bundestags- oder Landtagsabgeordnete anrufen? Oder haben Sie gesagt, die arbeitet da, und ich habe auf der Homepage gesehen, dass sie sich mit dem Thema B beschäftigt, und da vermute ich, da wird demnächst der und der anrufen? Wie sind Sie darauf gekommen? Ich kann es momentan nicht verstehen.

Zeuge Eckhard Lech: Wie gerade erläutert, haben wir festgestellt, dass diese Anschlüsse gleichermaßen die Telefonanschlüsse der Geschäftsstelle der Grünen im Hochsauerlandkreis sind. Das habe ich in der Akte entsprechend dokumentiert bei der Beantragung der Beschlüsse. Dazu ist das aufgeführt, und dementsprechend muss man natürlich jedenfalls damit rechnen, dass da ein Politiker anruft, der Mandatsträger ist.

Thomas Stotko (SPD): Sie gehen einfach davon aus ... Ich meine, ich wäre auf so eine Idee nicht gekommen. Aber das ist jetzt eine andere Frage. Also da, wo Kreisgeschäftsstellen von politischen Parteien sind, sind Sie davon ausgegangen, dass dort auch Mandatsträger, die der Immunität unterliegen, anrufen.

Zeuge Eckhard Lech: Ich weiß es nicht. Aber mit dieser Möglichkeit war zu rechnen.

Thomas Stotko (SPD): Ja. Und wie haben die Gesprächspartner darauf reagiert? Was haben sie dazu gesagt? Hat der dann gesagt: „Das glaube ich nicht“, oder: „Das kann gut sein“?

Zeuge Eckhard Lech: Nein, er hat das im Prinzip dem Sinn nach ungefähr so gesagt, wie ich es hier dargestellt habe: dass Herr Meyer keine Bedenken hatte, weil die Mandatsträger nicht Adressat der TKÜ wären.

Thomas Stotko (SPD): Das ist ein zusammenfassender Vermerk, glaube ich.

Zeuge Eckhard Lech: Ja.

Thomas Stotko (SPD): Mich hat jetzt interessiert – falls Sie sich noch erinnern, was ich nicht weiß –, als Sie gesagt haben: Und übrigens, ich wollte Sie darauf hinweisen, das ist ja auch die Telefonnummer einer Kreisgeschäftsstelle der Grünen. Es kann ja sein, dass da einmal Immunitätsträger anrufen. – Hat er dann sofort gesagt: „Da müssen Sie sich keine Gedanken machen, weil“, und dann das, was im Vermerk steht, oder?

Zeuge Eckhard Lech: Wie das jetzt genau war, ob wir jetzt ... Wir haben jeden Tag sehr viel miteinander gesprochen – aber ob und wie im Detail, kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen. Ich habe es so, wie ich es damals in Erinnerung hatte ... Ich meine, über den Vermerk habe ich auch Wochen später gesprochen, nachdem wir das thematisiert hatten; da habe ich das so da wiedergegeben. Mehr kann ich Ihnen dazu jetzt nicht sagen.

Thomas Stotko (SPD): Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gibt es weitere Fragen an Herrn Lech? – Das ist im Augenblick nicht der Fall. Bevor wir Sie gleich für heute entlassen können: Es ist mir in Erinnerung, dass Herr Kress heute Morgen, vor vielen Stunden, angekündigt hat, Herrn Lech in einem nichtöffentlichen Teil eine Frage zu stellen zu wollen. Ist das noch aktuell?

(Karl Kress [CDU]: Nein!)

– Das hat sich jetzt erledigt. Dafür sind wir Ihnen dankbar, Herr Kollege Kress.

Damit sind wir am Ende unserer Beweisaufnahme. Herr Lech, Ihre Aussage ist hier protokolliert worden. Sie erhalten in den nächsten Tagen einen Vorabausdruck unseres Protokolls. Sie haben dann Gelegenheit, innerhalb von 14 Tagen Einwendungen zu erheben, wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre Aussage hier nicht richtig wiedergegeben worden ist. Sollten solche Einwendungen kommen, müsste sodann allerdings der Ausschuss darüber entscheiden, ob das Protokoll einer Änderung bedarf oder nicht.

Ich darf Sie jedoch bitten, dieses Protokoll anderen Personen außer Ihren Rechtsbeiständen nicht zur Kenntnis zu geben. Das gilt selbstverständlich insbesondere auch für Kolleginnen und Kollegen Ihrer Dienststelle.

Nach Beratung über das Ergebnis Ihrer Einvernahme wird der Untersuchungsausschuss sodann entscheiden, ob Ihre Vernehmung komplett beendet ist oder ob Sie gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal als Zeuge für uns zur Verfügung stehen müssten. Sollte dies der Fall sein, werden wir Sie aber rechtzeitig informieren. Für heute war es das.

Ich darf mich noch einmal herzlich bei Ihnen bedanken, insbesondere auch dafür – das hatten Sie mir, glaube ich, mitgeteilt –, dass Sie extra Ihren Urlaub etwas verschoben haben. Dafür noch einmal herzlichen Dank. Kommen Sie gut nach Hause. Ich darf Ihnen auch jetzt schon schöne Feiertage wünschen.

Die Mitglieder des Ausschusses darf ich bitten, noch für einen kurzen nichtöffentlichen Teil hierzubleiben.

(Es schließt sich ein nichtöffentlicher Sitzungsteil – siehe nöAPr 14/219 – an)